Öko pervers S. 3

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 50 – 14. Dezember 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





„Macron, du hältst die Leute für Idioten“: Der Protest in Frankreich ist ein Warnsignal für Deutschland

Bild: Imago

Bis es knallt

Deutschland ist anders als Frankreich – doch Parallelen sind unübersehbar

Mit Annegret Kramp-Karrenbauer setzt sich Merkels Linie in der CDU durch. Für Deutschland kann das unruhige Zeiten bedeuten.

Noch auf dem CDU-Wahlparteitag sendete Annegret Kramp-Karrenbauer versöhnliche Signale in Richtung des konservativen Parteiflügels, dessen Kandidat Friedrich Merz denkbar knapp gegen sie gescheitert war. Doch die Skepsis bleibt, wie viel Substanz hinter der Rhetorik der neuen CDU-Chefin wirklich steckt. Viele Unions-Konservative geben sich reserviert.

Zu lange, zu fest und allem Anschein nach aus tiefer Überzeugung war Kramp-Karrenbauer der Politik von Kanzlerin Merkel jahrelang eins zu eins gefolgt. Wie daraus plötzlich „Erneuerung“, eine konservative zumal, erwachsen soll, bleibt daher rätselhaft. So jubelt der „Spiegel“ denn auch vom „endgültigen Ende der Union (wie wir sie kennen)“. Mit dem Sieg der Merkel-Favoritin sind laut dem Magazin die letzten alten CDU-Traditionsstränge gekappt. So erscheint die fast erfolgreiche Kandidatur des Friedrich Merz wie ein letztes Aufbäumen.

Wie zum Beweis, dass sich gar nichts ändern werde, flog Merkel zum UN-Migrations-Gipfel nach Marrakesch, wo der umstrittene Migrationspakt unterzeichnet wurde. Ursprünglich wollte die Kanzlerin gar nicht selbst dorthin. Ihre Teilnahme sollte ein „Signal“ sein, dass sie den eingeschlagenen Kurs gegen alle Widerstände durchziehen wird.

> Kramp-Karrenbauer stand stets fest hinter Merkels Kurs

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron wollte auch nach Marrakesch kommen, musste aber absagen, weil ihm gerade sein Land um die Ohren fliegt. Er ist mit dem Versuch, seine Linie gegen alle Kritik im Volk durchzuziehen, krachend gescheitet. Er hat einen bürgerlichen Aufschrei provoziert, der kaum noch zu beruhigen ist.

Viel zu spät und zu zögerlich hat Macron reagiert. Mittlerweile hat sich der Wunsch nach dem Stopp neuer Spritsteuern zu einem breiten Strauß unterschiedlichster Forderungen erweitert, die kaum noch politisch vernünftig zu beantworten sind.

So kann es gehen, wenn die politische Elite eines Landes die wachsende Wut im Volk zu lange einfach ignoriert, an den rechten Rand zu drücken versucht oder als läppisches Murren sogenannter „Abgehängter“ verunglimpft.

Deutschland ist (noch) nicht Frankreich. Doch die Tendenzen ähneln sich. Auch viele Deutsche sehen in Berlin die Arroganz abgehobener Macht am Werke, welche die Interessen der eigenen Bürger ignoriert. Die Wut wächst, und der Inlandsgeheimdienst macht sich bereits ernsthaft Sorgen, was daraus werden kann (*siehe Beitrag unten*).

Merkels demonstrative Reise zum UN-Gipfel, ihr stures Festhalten am heftig diskutierten Migrationspakt könnten sich so zur schweren Hypothek entwickeln. Das Beispiel von Macrons Spritsteuer-Desaster zeigt, dass am Ende eine einzige Maßnahme zu viel reichen kann, um eine Explosion auszulösen. Danach ist die Entwicklung kaum noch unter Kontrolle zu bringen. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Geiselhaft

Die Deutsche Bahn AG stellt im ganzen Land den Fernverkehr ein. Eine Terrordrohung? Schwere Unwetter, welche die Strecken unpassierbar machen? Nein, ein paar Gewerkschaftsbonzen lassen die Muskeln spielen. Das Grundgesetz gewährt jedermann für alle Berufe die Koalitionsfreiheit. Ein Gesetz, das deren nähere Ausgestaltung und damit das Streikrecht regelt, gibt es nicht. Der renommierte Rechtswissenschaftler Franz Gamillscheg vertrat deshalb die Ansicht, dass dem Bürger mit den Tarifparteien eine dem Staat vergleichbare Macht gegenüberstehe, vor der er in gleicher Weise geschützt werden müsse wie vor dem Staat.

Davon kann jedoch gar keine Rede sein. Weil niemand den Bürger vor ihr schützt, kann die Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft mit gerade einmal 189000 Mitgliedern die Republik lahmlegen. Dabei liegen die Forderungen der Gewerkschaft und das Angebot der Deutschen Bahn gar nicht weit auseinander. Deshalb war der kurzfristig angekündigte, flächendeckende Warnstreik, der unserem Land erheblichen wirtschaftlichen Schaden zugefügt hat, unverhältnismäßig.

Den EVG-Bonzen laufen die Mitglieder in Scharen davon. Deshalb spielen sie von Zeit zu Zeit den wilden Mann, in der Hoffnung, wenigstens noch einige bei der Stange halten zu können. Die Folgen können ihnen egal sein. Ebenso wie den Streikenden. Die arbeiten bei einem Monopolisten und sind praktisch unkündbar. Das gilt auch für die Bahn-Chefs. Sie sitzen auf sicheren, wohldotierten Posten, und die Kosten für die streikbedingten Betriebsausfälle trägt am Ende der Steuerzahler. Der Verlierer bei diesem Spiel ist der ungeschützte Bürger, der zur Durchsetzung der Interessen einiger weniger in Geiselhaft genommen wird.

Weinende Mitarbeiter

Ex-Senator schildert Umstände, die Amri den Massenmord erleichterten

Merkel ist schuld. Das ist die Quintessenz der Aussage des ehemaligen Berliner Sozialsenators Mario Czaja (CDU) vor dem Breitscheidplatz-Untersuchungsausschuss über die Umstände, die 2015 zur völligen Überlastung seiner Behörde führten.

Als er Ende 2011 Senator geworden sei, habe Berlin im Jahr rund 1000 Asylbewerber aufzunehmen gehabt. Im Januar 2014 habe die Bundesregierung für das laufende Jahr einen Zuzug von 140000 Personen prognostiziert. Laut Königsteiner Verteilschlüssel, demzufolge Berlin fünf Prozent aller in Deutschland ankommenden Asylbewerber unterbringen muss, wären nur 7000 zu erwarten gewesen. Im Sommer 2014 habe die Bundesregierung ihre Jahresprognose für Berlin auf 16000 bis 18000 Asylsucher erhöht. Die Stadt habe im Juli 2014 erstmals einen monatlichen Zuzug von mehr als 1000 Asylbewerbern verzeichnet, was im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum einen Anstieg um 94 Prozent bedeutet habe, sagte Czaja. Im Laufe des Jahres 2015 sei dann der monatliche Zuzug auf mehr als 2000 Personen angestiegen. Die Entwicklung sei nicht mehr absehbar gewesen, weil sich die Bundesregierung entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung geweigert habe, Prognosen über die zu erwartende Zahl der Zuzügler abzugeben.

Im Mai 2015 habe das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Zahl der offenen Asylanträge auf 220000 beziffert. Im Oktober, also in der Hochphase der von Merkel initiierten Massenzuwanderung, seien es bereits 760000 gewesen. Es habe keinen Abfluss über das BAMF mehr gegeben, kritisierte Czaja. Fast täglich habe er im zuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales (Lageso) weinende Mitarbeiter vorgefunden, die mit dieser Situation nicht mehr hätten klarkommen können. Das Lageso machte bundesweit Schlagzeilen, weil sich der Tunesier Anis Amri dort in der zweiten Jahreshälfte 2015 unbemerkt dreimal unter verschiedenen Namen als asylsuchend gemeldet hatte, bevor er den Anschlag am Breitscheidplatz verübte. *J.H.*

»Politische Schieflage«

Verfassungsschutz sieht kritisches Maß an Unzufriedenheit erreicht

Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht eine „potenzielle politische Schieflage“ in der Bundesrepublik, die sich in Teilen der Bevölkerung mittlerweile zu Wut und Hass auf die Politik und deren Vertreter auswächst“. In Deutschland herrsche ein „politisches Gesamtklima, in dem eine Gewalttat durch Migranten ausreicht, um eine Vielzahl an – auch gewaltorientierten – Unterstützern zu mobilisieren“. Das geht aus einer als vertraulich eingestuften Analyse mit dem Titel „Radikalisierungseffekte im Zusammenhang mit Straftaten durch Migranten am Beispiel der Geschehnisse in Chemnitz“ hervor, aus der „Focus Online“ zitiert. Darin heißt es weiter, viele Menschen seien verunsichert und zweifelten „an der Wirksamkeit rechtsstaatlicher Prozesse und sicherheitspolitischer Maßnahmen“. Sie hätten den Eindruck, dass der Staat Herausforderungen wie Kriminalität und Zuwanderung „ebenso wenig Herr werde wie anderer damit mittelbar verbundener Problemstellungen“.

Die Verfasser der Studie befürchten, dass die Unzufriedenheit „mit der aktuellen Politik hinsichtlich zentraler Themenfelder inzwischen einen kritischen Punkt erreicht haben könnte“. Es herrsche „ein tief verwurzeltes Misstrauen gegenüber etablierten Politikern, ihrer Politik und den sie unterstützenden Medien, die für viele inzwischen als regelrechtes Feindbild gelten“. Statt die Menschen zu beruhigen und auf ihre Ängste einzugehen, lieferten sich die Verantwortlichen einen Streit um die Frage, ob es in Chemnitz Hetzjagden auf Ausländer gegeben habe oder nicht, zitiert „Focus Online“ die Verfassungsschützer weiter. Die hitzigen, teilweise feindseligen Debatten hätten dazu geführt, dass sich viele in ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den etablierten Parteien bestätigt gefühlt haben. Die Ereignisse in Chemnitz hätten gezeigt, dass sich die in den sozialen Netzwerken artikulierte Wut „auf die Straße“ übertragen habe. Ausländergewalt oder terroristische Anschläge könnten jederzeit und überall „ähnliche oder gar intensivere Reaktionen hervorrufen“, so der Verfassungsschutz. *J.H.*

MELDUNGEN

BdV fordert Gerechtigkeit

Berlin – Der Bund der Vertriebenen (BdV) fordert von der Bundesregierung, das Altersarmutsrisiko bei Spätaussiedlern abzumildern. Dadurch solle die bestehende Generationenungerechtigkeit im Rentenrecht für diesen Personenkreis beseitigt werden. In den 1990er Jahren seien einseitige, diesen Personenkreis benachteiligende Rentenkürzungen vorgenommen worden. So erfolgte 1996 etwa eine pauschale Kürzung der durch Beitragszahlung vor dem Zuzug erworbenen Anwartschaften im Sinne des Fremdrentengesetzes (FRG) um 40 Prozent und zusätzlich eine lebensleistungsunabhängige Deckelung der Entgeltpunkte auf einen Betrag unterhalb der Armutsgrenze. Erschwerend wirke zudem, dass schon seit 1993 Ehegatten und Kinder nicht mehr zum FRG-berechtigten Personenkreis gehören. Dadurch führe eine allein auf FRG-Zeiten basierende Alterssicherung Familien deutscher Spätaussiedler zwangsläufig in die Altersarmut. Dem könne beispielsweise mit folgenden Maßnahmen begegnet werden: Anhebung der anrechenbaren FRG-Entgeltpunkte sowohl bei Alleinstehenden als auch bei Verheirateten, Aufhebung der pauschalen Kürzung der FRG-Rente um 40 Prozent, Abbau bürokratischer Hürden und finanzieller Belastungen beim Rentenbezug aus dem Ausland und Verlängerung der Erklärungsfrist für Kindererziehungszeiten. Die derzeitigen Regelungen würden in keiner Weise der Lebensarbeitsleistung und dem Schicksal der Betroffenen gerecht, kritisiert der BdV. Deren Familienstrukturen trügen seit Jahren dazu bei, die gesetzliche Rente zu stützen. Die Zahlen des umlagefinanzierten Rentensystems zeigten, dass eine besonders leistungsfähige Nachwuchsgeneration aus den Familien der Spätaussiedler Überschüsse in die Rentenkasse einzahle, der Elterngeneration aber die korrespondierenden Auszahlungen pauschal gekürzt würden. *J.H.*

PAZ: *Neue Preise ab 2019*

Drei Jahre lang hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* den Preis ihres Abonnements stabil gehalten. Nun zwingen uns steigende Kosten trotz strikter Ausgabendisziplin leider zur Anpassung der Bezugspreise. Zudem wird die *PAZ* im Abonnement im sogenannten Schnellläufernetz der Post befördert und befindet sich bereits ab Donnerstag in der Zustellung. Das ist zwar mit zusätzlichen Kosten verbunden, gewährleistet aber, dass die Abonnenten ihre Zeitung stets pünktlich erhalten.

Unser Inlands-Abopreis steigt ab 1. Januar 2019 von elf auf zwölf Euro im Monat, also 144 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 14,50 Euro monatlich (18,50 Euro bei Versand per Luftpost). Am Kiosk kostet die *Preußische Allgemeine Zeitung* künftig 2,90 Euro.

Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 8,25 Euro, als E-Paper kostet die *PAZ* dann 1,20 Euro im Monat.

Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir unsere Abonnenten um rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

Auch nach dieser moderaten Preisanpassung bleibt die *Preußische Allgemeine Zeitung* die mit Abstand günstigste Wochenzeitung mit vergleichbarem journalistischen Angebot.

Unterschätzte Lederhosennachbarn

Der Publizist Peter Meier-Bergfeld zur Lage in Österreich nach einem Jahr Schwarz-Blau

Seit gut einem Jahr regiert in Österreich eine schwarz-blaue Regierungskoalition unter der Führung von Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) und Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ). Insbesondere die Beteiligung der Freiheitlichen Partei, die von Konkurrenzparteien als „populistisch“ bezeichnet wird, erweckte Argwohn und Befürchtungen vor allem im linken Lager. Was das junge Regierungsgespann nach zwölf Monaten geleistet hat und wie es in die besonderen Verhältnisse der Alpenrepublik einzuordnen ist, darüber sprach Bernd Kallina in Graz mit dem langjährigen Korrespondenten der Wochenzeitung „Rheinischer Merkur“ und späteren Mitarbeiter der „Zeit“ Peter Meier-Bergfeld.

PAZ: *Viele patriotisch orientierte bundesdeutsche Wähler schielen in heimlicher Sympathie nach Österreich. Dort regiert seit einem Jahr eine schwarz-blaue Regierung ziemlich erfolgreich. Wieso wurde dort etwas möglich, was bei uns bis jetzt undenkbar erscheint, zum Beispiel eine bürgerliche Koalition unter Einschluss der AfD?*

Peter Meier-Bergfeld: Die Sympathie ist nicht nur heimlich. Die der AfD ist offen. Es gab immer in der ÖVP auch „Nationale“, inzwischen „Österreich-Nationale“. Die FPÖ hat in ihrem Parteiprogramm „die gemeinsame deutsche Kulturnation“ stehen. Da passt immer noch etwas zusammen. In Österreich gibt es bei den Menschen keinen nationalen Selbsthass, sondern Stolz auf das Eigene. Das liegt auch daran, dass – obwohl unwahr – Austria sich nach 1945 als „erstes Opfer Hitlers“ definierte. Das ermöglichte es, die „Umerziehung“ – siehe dazu auch Caspar von Schrenck-Notzings Grundlagenwerk: „Charakterwäsche – Die Reeducation der Deutschen und ihre bleibenden Auswirkungen“ – hintanzuhalten bis weit in die 80er Jahre hinein.

Danach kam, auf der einen Seite, zwar eine zum Teil Lügen-Kampagne gegen Kurt Waldheim, allen voran vom „Spiegel“. Auf der anderen aber sind die Opfer der 30er Jahre nicht vergessen: Das waren seinerzeit die Sozialisten (heute Sozialdemokraten) und die Nationalsozialisten – eingesperrt in sogenannten Anhaltelagern von den Christlichsozialen unter Dollfuß und Schuschnigg. Bruno Kreisky, der spätere Bundeskanzler, hat in einer Zelle mit einem Nationalsozialisten gesessen. Das ist eine andere mentale Ausgangsposition als in (West-) Deutschland. In Österreich gab es 1945 sofort eine gesamtnationale Regierung, die Verfassung von 1920/29 wurde wieder in Kraft gesetzt. Es gab kein „verordnetes“ Grundgesetz, keinen „Verfassungsbogen“. Die Besatzung der Hauptstadt und des ganzen Landes dauerte nur bis 1955.

Dazu kam der Status der „Neutralität“ und keine enge „Westbindung“. Und eine Massenzeitung, zeitweise mit einer Reichweite von 43 Prozent, die „Kronenzeitung“, in der der „Raum des Sagbaren“ erheblich größer ist als in Deutschland. Die unterschiedliche Reaktion auf die Massenmigration hat das alles aktualisiert.

PAZ: *Liegt das nur an der anderen geschichtspolitischen Gesamtsituation Österreichs, die Sie gerade erläutert haben, oder sehen Sie auch andere Gründe, zum Beispiel die auffälligen Mentalitätsunterschiede zwischen, verkürzt gesagt, „Preußen“ und „Österreichern“?*

Meier-Bergfeld: Ja, es gibt diese Unterschiede. „Die Arbeit der Zuspitzung“, so ein Buchtitel des verstorbenen deutschen Sozialdemokraten Peter Glotz, ist unösterreichisch. „Der Preuße drängt zu Krisen, der Österreicher vermeidet Krisen“, so Hugo von Hofmannsthal, einer der Begründer der Salzburger Festspiele, die er als „genuinen Ausdruck österreichisch-bayerischen Kulturempfindens“ beschrieb. Der Austriake, der Phäake liebt Harmonie, Schönheit, Verständigung. Hinzu kommt noch, dass der Österreicher auch weiß, wo Verständigung nicht mehr möglich ist. Da neigt er dann zur Abschottung vor Konflikten.

> »Der Preuße drängt zu Krisen, der Österreicher vermeidet sie«

PAZ: *Schon einmal gab es ja eine vergleichbare Koalition in Wien, zu Zeiten des legendären Jörg Haider (FPÖ) im Jahre 2000. Sie löste unter Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) im „antifaschistischem Verfolgungseifer“ gleich bei 14 EU-Ländern mehrmonatige Strafaktionen gegen Österreich aus. Die blieben diesmal aus, was hat sich inzwischen verändert?*

Meier-Bergfeld: Die Gesamtlage. Die nach 2000 in die EU aufgenommenen Visegrád-Staaten wollen aber ihre neu gewonnene Freiheit nicht Brüssel unterwerfen. Und es gab damals keine Grenzöffnungen. Und schließlich hat sich Bundeskanzler Schüssel massiv gewehrt. Einige Journalisten, darunter auch ich, haben kräftig dagegengehalten. Es kann und darf nämlich nicht sein, dass 14 Staaten bestimmen wollen, wie ein 15. zu wählen und seine Regierung zu bestimmen hat. Es gab und gibt keinen Bundesstaat Europa. Die Österreicher wollen ihn nicht, wie alle Umfragen klar belegen. Insoweit: So viel Haider wie jetzt war nie.

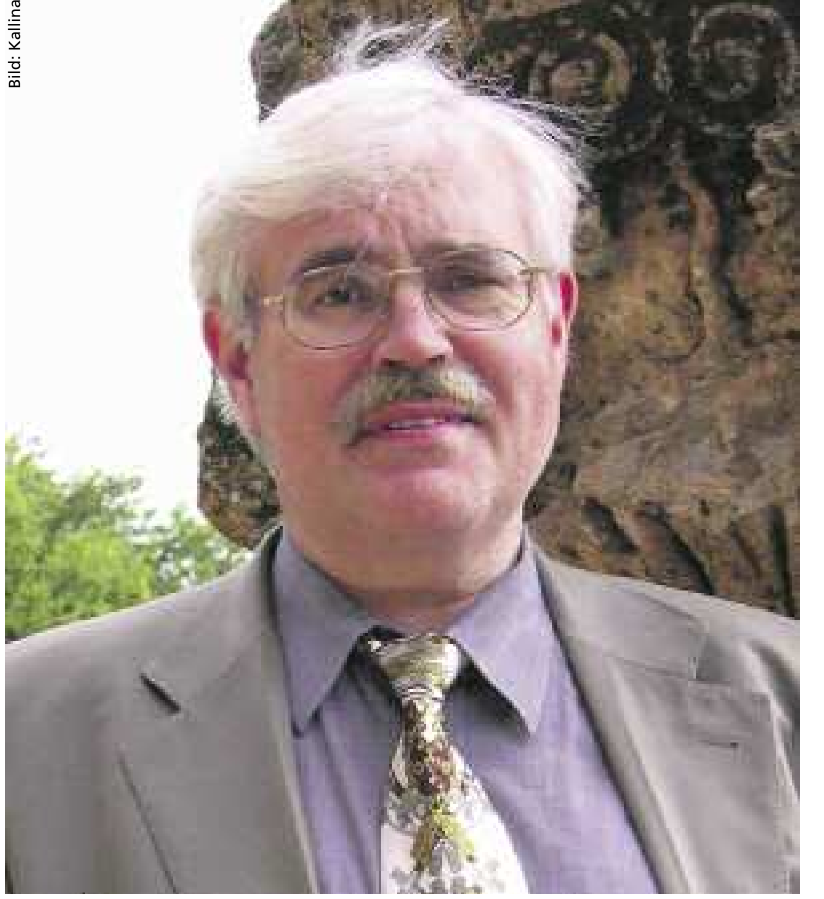


Bild: Kallina

Österreichkenner: Buchautor („Ösis und Piefke“) Meier-Bergfeld

PAZ: *Selbst dem UN-Migrationspakt hat sich Wien verweigert, sehr zum Ärger der bundesdeutschen Altparteien unter der Führung von Angela Merkel und ihrem medialen Umfeld. Da Österreich zurzeit auch die EU-Präsidentschaft innehat, ist das schon ein starkes Stück. Woher kommt dieser Mut?*

Meier-Bergfeld: Aus der Zustimmung des Volkes. Aus der Ideologie der die Regierung bildenden Parteien, aus der Auflagenmasse der Boulevard-Zeitung „Krone“, wiewohl etwa „Der Standard“ (ein Minderheitenprogramm) und auch der Österreichische Rundfunk (ORF) linksliberal bis links positioniert sind. Dann noch aus der Tatsache, dass etwa fast 50 Prozent der Verdächtigen in Vergewaltigungsstrafverfahren Nicht-Österreicher sind und das auch angemessen kommuniziert wird. Fazit: Schwarz-Blau hat einen erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung.

PAZ: *Thema Leitmedien: Herrscht in Österreich auch eine vergleichbare, sozusagen „erdbebensichere“, fast einheitliche Berichterstattungstendenz pro Massenimmigration vor, bei gleichzeitiger Ausgrenzung aller nachdenklicher Stimmen, die als „rechts“ und/oder „rassistisch“ verunglimpft werden?*

Meier-Bergfeld: Nein. Die Masse der Arbeiter wählt heute die FPÖ. Diese ehemaligen Wähler der SPÖ wissen natürlich, dass sie die Hauptlasten der Einwanderung zu tragen haben: Das sind die Leser der „Krone“, in der Leserbriefe veröffentlicht werden, die sich linke deutsche Redakteure gar nicht vorstellen können. Sie sind drastisch, deftig, frisch von der Leber weg und – nach deutschen Maßstäben – politisch höchst unkorrekt formuliert. Die linke Intelligenzija ist schwach, die Akademisierungsquote weit geringer als in Deutschland. Bäuerliches, Bürgerliches, Handwerkliches, Mittelstand mit „Hausverstand“ sind stark. Und die freiheitlichen Burschenschaften sind vergleichsweise weit verbreitet und in der FPÖ einflussreich. Strache selbst war als höherer Schüler korporiert.

PAZ: *Der abgelehnte Migrationspakt ist das eine, konkrete Abwehrmaßnahmen gegen illegale Immigration und deren Folgeprobleme im eigenen Land sind das andere. So gab es in Österreich zum Beispiel am Grenzübergang Spielfeld kürzlich eine Abwehrübung gegen „Grenzsturm durch Ausländer“ mit 700 Polizisten und Soldaten. Was bezweckte sie und wie war das Echo der Migrations-Lobby?*

Meier-Bergfeld: Es ging bei der Übung darum, Stärke und Entschlossenheit zu demonstrieren. „Wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen“, sagt der Innenminister Herbert Kickl, das Hassobjekt der Linken. In Österreich sind Soldaten ständig im Grenzeinsatz, wenig vorstellbar in Deutschland. Der österreichische Ratsvorsitz hat allen EU-Staaten sogar angeboten, mit Bundesheer-Soldaten beim Grenzschutz zu helfen. Die bürgerliche Mitte hat das gelassen hingenommen, die FPÖ sehr zustimmend und die Linke hat – erwartungsgemäß – laut aufgeschrien, was jedoch ohne großes Echo blieb.

PAZ: *Andreas Mölzer, die prägende Figur des Dritten Lagers in Österreich, bezeichnete die FPÖ als Modell für andere rechtsdemokratische Freiheitsparteien quer durch ganz Europa. Was könnte zum Beispiel die AfD von den Freiheitlichen lernen?*

Meier-Bergfeld: Eine ganze Menge, zum Beispiel Vorfeldorganisationen aufbauen, zum Beispiel eigene Medien etablieren, es gibt schon Gymnasialkorporationen in Austria felix. Bei den Presseorganen wären hier Mölzers Wochenmagazin „Zur Zeit“, Dvorak-Stockers „Neue Ordnung“ und die in anderer Form demnächst wiederkehrende Monatszeitschrift „Die Aula“ zu nennen. Die „Aufbauten“ müssen von unten erfolgen, zum Beispiel aus den Gemeinderäten, da ist die FPÖ schon jetzt stark und nicht mehr ausgrenzbar. Es gilt Professoren zu unterstützen, siehe Lothar Höbelt, einen renommierten Historiker an der Uni Wien. Karl-Heinz Weissmann bekäme nie eine Professur in Deutschland, Höbelt hat sie seit Jahrzehnten inne. Des Weiteren: Gymnasiallehrer werben, Lehrredaktionen gründen und im sogenannten Europaparlament Verbündete suchen, auch in den Geheimdiensten.

PAZ: *Die Gegner von Schwarz-Blau führen immer wieder in ihrer Kritik die enge personelle Überschneidung von Mitgliedern in Studentenverbindungen im Partei- und Regierungsapparat ins Feld. Welche Rolle spielen diese Korporationen im politischen Kräftefeld Österreichs wirklich?*

Meier-Bergfeld: In der Bundespolitik eine große, fast 50 Prozent der Abgeordneten in der FPÖ-Fraktion im Nationalrat sind Korporierte, die das auch laut sagen, in Deutschland verstecken sie sich gerne. In der Gesamtgesellschaft sind sie nur von wenigen Linken ausgegrenzt, was aber kaum ernsthafte Folgen hat. Die Pressestellen der FPÖ-Ministerien sind voll von Korporierten, auch vielen schlagenden. Die Gründer der SPÖ im vorvorigen Jahrhundert waren vielfach Verbindungsstudenten, auch Victor Adler. Selbst Bruno Kreisky hat sich zeitlebens als „Deutsch-Böhme“ bezeichnet und damit Nähe zum deutsch-nationalen Lager der patriotisch orientierten Akademikerschaft signalisiert. Kein Bundeskanzler je hatte so viele „ehemalige“ NS-Parteigenossen in seinem Kabinett wie er. Die SPÖ hat viel eher begonnen, mit der FPÖ zu koalieren als die Christdemokraten (ÖVP).

> »Selbst Bruno Kreisky sah sich als ›Deutsch-Böhme‹«

PAZ: *Mit welchen Reform-Maßnahmen der österreichischen Regierung rechnen Sie noch in dieser Legislaturperiode, was werden die sogenannten „Highlights“ sein?*

Meier-Bergfeld: Lassen Sie mich das stichpunktartig benennen: Eine Lehre begründet in Österreich keinen weiteren Aufenthalt bei negativem Asylbescheid. Das heißt, ist ein Asylwerber (so die Bezeichnung hier) in einer Lehre und erhält er einen negativen Aufenthaltsbescheid, wird die Lehre sofort abgebrochen und der Betreffende ausgewiesen. „Spurwechsel“ von illegaler zu legaler Einwanderung ist in der Alpenrepublik fortan unmöglich. Die 21 Krankenkassen werden auf fünf reduziert, was viele SPÖ-Funktionärsposten kosten wird. Volksentscheide und Volksbegehren werden ausgebaut. 4200 neue Polizistenstellen werden geschaffen, Kopftuchverbote durchgesetzt in Kindergärten und Volksschulen, die hier noch so heißen. Es wird keine Aufenthaltsverfestigung Geduldeter mehr geben, nur noch Sammelunterkünfte, dann elektronische Fußfessel für Abschiebekandidaten, Moscheeschließungen, Kontrolle des islamischen Religionsunterrichts und der islamischen Seelsorge in Gefängnissen, keine Auslandsfinanzierung mehr für islamische Vereine und Moscheen sowie die Senkung der Mindestsicherung auf nur noch 365 Euro für Asylwerber, falls sie nicht an Integrations-, Deutsch- und Wertekursen teilnehmen. Familiennachzug gibt es fast gar nicht, das Kindergeld soll auf das Heimatniveau abgesenkt werden.

> »Wir lassen uns nicht auf der Nase herumtanzen!«

PAZ: *Woran könnte das so erfolgreich gestartete Gespann Kurz/Strache scheitern? Sehen Sie auffällige Gefahren und falls ja, welche?*

Meier-Bergfeld: Auf Sicht nicht. Die FPÖ könnte von ihrem rechten Rand, dem alles zu „lasch“ ist, bedrängt werden. Die Arbeiter könnten gegen Steuererleichterungen für Unternehmer, von der ÖVP gewünscht, rebellieren. Die FPÖ zwischen Mittelstands- und Arbeiterförderung in die Klemme kommen, in der ÖVP sich bestimmte Interessensgruppen – Bauern, Wirtschaft, Junge ÖVP und so weiter – zu wenig berücksichtigt fühlen. Und der jahrzehntelange Streit der alten „ewigen“ Großen Koalitionen in neuer Form wieder aufflammen, vor allem, wenn die in Österreich sehr starken Landeshauptleute die einzigartige, überragende Stellung des Kanzlers Kurz als zu übermächtig empfinden würden. Da sind schon erste Haarrisse erkennbar.

PAZ: *Hugo von Hofmannsthal hat in seinem „Schema ‚Preuße und Österreicher‘ 1917“ Wesentliches zum Verhältnis dieser beiden Staaten gesagt. Sehen Sie darin Erkenntnisse, die bundesdeutsche Politiker beherzigen sollten?*

Meier-Bergfeld: Ja, ich empfehle dieses „Schema“ sehr zur Lektüre. Hofmannsthal stellte damals fest, dass es seit Bismarck keinen fundierten Kenner Österreichs mehr gegeben habe. Das ist heute noch so. Man glaubt, auf den niedlichen Lederhosennachbarn herabschauen zu können. Das ist grundfalsch. Bei einer anderen Regierungskonstellation in Deutschland sollten wir Österreich als einen Bündnispartner sehen, der für die deutsche Kultur in beiden Staaten eminent wichtig, bewahrend, fördernd, fortwirkend und gesundend wirken könnte. Nicht nur Bayern kann das leisten, sprechen die Österreicher doch – germanistisch betrachtet – ostmittelbairisch.

Energiewende contra Naturschutz

Durch einen großangelegten Windkraftbau in Wäldern droht den Grünen ein Glaubwürdigkeitsproblem

Tausende Umweltaktivisten machen unter dem Motto „Hambi bleibt" gegen die Pläne des Energieversorgers RWE mobil, der in Nordrhein-Westfalen rund 100 Hektar Wald für die Erweiterung eines Braunkohletagebaus roden will. Für den Bau von Windrädern droht in den deutschen Wäldern ein Kahlschlag in ganz anderen Dimensionen.

Im Schatten der Proteste, die mittlerweile seit Jahren um den Hambacher Forst stattfinden, haben sich in Deutschland Hunderte Bürgerinitiativen gebildet, die den Bau von Windkraftanlagen in Wäldern verhindern wollen. In ihrem Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart, den Anteil Erneuerbarer Energien am Stromverbrauch von derzeit rund 36 auf 65 Prozent bis zum Jahr 2030 zu erhöhen. Dazu soll neben der Photovoltaik vor allem die Windkraft noch stärker genutzt werden. Derzeit stehen in Deutschland rund 28 700 Windräder an Land. Proteste betroffener Anwohner haben in einigen Bundesländern mittlerweile zu einem höheren Mindestabstand von Windrädern zu Wohnsiedlungen geführt.

Bei der Suche nach Standorten für neue Windräder rücken nun immer stärker auch Wälder ins Visier. Länder wie Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Thüringen erlauben mittlerweile den Bau von Windkraftanlagen mitten in Wäldern. Bereits absehbar ist, dass bald auch in großen zusammenhängenden Waldgebieten ein massiver Ausbau von Windkraftanlagen erfolgt. So hat die schwarz-grüne Koalition in Wiesbaden für Hessen die Zielgröße von 2300 bis 2800 Windkraftanlagen ausgegeben.

Bei etwa 80 Prozent der hessischen Windvorrangflächen handelt es sich um Wälder. Ganz konkret wurde in einem Faktenpapier von einer verfügbaren Waldfläche von 550 000 bis 600 000 Hektar gesprochen. Von den Ausbauplänen sind unter anderem der Geonaturpark Frau Holle Land (Naturpark Meißner-Kaufunger Wald) und die Forste um Niedernhausen betroffen. Der Windkraftplan des Regierungspräsidiums Darmstadt sieht sogar mehr als 3000 Hektar Windkraftflächen in den Wäldern des UNESCO-Parks Odenwald vor.

Hessens Bürger nehmen das jedoch nicht ohne Widerstand hin. Im ganzen Bundesland machen mittlerweile 200 Bürgerinitiativen gegen die Windkraftpläne in den Wäldern mobil. Deutschlandweit wird die Zahl der Anti-Windkraft-Initiativen inzwischen auf bis zu 900 geschätzt.

Windkraft-Lobbyisten argumentieren zwar, dass der Bau in den Wäldern, vor allem in ökologisch weniger wertvollen Wirtschaftswäldern aus Fichten oder Kiefern erfolgen solle, doch sind die Auswirkungen auf die Natur durch solche Projekte in jedem Fall erheblich. Das Bundesamt für Naturschutz geht davon aus, dass pro Windkraftmast eine Fläche von 0,2 bis einem Hektar Wald verloren geht. Dabei geht es nicht nur um Flächenversiegelung durch Fundamente, sondern auch um Zufahrtswege und Servicegebäude. Rechnet man dies anhand der bekannten Ausbaupläne hoch, dann droht Deutschland in den kommenden Jahren ein erheblicher Verlust an Waldflächen durch den Ausbau der Windkraft.

Allerdings ist nicht nur die Abholzung und Flächenversiegelung in den Wäldern ein Problem. Die Anlagen in den Wäldern entwickeln sich zunehmend auch zu einem ernsten Problem für den Artenschutz. Wo Windräder aufgebaut werden, suchen Rotmilan, Schwarzstorch und andere Vogelarten meist das Weite. Gerade für Fledermäuse haben sich die vielerorts aufgestellten Windräder zu einer tödlichen Gefahr entwickelt. Die Rotorblätter der Windräder verursachen Luftwirbel und Druckunterschiede, die Fledermauslungen platzen lassen. Ein Forscher des Leibniz-Instituts für Zoo und Wildtierforschung schätzt, dass in Deutschland jährlich mehr als 250 000 Fledermäuse an Windrädern sterben. Ornithologen in Bayern haben inzwischen zudem von Fällen berichtet, bei denen Großvogelhorste in der Nähe von bestehenden oder geplanten Windkraftanlagen illegal zerstört wurden. Dahinter steht vermutlich das Kalkül, notfalls mit kriminellen Handlungen genehmigungskonforme Bedingungen rund um die Anlagen zu schaffen.



Ökologisch in vielerlei Hinsicht problematisch: Windkraftanlagen im Wald

Bild: Colourbox

Welche politische Brisanz insgesamt in dem Thema Windkraftanlagen in Wäldern speziell für die Grünen steckt, macht eine Demonstration deutlich, die im November im Landkreis Potsdam-Mittelmark in Brandenburg stattfand. Dem Ruf des Vereins „Waldkleeblatt" waren rund 300 Demonstranten gefolgt, die gegen den Bau von Windrädern in einem Waldstück der Reesdorfer Heide protestierten. Von den eingeladenen Vertretern der Fraktionen des Brandenburger Landtages war nur Sven Schröder, der energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, anwesend. Ebenso bemerkenswert ist, dass sich auch Axel Kruschat, der Geschäftsführer des Brandenburger BUND, an dem Protest beteiligte. Der Naturschützer nannte es eine „dumme Idee", Windräder in den Wald zu stellen. Der Vorgang macht deutlich, dass den Grünen mit den massiven Ausbauplänen für die Windkraftbau ein Glaubwürdigkeitsproblem in einem ihrer zentralen Politikfelder droht, ähnlich der Entwicklung bei der SPD nach Einführung der Agenda 2010.

Norman Hanert

MELDUNGEN

Tod durch Klinikkeime

Berlin – Nach Hochrechnungen des Nationalen Referenzzentrums kommt es jedes Jahr zu 400 000 bis 600 000 Krankenhausinfektionen. Die Zahl der durch die sogenannten nosokomialen Infektionen verursachten Todesfälle liegt bei 6000 bis 15 000 pro Jahr. Die häufigsten nosokomialen Infektionen, das sind solche, die im Zuge eines Aufenthalts oder einer Behandlung in einem Krankenhaus oder einer Pflegeeinrichtung auftreten, betreffen Atemwegsinfektionen (24 Prozent), postoperative Wundinfektionen (22,4 Prozent) und Harnwegsinfektionen (21,6 Prozent). Nosokomiale Infektionen gelten als ein ernstzunehmendes Problem, das durch die demografische Entwicklung, eine Zunahme an komplizierten medizinischen Eingriffen und den Anstieg an resistenten Erregern verstärkt wird. *J.H.*

Niedriglohn für 20 Prozent

Berlin – Rund 20 Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten arbeiteten 2017 für einen Lohn unterhalb der sogenannten Niedriglohnschwelle. Das sind 4,17 Millionen Arbeitnehmer. Die Niedriglohnschwelle lag für Deutschland in Anlehnung an eine Definition der OECD bei 2139 Euro brutto, das sind zwei Drittel des sogenannten Medianeinkommens aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der „Kerngruppe" (Vollzeitbeschäftigte; ohne Auszubildende und Beschäftigte mit Sonderregelungen). Das Medianeinkommen der Vollzeitbeschäftigten der Kerngruppe lag bei 3209 Euro. Als Medianeinkommen wird das Einkommen bezeichnet, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Es ist nicht zu verwechseln mit dem Durchschnittseinkommen. *J.H.*

Erstmals mit Seehofer

Worin sich die letzte Islamkonferenz von den anderen unterschied

Die erste von Innenminister Horst Seehofer (CSU) einberufene Islamkonferenz war anders als die Vorgängerveranstaltungen. Es dominierten nicht mehr die Verbände, die zuletzt einen Alleinvertretungsanspruch geltend gemacht und alle Kritiker aus ihren Reihen ausgeschlossen hatten. Bei der diesjährigen Islamkonferenz stellten islamkritische Einzelpersonen sowie liberale oder säkulare muslimische Initiativen eine starke Gruppe, die Islamverbände stellten nur noch ein Fünftel der Teilnehmer. Darüber hinaus waren Vertreter der christlichen Kirchen, des Zentralrats der Juden, anderer Religionsgemeinschaften beziehungsweise Religionen sowie von Bildungseinrichtungen eingeladen.

Die Taktik fast aller Islamverbände ist es, die Muslime in Deutschland als Opfer zu inszenieren. Seehofer ließ sich jedoch nicht in die Rolle des Tätervertreters drängen, sondern forderte vielmehr offensiv die muslimischen Religionsgemeinschaften auf, sich so zu organisieren, dass sie den Anforderungen des Religionsverfassungsrechts für eine Kooperation mit dem Staat genügten. „Deutschlands Muslime müssen nicht nur die Organisation und Finanzierung ihrer Gemeinden selbst in die Hand nehmen, sondern auch die Imam-Ausbildung in Deutschland an ihre Bedürfnisse anpassen", schrieb Seehofer in einem Gastbeitrag in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Der palästinensische Psychologe und Autor Ahmad Mansour warf auch Teilen der Kirchen in Deutschland vor, „Mittäter zu sein bei der Etablierung eines politischen Islam". Der Mitbegründer der neuen „Initiative Säkularer Islam" warf den Kirchen vor, Religionskritik beim Christentum und Judentum zu zelebrieren, aber bei Kritik am Islam, selbst wenn sie von Muslimen kommt, mit der Rassismuskeule oder der Moralkeule jedes Gespräch abzuwürgen. Der in Israel geborene deutsche Staatsbürger forderte die verdutzten Kirchenvertreter auf, die Muslime nicht zu „Kuscheltieren" zu reduzieren, die man vor Kritik in Schutz nehmen müsse, sondern ihnen als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe zu begegnen. Der seit 2004 in Deutschland lebende 42-Jährige rief dazu auf, den konfessionellen Religionsunterricht aufzugeben, und ihn durch einen religionsübergreifenden Religionsunterricht zu ersetzen.

> Kritik an der Möglichkeit, auch Blutwurst zu essen

Liberale Teilnehmer der Konferenz wie Hamed Abdel-Samad, Seyran Ates oder auch Mansour, die sich trauen, Theorie und Wirklichkeit des Islams zu hinterfragen, mussten auch auf der Konferenz von einer Gruppe von 15 Leibwächtern beschützt werden. Das zeigt, dass der Islam dabei ist, eine Religion zu werden, die nur noch mit Gewalt eine theologische Fassade aufrechterhalten kann. Eine freie Aussprache über Theologie oder Seelsorge, um die es bei der Konferenz auch gehen sollte, war unter diesen Umständen nicht möglich.

Für viele Medienvertreter und muslimische Teilnehmer der Konferenz reduzierte sich ihr inhaltlicher Beitrag auf Kritik am Büfett des Treffens von Moslems und Nicht-Moslems, wo es unter 13 Speisen auch Blutwurst gab, die nicht islamisch genug gewesen sei. Es handelte sich wohlgemerkt um ein Büffet. Im politisch korrekten Deutschland genügt es also offenkundig nicht mehr, dass Moslems sich an islamische Regeln halten *dürfen*, Nicht-Muslime *müssen* es auch tun. *Bodo Bost*

Freidemokraten ratlos

AfD und Grüne profitieren von der Groko-Schwäche, die FDP nicht

Bei der Bundestagswahl 2017 verhalf Parteichef Christian Lindner der FDP zu einem fulminanten Comeback. Mittlerweile ist Ernüchterung eingekehrt. Neidisch schauen die Liberalen auf den Höhenflug der Grünen. Denn während die Grünen wie die AfD von der Schwäche der Großen Koalition profitieren, stagniert die FDP.

Parteiintern wird gerätselt, ob die vergleichsweise geringe Zustimmung für die Liberalen mit ihrer Weigerung zusammenhängt, eine Jamaika-Koalition mit CDU und Grünen einzugehen. Offenbar hat bei der FDP ein Umdenken stattgefunden. Lindner strebt nun eine möglichst rasche Regierungsbeteiligung seiner Partei im Bund an. „Wir wollen ran", sagte er dem „Stern". Der FDP-Vorsitzende musste sich in den vergangenen Monaten oft erklären. „Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren", hatte er vor einem Jahr gesagt und die Jamaika-Gespräche beendet. „Was folgte, war Lindners schwierigstes Jahr an der FDP-Spitze. Monatelang wurde er scharf kritisiert, auch aus der Wirtschaft", schreibt der „Focus" und weiter: „Ein Jahr nach dem Jamaika-Aus scheint es, als quäle die FDP noch immer der Jamaika-Kater."

„Es ist etwas ins Rollen gekommen", beschreibt Lindner das Jahr, das seit dem Scheitern der Jamaika-Verhandlungen vergangen ist. Damals sei klar gewesen, dass mit Angela Merkel keine Regierungsbeteiligung möglich gewesen sei. Jetzt ändere sich die Konstellation.



Christian Lindner

Bild: Imago

„Die CDU bekommt eine neue Spitze. Die Grünen haben bereits eine neue, die CSU bekommt eine", damit ändere sich die Konstellation. Kanzlerin Merkel bezeichnete er „als Person der Zeitgeschichte", Wenn sie den Weg frei mache, sei „für alle Beteiligten ein guter Schritt". In der Konsequenz bedeute dies: „Wenn man gut regieren kann, darf man das Land nicht den Falschen überlassen." Damals habe es aber „kein gemeinsames Verständnis" gegeben.

Die Zeit für die Liberalen drängt. Intern wird es unruhig. Es gibt eine Debatte, ob die FDP trotz oder wegen Merkel knapp unterhalb der Zehn-Prozent-Marke liege. Eine wirtschaftsliberal neu ausgerichtete CDU könnte die Liberalen gar wieder Richtung außerparlamentarische Opposition drücken, heißt es aus der Bundestagsfraktion. Kernthemen der FDP wie Wirtschaftspolitik, Bildung, Digitalisierung werden derzeit von Debatten über Immigration und „Klimaschutz" überlagert. Bei einem Thema ist die AfD der Platzhirsch, beim anderen die Grünen.

Nun sortieren sich die Liberalen neu und haben ausgerechnet die Ökologie für sich auserkoren. „Die Klimapolitik darf kein Grund sein, warum jemand die FDP nicht wählt", sagt Fraktionsvize Michael Theurer. Es gehe darum, die „Klimaschutz"-Ziele einzuhalten, aber „ohne unsere industrielle Basis zu gefährden." Dies darf getrost als Kampfansage des möglichen künftigen Koalitionspartners verstanden werden. *Peter Entinger*

Viel Druck und niedriger Lohn

Großkonzerne arbeiten mit Subunternehmern – Kontrollen kaum möglich

Paketboten arbeiten gerade in der Vorweihnachtszeit auf Hochtouren. Der Umfang des Versandhandels nimmt stetig zu, was die deutschen Dienstleister dazu verleitet, Aufträge an sogenannte Servicepartner zu vergeben. Doch diese geraten zunehmend in Verruf wegen Verstößen gegen die Arbeitsgesetze.

Advent – das ist die Zeit der Besinnlichkeit. Was für viele gilt, trifft für eine Berufsgruppe nicht zu, nämlich die der Paketboten. Gerade in der Vorweihnachtszeit wird von ihnen Höchstleistung erwartet. Von früh morgens bis spät abends, nicht selten noch nach 21 Uhr, sind sie unterwegs und liefern aus, was die Kunden im Internet bestellen. Da der Online-Handel seit Jahren boomt, wächst auch die Belastung der Paketboten.

Vor allem in Großstädten sind sie permanentem Stress durch Zeitdruck, Fahrten durch zugestellte Straßen, Parken in zweiter Reihe, Pöbeleien von Verkehrsteilnehmern und Beschwerden von Kunden ausgesetzt. Neben psychische müssen sie auch physische Stärke mitbringen.

Pakete dürfen bis 31,5 Kilo schwer sein und müssen teilweise viele Treppen hinauf geschleppt werden. Weil die Zeit für die Auslieferung knapp bemessen ist, im Schnitt sollen drei Minuten ausreichen, schaffen die Zusteller das Pensum nicht in den vertraglich vereinbarten 40 Wochenstunden. Unbezahlte Überstunden sind an der Tagesordnung.

> Pro Zustellung sind gerade einmal drei Minuten kalkuliert

Sehr oft arbeiten Paketboten unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohn von 8,84 Euro. Zwar verpflichten sich die Paketdienste und ihre Subunternehmer, den Mindestlohn zu zahlen, doch geraten immer wieder gerade Subunternehmer der großen Paketdienste wie DHL, Hermes oder GLS in die Kritik, weil sie Subunternehmer, meist aus Osteuropa, zu Dumpingpreisen beauftragen. So kommt es zu großen Einkommensunterschieden. Zahlt ein Hermes-Subunternehmer 1700 Euro brutto bei Arbeitszeiten von über 50 Wochenstunden ist das weit unter Mindestlohn. Bei Subunternehmen Beschäftigte erreichen gerade mal zwischen sechs und sieben Euro die Stunde.

Die betroffenen Paketboten beklagen, dass sie trotz Überstunden und harter Arbeit finanziell kaum über die Runden kommen. Sie tragen zwar Uniformen der Branchenriesen, sind aber bei den von DHL, Hermes und Co. beauftragten Subunternehmern angestellt. Diese vergeben Aufträge weiter an andere Subunternehmer, um selbst Lohnkosten einzusparen.

Die Polizei stellt bei diesen Lieferdiensten zudem immer wieder technische Mängel an Fahrzeugen fest. Gegen Hermes-Servicepartner liefen bereits vor einem Jahr Ermittlungen. Ihnen wurde vorgeworfen, Ausländer eingeschleust, Pässe gefälscht und das Mindestlohngesetz umgangen zu haben.

Werden Subunternehmer auffällig, trennen sich die großen Paketdienste von ihnen. Nach den Vorfällen im vergangenen Jahr kündigte Hermes an, seine 400 Subunternehmer stärker zu kontrollieren. Bis Herbst 2018 sollte ein Programm angelegt werden, mit dem laufend die Aufenthaltsberechtigungen von Mitarbeitern kontrolliert werden sollten. Paketdienste rechtfertigen sich damit, dass sie von ihren Subunternehmern die Einhaltung aller gesetzlichen Regelungen vertraglich vereinbarten, aber laut DHL habe der Konzern keine Kontrollbefugnisse gegenüber den Subunternehmern. Dafür seien die Behörden zuständig. Auch Gewerkschaften können nicht helfen.

Der Sozialwissenschaftler Professor Stefan Sell fordert deshalb, dass für die Logistikbranche eine Generalunternehmenshaftung, wie es sie schon fürs Fleischereigewerbe gibt, eingeführt wird.

Manuela Rosenthal-Kappi



Alltag eines Paketboten: Parken zwischen dicht stehenden Autos, Pakete aufladen und zum Kunden eilen

Bild: Imago

Zeitzeugen



Bild: Imago

Stefan Sell – Der Koblenzer Sozialwissenschaftler und Arbeitsmarktexperte hat sich intensiv mit der Logistikbranche beschäftigt. Er fordert, Auftraggeber wie DHL bei Verstößen ihrer Subunternehmer gegen gesetzliche Regelungen per Generalunternehmenshaftung zur Verantwortung zu ziehen.

Jan Jurczyk – Als Verdi-Sprecher beobachtet Jurczyk seit Jahren die Paketdienste. Er kritisiert, dass diejenigen Bezirke fremdvergeben werden, die eine hohe Belieferungsdichte haben. Es handelt sich um Viertel, in denen viele Menschen wohnen und die Zusteller mit „schweren Paketen voller Wein, Windeln und Katzenstreu“ viele Treppen laufen müssen. Angenehmere Viertel vergäben die Lieferdienste an ihre Festangestellten.

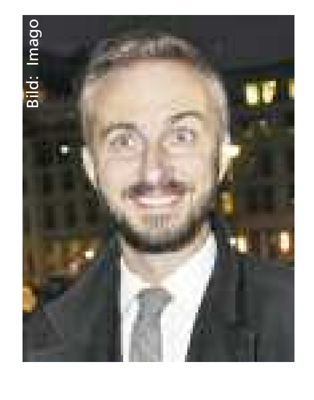


Bild: Imago

Jan Böhmermann – Der Satiriker prangert das Klassensystem deutscher Paketdienste an. Im Internet ist das Video „Wir sind die Versandsoldaten – Jan Böhmermann und der Chor der Scheinselbstständigen“ abrufbar, in dem die Sänger Kappen mit den Logos bekannter Logistikunternehmen tragen. Zur Melodie des sozialistischen Kampflieds „Völker, höret die Signale“ prangert das neue Arbeiterlied die Ausbeutung der Paketboten durch die Auftragsvergabe an Subunternehmen an.

Heinz-Jürgen Thomeczek – Laut dem DHL-Pressesprecher für die südliche Region beginnt das Weihnachtsgeschäft bereits Ende September, Anfang Oktober. Weil der Online-Handel boomt, sei es notwendig, übergangsweise Personal aufzustocken, meist mit befristeten Verträgen. DHL arbeite mit 999 Subunternehmern. Die DHL-eigenen Mitarbeiter verdienten mindestens 13,50 Euro pro Stunde.



Bild: DPVKOM

Christina Dahlhaus – Die Bundesvorsitzende der Fachgewerkschaft für die Beschäftigten des Postkonzerns will erreichen, dass die seit 2015 existierenden zwei Tarifverträge für Paketzusteller der posteigenen DHL zu einem, und zwar dem besseren, Tarifvertrag der Deutschen Post AG zusammengefasst werden. Zurzeit werden die einen regional unterschiedlich bezahlt und die anderen einheitlich nach dem alten Post-Haustarif.

Online-Handel belastet Mensch und Natur

Der Online-Handel boomt, 15 Prozent des deutschen Weihnachtsumsatzes werden inzwischen im Internet generiert. Bundesweit werden täglich etwa elf Millionen Pakete verschickt. Vor Weihnachten ist die Zahl noch höher. 2017 wurden in Deutschland 3,4 Milliarden Pakete ausgeliefert, das sind doppelt so viele wie im Jahr 2000. Jeder Paketzusteller bewegt mehrere Tonnen Gewicht am Tag.

Deutschlands größter Dienstleister DHL gibt an, dass seine 20 000 Zusteller durchschnittlich 4,3 Millionen Pakete täglich ausliefern. 2700 Euro brutto Gehalt durchschnittlich bei 38,5 Stunden pro Woche zahlt DHL. Schichtdienste und Überstunden werden extra bezahlt. Allerdings gibt es zwei Tarifverträge, einen neuen und einen alten Posttarif, sodass es regional hohe Unterschiede im Gehalt gibt. Das Einstiegsgehalt in Niedersachsen liegt beispielsweise bei 10,65 Euro, in Baden-Württemberg bei 18,45 Euro. Je höher der Tarif, desto größer ist die Bereitschaft der Post, Subunternehmer zu beauftragen.

Große Unterschiede bei den Löhnen

Wer neu bei DHL anfängt, bekommt nur noch einen Vertrag bei der Tochtergesellschaft „DHL Delivery“. Der Konzern darf 999 Subunternehmen beauftragen, die allerdings nur einen Bruchteil des Tarifs zahlen.

Die Mitarbeiter eines Subunternehmens gehen mit etwa 1200 Euro brutto weniger nach Hause, müssen aber die gleiche Stundenzahl leisten. Der Paketzusteller DPD hat 10 000 Zusteller, die für knapp 1000 Subunternehmen unterwegs sind, bei denen sie angestellt sind. 33 000 Zusteller sind nach Schätzungen von Verdi für andere unterwegs, darunter UPS, Hermes und DPD. Im Durchschnitt liefert ein Zusteller 200 bis 250 Pakete pro Tag aus.

Der zunehmende Online-Handel trägt nicht nur zur Ausbeutung von Arbeitnehmern bei, er schadet auch der Umwelt. Zusätzliche Lieferfahrzeuge sorgen für Staus im Stadtgebiet und auf Autobahnen. Auf den deutschen Rastplätzen gibt es immer weniger ausreichende Parkflächen, auf denen die Fahrer ihre Ruhezeiten einhalten können. *MRK*

Moderne Sklaverei

Subunternehmer heuern Arbeiter aus Osteuropa an

In der Logistikbranche herrschen raue Sitten. In München gab es kürzlich ein erstes Todesopfer. Ein Ukrainer, der mit gefälschtem rumänischen Pass für einen Subunternehmer im Auftrag von GLS gearbeitet hatte, wurde von anderen Mitarbeitern seines Chefs in einen Hinterhalt gelockt und brutal niedergeschlagen, weil er seinen versprochenen Lohn verlangt hatte. Im Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen.

Dass das Nichtauszahlen von Löhnen kein Einzelfall ist, berichten auch andere Mitarbeiter von Subunternehmern. In der Regel werden fadenscheinige Gründe vorgeschoben, etwa dass keine Tachoschreibe vorläge oder sonstiges Fehlverhalten des Boten, um Geld einzubehalten. Im Logistikbereich hat sich längst eine Klassengesellschaft gebildet. Aufgrund des undurchsichtigen Geflechts von Subunternehmern ist es schwer, die illegalen Machenschaften der Branche aufzudecken. Denn Tochtergesellschaften lagern die Arbeit teilweise auch wieder an Subunternehmen aus, die dann noch weniger bezahlen. Im vergangenen Jahr wurden 35 Personen aus Osteuropa verhaftet, die illegal beschäftigt waren.

> Undurchsichtige Geflechte erschweren die Aufdeckung

Vor allem Rumänen werden gerne eingestellt, da sie bereit sind, selbst für drei bis vier Euro Stundenlohn zu arbeiten. Für sie ist Deutschland ein Traumland, weil die schlechte Bezahlung immer noch höher ist als das, was sie zu Hause verdienen könnten. Meist kennen sie ihre Rechte nicht oder fordern sie aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes nicht ein. Nicht selten leben sie mit 20 Personen in einem Raum. Die Kosten für ihre Unterbringung werden ihnen dann noch vom Lohn einbehalten. Es kommt sogar vor, dass ein Bote, der als selbstständiger Subunternehmer eines Subunternehmers fungiert, in seinem Auto lebt. Das sollen bei Weitem keine Einzelfälle sein.

Der Satiriker Jan Böhmermann prangert das Klassensystem bei DHL an, indem er von Ausbeutung spricht. In der Kritik stehen Lieferdienste wie Hermes und DPD auch deswegen, weil sie nur mit Subunternehmern arbeiten. Hermes gibt den Verbrauchern die Schuld daran. Wegen deren „Null-Versandkosten-Mentalität“ seien die Preise im Paketmarkt „in weiten Teilen nicht auskömmlich“. *MRK*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Vorwurf: Gesinnungsschnüffelei

Heftige Kritik an Broschüre für Kita-Erzieher – Buschkowsky spricht von »Mini-Stasi«



Hat einen Sturm der Empörung ausgelöst: Broschüre für Kita-Erzieher

Bild: Screenshot von der Seite der Amadeu-Antonio-Stiftung

Eine Handreichung für Kita-Erzieher mit dem Titel „Ene, mene, muh – und raus bist du! Ungleichwertigkeit und frühkindliche Pädagogik" sorgt für heftige Diskussionen. Die Publikation der Amadeu-Antonio-Stiftung ist mit Steuergeldern gefördert worden.

In der Broschüre werden Fallbeispiele für „Handlungsmöglichkeiten in der Praxis" aufgeführt. Heftige Kritik hat vor allem ein Abschnitt auf sich gezogen, in dem es um Kinder aus „rechtsextremen völkischen Elternhäusern" geht. Eingegangen wird in dem 60-seitigen Heft auch auf Eltern, die sich gegen die Frühsexualisierung bei der Kindererziehung wenden oder ihren Kindern traditionelle Geschlechterrollen vermitteln. Im Fallbeispiel 3 geht es unter der Überschrift „Kita und rechtspopulistische Akteur*innen" namentlich um die AfD, der eine „Normalisierung rassistischer, antisemitischer und antifeministischer Positionen" zugeschrieben wird.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) verteidigt die Unterstützung für die Broschüre. Die Ministerin hat für das Heft sogar ein Geleitwort geschrieben, ihr Ministerium wird in der Umschlaginnenseite zudem als Förderer genannt. Laut Giffey soll die Broschüre eine Hilfestellung für Fachkräfte in Kitas sein. Eine solche Publikation sei von Fachkräften immer wieder nachgefragt worden, auch würden Fälle angeführt, die aus der langjährigen Beratungspraxis stammen.

Die Ministerin räumte zwar ein, dass es nicht Aufgabe des Staates sei zu prüfen, wie Eltern lebten und was sie dächten. Vor allem Heinz Buschkowsky hatte Kritik formuliert, die in diese Richtung geht. Der SPD-Politiker sagte im SAT.1-„Morgenmagazin" zur Kita-Broschüre, sein erster Gedanke sei gewesen, dass es sich um einen Scherz handele. Er sagte weiter: „Das passt überhaupt nicht in unsere Lebensart, so eine Schnüffelkompetenz aufzubauen, so eine Mini-Stasi. Was soll denn dieser Schwachsinn."

> Bundesministerium hat das Heft mit Steuergeld gefördert

Ähnlich wie Busckowsky sprach sich auch Falko Liecke, Jugendstadtrat in Berlin-Neukölln, gegen die Verwendung der Broschüre aus. Der CDU-Politiker sagte: „Die Broschüre will Vorurteile bekämpfen, vermittelt sie aber selbst." Liecke bemängelte zudem die „einseitige Fixierung auf rechtsradikale Elternhäuser". „In Neukölln sehen wir eher ein Problem mit religiösem Extremismus, wenn Kinder beispielsweise zum Tragen des Kopftuches genötigt oder Zwangsehen schon im Kindesalter arrangiert werden. Auch die Indoktrination durch Linksextremisten ist eine Gefahr", so der Jugendstadtrat. Tatsächlich dürfte gerade im Bezirk Neukölln das Thema Indoktrinierung durch Islamisten wesentlich mehr Relevanz besitzen als etwa „völkische" Elternhäuser.

In der Öffentlichkeit wird ein anderer Aspekt bislang kaum diskutiert. In der Broschüre wird ganz explizit die AfD genannt. An der Spitze des Bundesfamilienministeriums, das die Broschüre gefördert hat, steht wiederum eine SPD-Politikerin. Eigentlich naheliegend ist damit die Frage, ob eine staatliche Förderung der Broschüre gegen das staatliche Neutralitätsgebot verstößt.

Auf den ersten Blick scheint der Sachverhalt eindeutig. Auf der Umschlaginnenseite des Heftes steht der Satz: „Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium, d. Red.) oder des BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben, d. Red.) dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung." Ob das Ministerium und das Bundesamt damit tatsächlich frei von Verantwortung sind, ist allerdings fraglich.

Der parlamentarische Beratungsdienst des brandenburgischen Landtags hat sich vor Monaten schon einmal mit einem ähnlichen Fall beschäftigen müssen. Dabei war es um Steuergelder für eine Broschüre mit dem Titel „Die neue Partei am rechten Rand – Programme und Positionen der Alternative für Deutschland (AfD)" gegangen.

Das Heft war von einem „Aktionsbündnis Brandenburg" herausgegeben worden. Laut Auskunft der Landesregierung hatte das Bündnis pro Monat etwa 14 000 Euro an Steuergeldern erhalten. Die Gutachter des Landtags waren im Fall der Anti-AfD-Broschüre zu der Einschätzung gelangt, das Land könne sich nicht damit herausreden, es habe nicht unmittelbar selbst gehandelt. Aus Sicht des parlamentarischen Beratungsdienstes enthebt die „Auslagerung der Einflussnahme auf private Dritte" das Land nicht der Verantwortung, Neutralität zu wahren.

Norman Hanert

Endlich Schluss mit »Rostkreuz«

Von Theo Maass

In Berlin klappt nix außer den Türen. Ein Flughafen, der nie fertig wird, eine Verkehrspolitik, die Stillstand verursacht, abgelehnte Asylbewerber, die nicht abgeschoben werden und eine Baupolitik, die bemüht ist, den Fehlbestand zu vermehren ...

Aber nein, es gibt sie noch, die guten Nachrichten. Nach zwölfjähriger Bauzeit sind Umbau und Modernisierung des Bahnhofs Ostkreuz endlich abgeschlossen. Eigentlich sollte es nur zehn Jahre dauern, aber man freut sich ja, wenn überhaupt mal etwas klappt.

Von den vier Verkehrsdrehscheiben der Ringbahn war Ostkreuz die einzige, die im Ostsektor Berlins lag (liebevoll-ironisch „Rostkreuz" genannt), und es ist auch die letzte, die modernisiert wurde. Nordkreuz und Südkreuz hatten ihren Umbau schon hinter sich. Westkreuz soll bleiben, wie es ist. Bahnchef Richard Lutz frohlockt: „Es ist geschafft! Das war eine Herkulesaufgabe für die Bauleute, denn gebaut wurde nicht auf der grünen Wiese, sondern unter dem rollenden Rad. Und das bei einem Bahnhof, der mit täglich 1500 Zughalten die Nr. 1 in ganz Deutschland ist!"

Mit dem Fahrplanwechsel zum 9. Dezember fuhr die Regionalbahn 26 erstmals von Ostkreuz ab, direkt bis Küstrin. Drei Regionalexpress-Linien, fünf Regionalbahnen und acht S-Bahn-Linien führen über Ostkreuz. Es besteht sogar eine Direktverbindung zum Flughafen Schönefeld. Dazu kommt noch eine Fernverbindung eines privaten Anbieters von Berlin über Hannover und Frankfurt am Main nach Stuttgart.

Die angedachte Verlängerung der U-Bahn zum Ostkreuz scheint nicht mehr auf der Agenda der grünen Verkehrssenatorin zu stehen. Lediglich die Straßenbahnlinie 21 soll noch direkt dorthin umgeleitet werden. Die genaue Trassenführung steht jedoch noch nicht fest. Wer also nicht in der direkten Nähe des Bahnhofs wohnt, erreicht ihn schlecht, stattdessen ist seine Stärke die Drehscheibe als Umsteigepunkt.

Auch der Hauptbahnhof in Mitte leidet darunter, dass er zurzeit nicht befriedigend an das U-Bahn-Netz angebunden ist. Erst nach Vollendung der sogenannten Kanzlerbahn wird das besser. Der Bahnchef schließt eine spätere Anbindung von Ostkreuz an das ICE-Netz nicht aus. Die ICE-Züge fahren jetzt noch an dem Bahnhof vorbei. Zwölf Jahre waren eine lange Zeit. Lutz entschuldigte sich: „Für unsere Fahrgäste war die Bauzeit eine lange Durststrecke, und ich danke allen für die starken Nerven. Aber das Warten hat sich gelohnt." Immerhin zeigt dieser Tag, dass es in Berlin doch noch Dinge gibt, die fertig werden und sogar funktionieren. Auf irgendwas muss man in Berlin noch stolz sein können...auch wenn schwer fällt.

Frust über Billigtourismus

Klagen von Berlinern über „Ballermänner" häufen sich

Berlin hat 2017 fast 13 Millionen Gäste angezogen. Die Zahl der Touristen in Berliner Hotels hat damit im Vergleich zu 2016 um fast eine Viertelmillion zugelegt. Unter Anwohnern wächst in einigen Stadtvierteln Verdruss über die negativen Seiten der Besucherflut. In Innenstadtbezirken machen Begriffe wie „Overtourism" oder „fortschreitende Touristifizierung" die Runde. Anstoß erregen zunehmend jugendliche Fremde, die aus ganz Europa für einige Tage mit Billigfliegern nach Berlin kommen und in einem der zahlreichen preisgünstigen Hostels übernachten.

Eine Rolle spielt auch eine Berliner Besonderheit. Gerade in den Gegenden, die bei den jugendlichen Party-Touristen beliebt sind, machen immer mehr „Spätis" auf. Gemeint sind damit kleine 24-Stunden-Läden, die auch Alkohol anbieten. Im Umfeld einiger dieser Läden beklagen sich Anwohner über eine Verwahrlosung des Straßenraums und Lärmbelästigungen in der Nacht.

Ein Magnet für jugendliche Touristen ist der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg mit vielen Hotels, Bars, Kneipen und Clubs. Die Bürgermeisterin des Bezirks,

> Branche bringt der Stadt viel Geld und Arbeitsplätze

Monika Hermann (Grüne), hat sich inzwischen für einen stadtweiten Hotelentwicklungsplan ausgesprochen und führt Beschwerden wegen Lärm und Müll an. Aus Hermanns Sicht könnte ein solcher Plan für eine „flächendeckende Verteilung" von Hotelneubauten sorgen.

Ephraim Gothe (SPD), Stadtrat für Stadtentwicklung in Mitte, stellt sich skeptisch zu so einem Plan: „Ich kann aber jeden Anwohner verstehen, der genervt ist, wenn nachts eine Schulklasse mit 20 Rollkoffern durch die Straßen zieht." so der Stadtrat. Er fürchtet allerdings, dass es schwierig sei, Hotelneubauten über die ganze Stadt zu verteilen, wo doch nur einige Gegenden bei Touristen besonders gefragt seien.

Burkhard Kieker, Geschäftsführer von „Visit Berlin", sieht keinen generellen „Overtourism", wohl aber eine Übernutzung bestimmter Innenstadtviertel. Anteil daran haben aus seiner Sicht aber nicht nur die Touristen, sondern zudem das Bevölkerungswachstum der Hauptstadt und zum Teil auch Nachholbedarf bei der Infrastruktur der wachsenden Metropole. Der oberste Tourismus-Werber der Stadt kann zudem darauf verweisen, dass die Berliner Tourismusbranche elf Milliarden Euro Umsatz im Jahr erwirtschaftet und vielen Berlinern einen Arbeitsplatz bietet.

N.H.

Linke wollen enteignen

Gut vernetzte Extremisten greifen »Deutsche Wohnen« an

Berlin erlebt den nächsten Versuch eines Volksbegehrens. Seit einigen Tagen hängen Plakate einer Kampagne „Deutsche Wohnen und Co. enteignen" an Hauswänden und Stromverteilkästen. Es geht gegen die größte Wohnungsgesellschaft Berlins.

Tatsächlich sorgen sich viele Berliner wegen steigender Mieten. Die eigentlichen Ursachen dafür werden aber von den Medien nicht thematisiert. In der Stadt hält sich eine wachsende Anzahl abgelehnter Asylbewerber auf, die geduldet wird und Wohnungen benötigt. Dazu kommt die quasi-Verweigerung der Bausenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei), Wohnungsbau in ausreichender Menge zu genehmigen.

Laut Statistik wuchs die Zahl der Bewohner Berlins 2017 um 41 000, die der deutschen Berliner bloß um 100. Statt der von Lompscher angekündigten 10 000 Neubauwohnungen wurden nur 3000 fertig.

Hinter dem Volksbegehren steht die linksextreme „Interventionistische Linke" (IL). Sie hatte sich bisher an gewalttätigen Aktionen beteiligt wie „Widerstand" gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm, G20 in Hamburg, Atommülltransporte oder den Braunkohleabbau. Ihre sonstigen Betätigungsfelder sind Feminismus, Rassismus, Faschismus oder Sexismus und ähnliches. „Patriarchat, Rassismus und Kapitalismus" will die IL überwinden.

> Eigentliche Ursachen für Wohnungsmangel werden ausgeblendet

Das Ziel der Enteignung ist nur bei einer angemessenen – das heißt wohl marktüblichen – Entschädigung zu erreichen. Die Marktkapitalisierung der „Deutschen Wohnen" lag Ende 2017 bei 12,9 Milliarden Euro. Eine Entschädigung wäre aus dem Landeshaushalt zu zahlen. Die IL verspricht aber ihren Unterstützern, dass Enteignung auch unterhalb einer Entschädigung des Marktwertes möglich sei. Die „Aktivisten" wollen den „Kapitalstrom nach Berlin unterbrechen", um den „Markt kaputt zu machen".

Die IL besteht aus etwa 30 linksextremen Gruppen. Sie wird vom Verfassungsschutz als gewaltbereit und demokratiefeindlich eingestuft. Im Berliner Verfassungsschutzbericht 2017 heißt es auf Seite 151: „Durch gemeinsame politische Arbeit soll innerhalb des Systems Akzeptanz für eine mehrheitsfähige revolutionäre Organisation (...) geschaffen werden". Interessant ist vor diesem Hintergrund, dass verschiedene Politiker der Linkspartei, der Grünen und der SPD die IL-Aktion gegen die „Deutsche Wohnen" direkt oder indirekt unterstützen.

Frank Bücker

MELDUNGEN

Tunesien: Jude wird Minister

Tunis – René Trabelsi ist neuer tunesischer Tourismusminister. Damit ist der 56-Jährige der einzige jüdische Minister der arabischen Welt, eine Sensation in einer Weltgegend, die in den Juden automatisch den „zionistischen Feind“ sieht. Trabelsi wuchs auf der Insel Djerba auf, wo mit der Al-Ghriba-Synagoge die älteste Synagoge Afrikas steht. Er studierte in Frankreich und gründete dort ein Tourismusunternehmen, mit dem er Pilgerreisen für Juden aus aller Welt zur Al-Ghriba-Synagoge organisiert. Trabelsi gilt als engagierter Verfechter jüdisch-muslimischer Koexistenz, was ihn jedoch nicht vor Anfeindungen radikaler Muslime schützt, die in Tunesien in der Ennahda Partei politisch organsiert sind. Allerdings erhielt er bei seiner Bestätigung durch das Parlament auch deren Stimmen. *B.B.*

Keine Messer für Asylsucher

Wien – Die österreichische Regierung hat ein neues Waffengesetz beschlossen. Nach den neuen Regelungen dürfen Justizangehörige und Militärpolizisten wie bisher schon Polizeibeamte ihre Dienstwaffen auch außerhalb des Dienstes mit sich führen, was neben einer erheblichen praktischen Erleichterung auch eine Steigerung der Sicherheit im Land bewirken soll. Nicht-EU-Bürger und damit auch die Asylsucher dürfen hingegen grundsätzlich keine Waffen in der Öffentlichkeit bei sich tragen, wozu nach der Novelle nun auch Messer und Dolche sowie Hiebwaffen zählen. Bei Zuwiderhandlungen droht eine Haftstrafe von ein bis zwei Jahren. Damit besteht für die Behörden erstmals eine Möglichkeit, gegen die zahlreichen mit Stichwaffen bewaffneten und in vielen Fällen gewaltbereiten Neuzuwanderer effektiv vorzugehen. *T.W.W.*

Spanien rückt nach rechts

Der Wahlerfolg von »Vox« in Andalusien könnte nur der Anfang gewesen sein

In Spanien vollzieht sich ein politischer Wandel. Die als konservativ-katholisch und rechtspopulistisch beschriebene Partei „Vox“, die den Kampf gegen illegale Einwanderung und eine Unabhängigkeit Kataloniens auf ihre Fahnen geschrieben hat, feiert erste Erfolge und erstaunt damit Beobachter.

Es ist gerade einmal zwei Jahre her, dass die „Süddeutsche Zeitung“ zufrieden feststellte, dass es im Gegensatz zu anderen EU-Ländern keine ernstzunehmende Rechtspartei in Spanien gebe. Doch mittlerweile ist vieles anders. Vox (Stimme) ist nach der Regionalwahl in Andalusien erstmals ins Parlament eingezogen.

Es ist überhaupt das erste Mal seit der Wiedereinführung der Demokratie in Spanien nach dem Tod des Diktators Francisco Franco im Jahre 1975, dass eine Rechtspartei in ein spanisches Regionalparlament einzieht. Die Partei holte bei dem Urnengang Anfang Dezember zwölf der 109 Sitze. Das sind mehr als erwartet. Die Umfragen hatten der Partei höchstens fünf Sitze vorhergesagt.

Die Andalusier hätten nach 36 Jahren sozialistischer Regierung Geschichte geschrieben, sagte der Parteivorsitzende Santiago Abascal am Wahlabend und sprach von einem „Triumph“. Die Vorsitzende des französischen Rassemblement National (RN, Nationale Sammlungsbewegung), Marine Le Pen, gratulierte via Twitter ihren „Freunden von Vox“ ebenso wie der italienische Innenminister Matteo Salvini von der Lega.

Der Vorsitzende der linken Protestpartei „Podemos“ (Wir können), Pablo Iglesias, rief über eine nationale Presseagentur umgehend eine „antifaschistische Warnung« aus. Alle linken Parteien müssten sich mobilisieren, um „Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und letztlich die Demokratie“ zu verteidigen.

Die erst Ende 2013 entstandene nationalkonservative Abspaltung der konservativen Volkspartei (PP) hat mit dem Wahlergebnis mehr als einen Achtungserfolg verbucht. Andalusien ist mit 8,4 Millionen Einwohnern die bevölkerungsreichste Region Spaniens. Seit 1982 regieren dort ununterbrochen die Sozialisten.

Wenig überrascht zeigte sich der Politikwissenschaftler Pablo Simón von der Madrider Universität Carlos III: „Es war eine Frage der Zeit, bis auch in unserem Land eine rechtsextreme Partei entsteht, schließlich haben wir die gleichen Probleme wie der Rest Europas.“ Vor wenigen Monaten wurde Vox „noch mitleidig belächelt“, so die „Neue Zürcher Zeitung“, „rechts von der Volkspartei hatte niemand Platz, so schien es lange. Umfragen vor den andalusischen Wahlen sagten den Rechtspopulisten gerade einmal ein Mandat voraus. Doch quasi über Nacht wurde der Außenseiter zum umworbenen Partner für eine neue rechtskonservative Koalition: Der Vorsitzende des Partido Popular (PP) in Andalusien, Juan Manuel Moreno, hat keine Berührungsängste mit den Rechtspopulisten.“

Zentrale Botschaft von Santiago Abascal Conde, dem Parteivorsitzenden von Vox, ist die Warnung vor der Islamisierung Europas. „Wir lieben Europa, wir sind Europa – das können wir mit mehr Recht als andere sagen. Denn wir haben Europa vor dem vorrückenden Islam geschützt, in sieben Jahrhunderten Reconquista!“ Europafeindlich seien die Oligarchien, welche die europäische Identität zerstörten, die Masseneinwanderung forderten und die keinen Respekt vor Spanien hätten, erklärte der 42-Jährige vor mehr als 10000 Anhängern während einer Großkundgebung in Barcelona.



Wie viele seiner Parteifreunde kam auch er von der Volkspartei (PP): Der Vox-Vorsitzende Santiago Abascal Conde Bild: Mauritius

Die Partei hat einen steilen Aufstieg hinter sich. Bei den vergangenen spanischen Parlamentswahlen 2016 kam sie auf gerade einmal 0,2 Prozent der Stimmen. Im vergangenen Jahr hat sich die Zahl der Parteimitglieder allerdings von rund 3000 auf mehr als 12000 ungefähr vervierfacht. „Vox war vor einem Jahr eine Partei, die irrelevant war. Jetzt tritt sie auf die Bildfläche“, erklärte der frühere spanische Ministerpräsident José María Aznar im Radiosender „Cope“.

Die Wahl in Andalusien bildete den Auftakt zu einer Reihe von Wahlen, die von Kommunal- und Regionalwahlen bis zur EU-Wahl im Mai reicht. Für letztere rechnet der Vox-Chef mit einem zweistelligen Ergebnis. „Langfristig wollen wir das Land zurückerobern“, kündigt er an. Es mehren sich die Stimmen, die das nicht für ausgeschlossen halten. *Peter Entinger*

Lebensgefährlicher Job

In Russland versterben die Geheimdienstchefs in der Amtszeit

Die Chefs des russischen Militärgeheimdienstes (GRU) haben oft nur ein kurzes Leben. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums starb Igor Korobow am 20. November mit 62 Jahren „nach schwerer und langer Krankheit“ an einem „Herzinfarkt“. Korobow war im Januar 2016 an die Spitze des GRU gerückt, nachdem sein Vorgänger, Igor Sergun mit 58 Jahren ebenfalls plötzlich an Herzversagen verstorben sein soll.

In Korobows Amtszeit nahm der Ruf des GRU im Westen schweren Schaden: Ende 2016 waren Korobow und weitere Mitglieder der GRU-Führung von den Vereinigten Staaten mit Sanktionen belegt worden, weil sie nach Auffassung Washingtons die Hacker-Angriffe auf politische US-Organisationen während des Präsidentschaftswahlkampfs in Auftrag gegeben haben sollen.

Großbritannien beschuldigt außerdem zwei GRU-Agenten, Anfang März den Giftanschlag auf den früheren russischen Doppelagenten Sergej Skripal im britischen Salisbury verübt zu haben. Die Männer waren im September von Journalisten durch leicht zugängliche Datenbanken als Mitarbeiter des GRU enttarnt worden. Im Oktober beschuldigten die Niederlande GRU-Agenten, eine Cyberattacke auf die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vorbereitet zu haben.

Anfang Oktober berichtete der Investigativreporter Sergej Kanew unter Berufung auf Quellen im russischen Verteidigungsministerium, dass Korobow Mitte September zu einem Treffen mit Präsident Putin zitiert worden sei. Vor allem der verunglückte Nowitschok-Anschlag auf Skripal und seine Tochter soll Korobow mächtig Ärger von höchster Stelle eingebracht haben. Nach Angaben der „Daily Mail“ habe Präsident Putin seinen Gift-General höchstpersönlich zur Schnecke gemacht und ihm „tiefe Inkompetenz“ vorgeworfen.

> Nach Gespräch mit Putin starb Korobow mit 62 Jahren

Putin ist ein Mann vom Fach was Geheimdienste anbelangt, Misserfolge in diesem Bereich gehen ihm persönlich nahe. Nach der Putin-Ansage habe Korobow nach Aussagen von Augenzeugen das Gespräch zitternd verlassen. Auf dem Nachhauseweg habe er begonnen, sich schlecht zu fühlen. Auch das Verteidigungsministerium soll kein gutes Haar an den „Trotteln“ hinter den Gift-Attentätern gelassen haben, die im russischen Fernsehen zugaben, just am Tag des Skripal-Anschlages als Touristen nach Salisbury gereist zu sein, um dort die „weltbekannte“ Kathedrale zu besichtigen. Nach dem Gespräch mit Putin soll Korobow zu Hause zusammengebrochen sein. Einige Beobachter fragen sich sogar, ob nicht auch da Gift im Spiel gewesen ist.

Der ehemalige Luftwaffen-Pilot Korobow war seit 1980 in Diensten des russischen Geheimdienstes. Innerhalb kürzester Zeit soll er sich in der Hierarchie nach oben gearbeitet haben und bis zur GRU-Spitze aufgestiegen sein. Der GRU ist neben dem Inlandsgeheimdienst FSB und dem Auslandsgeheimdienst SWR einer der drei Moskauer Geheimdienste.

Korobows Vorgänger Igor Sergun war im Januar 2016 im Alter von erst 58 Jahren gestorben – angeblich an den Folgen eines Myokardinfarkts. Zu Ort und Zeit seines Todes gibt es unterschiedliche Angaben. Offiziell starb er an einer Herzattacke in einem Erholungsheim des Geheimdienstes FSB. Unbestätigten Berichten zufolge soll er aber im Libanon umgekommen sein. *Bodo Bost*

Nach vorne geboxt

Kommunalwahlen in Polen – Posen will liberale Wende einleiten

Bei der zweiten Runde der Regional- und Kommunalwahlen in Polen konnte sich die nationalkonservative Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Ex-Ministerpräsident Jaroslaw Kaczynski in keiner der großen Städte durchsetzen. In Krakau, Danzig und Kielce konnten die Kandidaten der Opposition die Rathäuser erobern.

Bereits in der ersten Runde am 21. Oktober konnte die Bürgerkoalition, ein Zusammenschluss der liberal-konservativen Bürgerplattform (PO) und der liberalen Nowoczesna-Partei, die Hauptstadt Warschau sowie Lodz, Posen, Lublin und Breslau für sich gewinnen. Die PiS konnte sich allerdings in neun von 16 Regionalparlamenten durchsetzen.

Der bereits im ersten Wahlgang mit 56,6 Prozent der Stimmen wiedergewählte Stadtchef von Posen, Jacek Jaskowiak, der durch einen Schaukampf gegen den früheren Boxweltmeister Dariusz Michalczewski äußert populär und beliebt wurde, gilt innerhalb der liberalen Bürgerplattform (PO) als Galionsfigur des liberalen Polen. Posen hat heute 550000 Einwohner und liegt im Zentrum Polens, auf halbem Weg zwischen Warschau und Berlin. Vor dem Zweiten Weltkrieg lag die Stadt am Rande des Kaiserreichs.

Jaskowiak möchte die Stadt nach Westeuropa zurückführen. Der nationalkonservativen Regierung wirft er vor, mit ihren autoritären Tendenzen das ganze Land nach Osten, nach Moskau hin zu orientieren. Diese hört das gar nicht gerne, spricht sie doch von Russland als neuer geopolitischer Bedrohung Polens. Jaskowiak bekämpft die seit 2015 mit absoluter Mehrheit regierende PiS-Partei und ihren Schattenpremier Kaczynski auf allen Ebenen. So propagierte er öffentlich das Recht der Frauen auf Abtreibung und stellte die Schwulenparade in Posen unter seine Schirmherrschaft, woraufhin Gegner sein Privathaus mit anzüglichen Parolen beschmierten.

> Oberbürgermeister Jacek Jaskowiak als liberale Galionsfigur

Posen ist heute ein liberales Einsprengsel und so etwas wie eine Wohlstandsinsel im konservativ-katholischen Polen. Daran hat auch VW einen Anteil, denn die Firma hat in einer Vorstadt ihre Zentrale für Polen. Jaskowiak, der aus ärmlichen Verhältnissen stammt, hatte nach der Wende 1989 rasch ein Vermögen mit allerlei Geschäften gemacht. Erst 2010 wurde aus dem finanziellen Aufsteiger ein politischer Quereinsteiger. Eine Posener Bürgerinitiative hatte ihn damals gefragt, ob er für sie kandidieren wolle.

Beim zweiten Anlauf gelang ihm 2014, unter dem Banner der PO, der Aufstieg zum Bürgermeister. Er ließ das Warthe-Ufer aufpolieren, Stadtteilinitiativen fördern, die Theaterszene subventionieren und Fahrradwege bauen. So gilt Posen heute als trendigste Stadt Polens.

Jaskowiaks Rolle im heutigen Polen erinnert etwas an die Rolle seines Vorgängers, des Nationalliberalen Richard Witting, in deutscher Zeit. Auch Witting, der ebenfalls aus armen Verhältnissen stammte, hatte sich als Oberbürgermeister von Posen, wo er von 1891 bis 1902 wirkte, große Verdienste erworben, die ihn für Höheres qualifizierten. In wenig mehr als einem Jahrzehnt hatte Wittig aus dem armseligen, abseits von aller Kultur gelegenen geruhsamen Ort ein modernes Gemeinwesen mit stark entwickeltem Geschäftsverkehr, blühender Industrie und Verwaltungssitz der Ostmark gemacht. Die Stadt Posen ernannte ihn zum Ehrenbürger und benannte eine Straße nach ihm. *Bodo Bost*

»Da machen wir nicht mit«

Die von Bundesfinanzminister Olaf Scholz geplante Reform der Grundsteuer stößt auf Widerstand

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) hat Ende November seine Überlegungen für die Reform der Grundsteuer vorgelegt. Das Bundesverfassungsgericht hatte die alte Regelung gekippt.

Mit der neuen Fassung soll die Grundsteuererhebung auf eine rechtssichere Basis gestellt werden und für die Gemeinden als wichtige Einnahmequelle dauerhaft gesichert bleiben. Zudem sollen die Steuerzahler nicht wesentlich stärker belastet werden. Doch wie es mit Gesetzesvorhaben so ist – kaum liegen die Pläne auf dem Tisch, wird auch schon gestritten.

In Deutschland gibt es rund 36 Millionen Wohngebäude und Grundstücke. Die dafür fällige Grundsteuer wird anhand von drei Werten ermittelt, die miteinander multipliziert werden: dem Einheitswert, der etwa aus der Grundstücksart und dem Alter des Hauses ermittelt wird, der Steuermesszahl und dem Hebesatz, den die Kommunen festlegen. Die Bemessung der Steuer muss aber nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bis Ende 2019 neu geregelt werden, weil die dafür geltenden Einheitswerte der Grundstücke überholt sind.

Derzeit kursieren zwei Modelle: ein werteabhängiges und ein werteunabhängiges. SPD-Mann Scholz präferiert die erste Lösung. Demnach sollen in die Berechnung des Einheitswerts folgende Faktoren einfließen: Nettokaltmiete, Wohnfläche, Baujahr, Grundstücksfläche und Bodenrichtwert. Anfang 2020 sollen Immobilienbesitzer eine Steuererklärung mit diesen Daten abgeben. Bei selbstgenutzten Immobilien soll eine fiktive Miete anhand des Mikrozensus des Statistischen Bundesamts gelten. Scholz nennt dieses Modell eine „verfassungsfeste Lösung, die das aktuelle Aufkommen für die Kommunen sichert". Es sei zudem eine sozial gerechte Lösung, die die Steuerzahlungen fair verteilt unter Beachtung des Rechts der Kommunen, die kommunalen Hebesätze selbstständig zu bestimmen.

Bei dem von einigen Bundesländern bevorzugten werteunabhängigen Modell soll der Wert anhand der Fläche des Grundstücks und des Gebäudes ermittelt werden. Deshalb wird es auch Flächenmodell genannt. Es wird unter anderem von Bayern favorisiert, auch die Immobilienwirtschaft hat sich wegen der einfachen Erhebung für das Flächenmodell ausgesprochen.

Keine Berücksichtigung findet bei den Vorschlägen von Bundesfinanzminister Scholz eine reine Bodensteuer auf Grundlage des Werts der Grundstücke. Dies hatten der Mieterbund und das Institut der deutschen Wirtschaft vorgeschlagen.

Das Ifo-Institut, das eine Studie zur Grundsteuerreform vorgeschlagen hat, lehnt Scholz' Pläne ebenfalls ab. Sein Präsident Clemens Fuest hat die Pläne als zu kompliziert kritisiert. Statt jede einzelne Immobilie individuell zu prüfen, sollte nur die Fläche der jeweiligen Wohnung und des Grundstücks bewertet werden. „Es ist unglaublich aufwendig. Wir haben 35 Millionen Immobilien in Deutschland. Wenn wir die individuell bewerten wollen, ist das ein riesen Bewertungsaufwand, und man muss sich fragen, lohnt sich das eigentlich. Denn für diese individuelle Wertberechnung wird häufig angeführt, das Ganze sei dann gerechter. Aber das ist nicht wirklich so, denn für Gerechtigkeit müsste man eigentlich feststellen, wie leistungsfähig, wie ist das Einkommen dessen, der da jeweils wohnt... Die Grundsteuer ist unabhängig davon, wie hoch das Einkommen dessen ist, der in der Wohnung wohnt, das Einkommen des Eigentümers oder des Mieters. Deshalb sollte man eher eine einfache Bemessungsgrundlage wählen", erklärte der Wirtschaftswissenschaftler gegenüber dem Deutschlandfunk.

Doch es fällt schwer, eine Lösung zu finden, und die Zeit drängt. „Die hoffnungslos veraltete Bemessungsgrundlage für 36 Millionen Gebäude und Grundstücke in Deutschland auf den neusten Stand zu bringen, ohne ihre Besitzer zu verärgern, ist schier unmöglich", schreibt der Nachrichtensender NTV. Weil die uralten Immobilienwerte, mit denen der Staat rechnet, nicht ansatzweise die aktuellen Preise widerspiegeln, käme es zu grotesken Verzerrungen. „Es kann nicht sein, dass eine schicke Villa an der Elbchaussee mit weniger Grundsteuer belastet ist als eine neue, einfache Vierzimmerwohnung im Ruhrgebiet", sagt Städtetag-Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg.

Die Vorgaben, welche die Politik dabei aus Karlsruhe bekommen hat, sind eng. In jedem Modell, das die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umsetzt, müssten sämtliche Grundstücke neu bewertet werden. Dies gehe zwangsläufig mit Änderungen der Steuerzahlungen einzelner Steuerschuldner einher. Dies gelte auch dann, wenn sich das Grundsteueraufkommen durch die Reform insgesamt nicht erhöht, das heißt, wenn sich Be- und Entlastungen insgesamt ausgleichen. Deshalb gehe es vor allem darum, diese Veränderungen sozial gerecht zu verteilen und zusätzliche Belastungen Einzelner entsprechend zu begrenzen. Das Bundesfinanzministerium glaubt, dass dies besser mit dem wertabhängigen Modell zu erreichen sei, weil für dieses keine Verfassungsänderung notwendig sei.

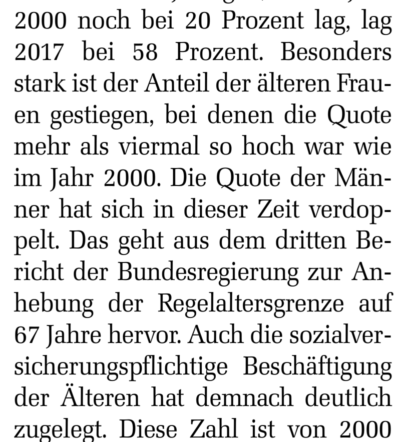
Scholz muss dabei nicht nur das Berliner Kabinett hinter sich bringen, auch die Länder müssen zustimmen. Neben Bayern hat sich auch Baden-Württemberg kritisch zu den Plänen geäußert. Dessen Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) sagt, Scholz' Reform könne die Wohnungsnot weiter verschärfen: „Da machen wir nicht mit." *Peter Entinger*



Bild: imago

Hat die alte Regelung gekippt und damit eine Neuregelung notwendig gemacht: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

MELDUNGEN



Mehr ältere Beschäftigte

Berlin – Die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen, die im Jahr 2000 noch bei 20 Prozent lag, lag 2017 bei 58 Prozent. Besonders stark ist der Anteil der älteren Frauen gestiegen, bei denen die Quote mehr als viermal so hoch war wie im Jahr 2000. Die Quote der Männer hat sich in dieser Zeit verdoppelt. Das geht aus dem dritten Bericht der Bundesregierung zur Anhebung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre hervor. Auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung der Älteren hat demnach deutlich zugelegt. Diese Zahl ist von 2000 bis 2017 von rund 1,5 Millionen auf 2,1 Millionen gestiegen. *J.H.*

Design-Preis geht nach Kaunas

Kaunas – Das Architekturkonzept für die Umgestaltung des Vienybes-Platzes im Zentrum von Litauens zweitgrößter Stadt wurde in der Kategorie „Urban Space and Infrastructure" mit dem renommierten German Design Award 2019 ausgezeichnet. Das Konzept wurde von der Firma 3Deluxe mit Sitz in Deutschland entwickelt. Umgesetzt wird das Projekt, das „die unterschiedlichen architektonischen Stile der ursprünglichen Struktur in ein extrem modernes Design integriert", von „Urban Inventors" der litauischen SBA-Group. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.932.928.439.176 €

Vorwoche: 1.932.975.488.883 €

Verschuldung pro Kopf:
23.347 €

Vorwoche: 23.348 €

(Dienstag, 11. Dezember 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Deutsche Bank auf Talfahrt

Kein erkennbares Interesse am potenziellen Übernahmekandidaten

Nach einer Durchsuchungsaktion der Frankfurter Staatsanwaltschaft in der Deutsche-Bank-Zentrale ist die Aktie des nach Bilanzsumme und Mitarbeiterzahl größten Kreditinstituts Deutschlands auf ein neues Allzeittief gefallen. Die Bank steht unter dem Verdacht der Geldwäsche im Zusammenhang mit den sogenannten Panama Papers. Laut einem Bericht der „Financial Times" könnte die Deutsche Bank auch im Geldwäscheskandal der Danske Bank eine größere Rolle gespielt haben, als bislang vermutet wurde.

Die Deutsche Bank war in den letzten Jahren in zahlreiche Skandale verwickelt und hat in den Vereinigten Staaten sogar Strafzahlungen und Entschädigungen in Milliardenhöhe geleistet. Erst vor Kurzem hatte die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt gegen eine Zahlung in Millionenhöhe Ermittlung gegen die Deutsche Bank wegen sogenannter Cum-Ex-Geschäfte eingestellt.

Vor dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 notierte die Aktie der Bank zeitweise über 85 Euro, inzwischen liegt sie bei nur noch rund acht Euro. Der Börsenwert der Deutschen Bank ist mittlerweile auf unter 20 Milliarden Euro gesunken.

Die Bank müsste damit eigentlich ein leicht zu schluckender Übernahmekandidat sein. Bislang sind aber nur Absagen bekannt geworden. Die Finanzseite „Business Insider" zitiert den Finanzexperten Wolfgang Gerke: „Im gegenwärtigen Zustand der Bank besteht aber selbst bei der niedrigen Marktkapitalisierung kein Kaufinteresse."

Erst im November hatte Jamie Dimon, der Chef der US-Bank JP-Morgan, im Interview mit dem „Handelsblatt" ein Übernahmeinteresse verneint. Auch Michael Corbat von der US-Großbank „Citigroup" dementierte unlängst in einem Interview mit dem „Manager Magazin" ein Interesse an einem Zusammengehen.

Berlin favorisiert angeblich Fusion mit der Commerzbank

Bereits seit längerer Zeit kursieren an den Märkten Gerüchte über ein Zusammengehen von Deutscher Bank und Commerzbank. In diesem Zusammenhang berichtete die „Financial Times" im Oktober allerdings, das Thema würde beim Deutsche-Bank-Chef Christian Sewing nicht auf der Agenda stehen. Unter Berufung auf eine nicht genannte Quelle hieß es weiter, Sewing würde keine Verhandlungen aufnehmen, solange die Börsenbewertung seiner Bank so niedrig sei. Der 48-Jährige, der erst seit April als Vorstandschef amtiert, sagte auf einer Bilanzkonferenz, der Fokus liege auf der Steigerung der Umsätze.

Auch Thomas Mayer, der frühere Chefökonom der Deutschen Bank, äußerte Zweifel, dass ein Zusammengehen mit der Commerzbank sinnvoll wäre. Gegenüber „Business Insider" sagte Mayer: „Die deutsche Bankenbranche braucht dringend eine Bereinigung und Verschlankung. Ob aber aus zwei angeschlagenen Banken eine gesunde Bank werden kann, ist fraglich."

Wie unter anderem das von der Börsenmedien AG aus Kulmbach herausgegebene Börsenmagazin „Der Aktionär" berichtet, favorisiert die Bundesregierung einen Zusammenschluss von Deutsche Bank und Commerzbank. Entscheidungsträger in Berlin seien aber auch für eine europäische Fusion offen, sobald die Banken-, Steuer- und Kapitalmarktunion abgeschlossen sei. *Norman Hanert*

Diversity

Von Rolf Stolz

Wer statt klarer deutscher Begriffe mit englischen und denglischen operiert, der will in aller Regel tricksen und schwindeln. Das ist auch das Rezept der Leute, die gegenwärtig in der Großindustrie Propaganda für „diversity“ machen.

Wie so manche fragwürdige Mode kommt das „diversity management“ aus den USA. Ursprünglich in den 60er Jahren entwickelt, um Frauen und Schwarzen bessere Chancen einzuräumen, geht es heute darum, den multinationalen Konzernen eine extrem zersplitterte



Petra Reinbold-Knape Bild: pa

Belegschaft zu liefern, die sich nach der Methode „teile und herrsche“ wunderbar gegeneinander ausspielen lässt.

Natürlich wird das hübsch verpackt als bunte Vielfalt, zum Beispiel als Kampagne „Die gelbe Hand – Mach meinen Kumpel nicht an“. Die Farbe passt: Als gelbe Gewerkschaften bezeichneten die Arbeiter die einst von den Unternehmern gekauften Streikverhinderungsvereine.

Im Mittelpunkt der Diversitätsbetreiber stehen nicht die Stammbelegschaften und die Mehrheit der Einheimischen, sondern jene Arbeitsnomaden, die heute hier und morgen dort profitabel eingesetzt werden. Wie in der Politik kümmert man sich mehr um die lesbische Managerin aus Singapur und die „Queeren“ vom dritten oder vierten Geschlecht als um die langweiligen Normalen mit Familie und Alltagsexistenzproblemen.

Auch manche Gewerkschaftsfunktionäre spielen dieses üble Spiel mit. Die 48. Recklinghäuser Tagung der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) von Anfang dieses Monats verband den Abgesang auf den Steinkohlebergbau mit dem Anpreisen von „diversity“ als neues Evangelium. Man hat gleich eine Abteilung „Diversity und Antidiskriminierung“ gegründet, die „neue Impulse“ liefern soll, zum Beispiel für Betriebsvereinbarungen zur kulturellen Diversity. „Betriebliche Scharia“ – wie wäre es damit? Allerdings will man die Vielfalt nicht übertreiben. Petra Reinbold-Knape vom Hauptvorstand der IG BCE zog gleich jenen Mitgliedern den Zahn, die auf politischen Pluralismus statt grauem rotgrünen Einheitsbrei gehofft hatten: „Ausgrenzende, nationalistische Menschen dürfen nicht Fuß fassen. Wir sind Demokratie, wir lassen das nicht zu – wir stehen für Respekt, Toleranz und Solidarität.“ Mit anderen Worten: Man hält sich selbst für die einzig wahren Demokraten – und grenzt dann wie einst im DDR-FDGB tolerant und solidarisch alle aus, denen die Gesamtbelegschaften und unser Volk wichtiger sind als ein bunter Klüngel aus Apparatschiks, Sondergrüppchen, Anhängern fanatischer politischer und pseudoreligiöser Lobbyisten.

Spaltung der Gesellschaft

Von Hermann Paul Winter

Kaum ein Politiker, der dieses Jahr nicht schon die Spaltung unserer Gesellschaft beklagt hätte. Dabei ist ein Muster zu erkennen, das für die Verlogenheit im Umgang mit dem gesellschaftlichen Zerwürfnis steht: Man gibt vor, der Spaltung der Gesellschaft entgegenzutreten, grenzt aber im gleichen Atemzug politische Konkurrenten durch moralische Abwertung aus der Gesellschaft aus.

So warnte Wolfgang Schäuble vor der Spaltung der Gesellschaft, bezeichnete aber gleichzeitig die Chemnitzer Demonstrationen diskreditierend als „Aufmärsche“ und verwies Demonstranten in den unerwünschten Teil unserer Gesellschaft.

Außenminister Heiko Maas warnte gar vor einer Spaltung der Gesellschaft durch die Immigrationsdebatte. Grotesk: Die Gesellschaft sei durch die Debatte gespalten worden, nicht etwa durch die eigentliche Ursache, nämlich die massenhafte illegale Einwanderung und die Abwertung ihrer Kritiker. So entledigt man sich seiner Verantwortung und lastet sie den Opfern des eigenen politischen Versagens an.

Das gleiche Schauspiel auch auf Länderebene: Bodo Ramelow (Die Linke), Thüringens Ministerpräsident, beschuldigte nebulös „die Rechtspopulisten“, die Spaltung zu verursachen, indem sie sagten, „die sind schuld“. Er freilich verfährt nach genau diesem Muster, das er anderen ankreidet.

Bis hinab in die Kommunen wird die Spaltung der Gesellschaft beklagt. Auch dort spielt es inzwischen keine Rolle, was jemand sagt, sondern nur wer es sagt. Zwar sollte es vor Ort, wo man sich persönlich begegnet, noch am ehesten möglich sein, Brücken zu bauen. Doch selbst kommunale Ehrungen für Bürgerengagement, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern sollen, können zum Gegenstand spalterischer Initiativen werden.

Ein besonders bizarres Beispiel hierfür bot die diesjährige Verleihung der „Bürgerplakette“ der Stadt Heidelberg. Der CDU-nahe Oberbürgermeister, Eckart Würzner, verlieh die Plakette Ende November an die Betreiberin einer Facebook-Seite im linksextremen Umfeld für ihre „Zivilcourage“ beim Engagement für demokratische Werte. Dieses bestand bis dato allerdings einzig und allein in unablässiger Hetze und Stimmungsmache gegen die AfD: AfD-Wähler seien „Gammelfleisch“, ein Gemeinderat wird als „Gesocks“ und „Idiot“ bezeichnet, Mitglieder als „Flachpfeifen“, die es „verkackt haben“ und sich „im Klo einschließen“. Dieses schmutzige „bürgerschaftliche Engagement“ hielt Würzner nicht davon ab, die Ehrung vorzunehmen. Dass er die Plakette neben eine Anstecknadel der verfassungsfeindlichen Antifa am Revers der Geehrten heften musste, passt ins Bild.

Der Bürgermeister hat seiner Stadt eindrucksvoll vorgeführt, mit welcher Doppelzüngigkeit politisch Verantwortliche die Spaltung der Gesellschaft beklagen und sie gleichzeitig befördern.



Verleihung der „Bürgerplakette“ der Stadt Heidelberg: Elke Messer-Schillinger wird vom Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner für ihre Facebook-Hetze auf „AfD Watch Heidelberg“ geehrt Bild: privat

Frei gedacht



UN-Migrationspakt: Finis Germania!

Von Eva Herman

Deutschland, Europa, die Welt stehen am Rande massiver Umwälzungen. Vergangenen Montag stimmte Angela Merkel bei der großen UN-Versammlung in Marrakesch dem weltweit höchst umstrittenen Globalen Migrationspakt zu. Die deutsche Bundeskanzlerin ging damit offenen Auges einen zweifelhaften Deal ein. Er wird das Schicksal unseres Landes und Europas künftig stark verändern: Deutschland wird nun offiziell zum beliebtesten Einreiseland für nahezu jeden Migranten aus dem arabischen und afrikanischen Raum, weitere Regionen könnten folgen. Es gibt keine Bedingungen für diese „Flüchtlinge“, denn sie sollen gleichberechtigt sein mit ihren zahlenden Unterstützern, auch wenn sie noch keinen Beitrag in die sozialen Versorgungsnetze gezahlt haben und die meisten dies vermutlich auch künftig nicht tun werden. Frau Merkel hätte nicht zuzustimmen brauchen, so wie es auch die USA, Australien, Ungarn und viele mehr nicht taten. Doch Angela Merkel scheint wie besessen zu sein, unser Land mit Ausländern fluten zu wollen. Jede zurückliegende öffentliche Debatte darüber, alle Petitionsversuche zahlloser verzweifelter Bürger (es gab Dutzende der Anträge alleine in Deutschland, die jedoch nicht zum Zug kommen durften), jeder Aufschrei einzelner freier Medienvertreter wie zuletzt sogar von der Mainstreamseite, nehmen wir den hier bereits besprochenen „Welt“-Artikel von Stefan Aust, jeglicher Zwischenruf – alles war zwecklos. Auch der dadurch weiter ausufernde Rassismus gegen Einheimische wurde mit keinem Gedanken bedacht. Mit eiserner Härte und entschlossenem Blick zog Angela Merkel das Ding durch. Historische Vorgänge!

In ihrer Grundsatzrede in Marrakesch machte die Politikerin keinen Hehl aus ihrer Sicht. Sie sprach in diesem Zusammenhang von „fairen Entwicklungschancen für alle Länder“ dieser Welt, ohne jedoch auch nur mit einer Silbe die wahren Ursachen der Zerstörung vieler Lebensräume in den genannten Ländern zu erwähnen. Westliche mächtige Lebensmittelspekulanten, europäische und amerikanische reiche Erdölmagnaten, gewissenlose Ausbeuter von Rohstoffen und Ressourcen sind es, die sich den riesigen Kontinent Afrika und auch den arabischen Lebensraum beharrlich aneignen. Sie berauben die immer ärmer werdenden Menschen des natürlichen Besitzes ihrer Heimat. Beispiele dafür gibt es genügend: Europäisches Militär überwacht den Rohstoffabbau in Mali, Somalia, Zentralafrika, dem Kongo, Libyen, dem Irak, Syrien, Afghanistan und so weiter. Offiziell wird laut tönend von notwendigen „Friedensmissionen“ gesprochen, von „Schlichtung“ und „aufbauenden Kräften“. Doch wer die Spuren betrachtet, welche von der NATO und den westlich geführten Eingreiftruppen hinterlassen werden, stößt in Wirklichkeit auf die totale Vernichtung: Kein Aufbau ist es, keine erfolgreichen Veränderungen zum Wohle der Menschen in den betroffenen Ländern, sondern Zerstörung der natürlichen Lebensräume, Destabilisierung auf der ganzen Linie. Wie heuchlerisch die wohltönenden Worte der deutschen Kanzlerin doch klingen, wie menschenverachtend dieser ganze Spuk ist. Unterdessen waltet die selbsternannte Weltpolizei über die genannten Länder. Getarnt unter dem Regiment der „ordnenden“ NATO und der „Terrorismusbekämpfung“ trachtet man (wieder) nach der Herrschaft über weite Teile der ganzen Welt. Doch wird dabei wirklich Frieden gesät, oder ist es nicht in Wahrheit gärender Zorn und rücksichtsloser Hass? Wer will sich über die gefährlichen Wechselwirkungen jetzt noch wundern, über Millionen zum Teil aufgebrachter Einwanderer aus genau diesen Ländern, die heute nach Europa fluten?

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Mit dem UN-Migrationspakt, bei dessen Absegnung in Marrakesch mitnichten über diese Tatsachen, die Urgründe vieler Elends der „armen Länder“, verhandelt wurde, nehmen die Verantwortlichen genau diese Eskalationen in Kauf, fast erscheinen diese vorsätzlich gewollt. Wem es gelingt, dass sich die Menschen im Lande gegeneinander als Feinde aufstellen, wer auf diese Weise unvermeidliche Bürgerkriege initiiert, der braucht keine Panzer, U-Boote und Kampfflugzeuge mehr einzusetzen, die Dinge erledigen sich wie von selbst. Frau Merkel geißelte in ihrer Rede, die als Schlusspunkt jeglicher deutscher Erfolgsgeschichte betrachtet werden darf, die „Gegner des Paktes“, die „Falschmeldungen über diesen Pakt in Umlauf zu bringen“, die eine „multilaterale Zusammenarbeit“ damit zu verhindern suchten. Gegen Ende ihrer Rede dann ließ Angela Merkel die Katze aus dem Sack, nannte die wahren Gründe für ihre Entscheidung, dem UN-Migrationspakt ihren Segen zu geben: „Es lohnt sich, sich noch einmal daran zu erinnern, dass die Vereinten Nationen gegründet wurden als ein Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Und als deutsche Bundeskanzlerin stehe ich hier vor Ihnen als Repräsentantin eines Landes, das in der damaligen Zeit durch den Nationalsozialismus unendliches Leid über die Menschheit gebracht hat. Und die Antwort auf puren Nationalismus war die Gründung der Vereinten Nationen und das Bekenntnis zur gemeinsamen Lösung der Fragen, die uns bewegen. Und deshalb geht es bei der Auseinandersetzung um diesen Pakt – und deshalb bin ich auch sehr bewusst heute hier nach Marokko gekommen – um nicht mehr und nicht weniger als die Grundlagen unserer internationalen Zusammenarbeit.“ Und deshalb lohne es sich, „um diesen Pakt zu kämpfen, einmal wegen der vielen Menschen, die daraus ein besseres Leben bekommen können, aber zum anderen auch wegen des klaren Bekenntnisses zum Multilateralismus,“ so Merkel, deren persönliche Überzeugung deutlich erkennbar war. „Nur durch den werden wir unseren Planeten besser machen können. Und dem fühlt sich Deutschland verpflichtet. Wir haben eine umfangreiche Diskussion im Parlament geführt, es gab eine große Mehrheit im Parlament, diesen Pakt zu unterstützen. Deutschland wird sich auch bei seiner weiteren Umsetzung eng einbinden zum Wohle der Menschen auf unserem Planeten.“

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Mir fallen bei diesen unbeschreiblichen Vorgängen die Äußerungen des britischen Politologen Anthony Glees ein, der 2015 angesichts der damals begonnenen Massenmigration in einem Interview mit dem Deutschlandfunk feststellte, Deutschland habe, „im Angesicht des Unbedingthelfenwollens nun den Verstand verloren“. Er warnte davor, dass gerade in der „Hals-über-Kopf-Politik die gesamte Europäische Union in Gefahr gerate: Es kann sein, dass in 2015 es immer noch ein Gedächtnis gibt von dem, was vor dem Zweiten Weltkrieg 1938/1939 passiert ist mit Flüchtlingen“. Doch wenn Deutschland sich nicht an die Regeln halte, falle die EU auseinander, sagte Glees. Deutschland gebe sich im Moment als „Hippie-Staat, der nur von Gefühlen geleitet wird“. Und der kanadische Top-Journalist Ezra Levant hatte 2015 in einem zornigen Fernsehbeitrag ebenfalls sein absolutes Unverständnis über Merkel zum Ausdruck gebracht, welche die gesamte muslimische Welt einlade, nach Deutschland zu kommen, damit diese Sozialleistungen, Krankenkarten und jeweils „tausende Euro“ kassierten. Hunderttausende muslimischer Männer seien bereits eingetroffen. Selbsthass sei ein spezielles deutsches Wort für die Abscheu vor sich selbst, so der jüdische Autor. Merkel hasse das heutige Deutschland „wegen des Deutschlands der 1930er und 1940er Jahre.“

Der fünfte Beatle

Was wie das fünfte Rad am Wagen klingt, war im Fall von Klaus Voormann eine wichtige Ergänzung

Die beiden Weltkarrieren des „fünften Beatle“: Klaus Voormann blickt auf 60 Jahre seines Schaffens zurück.

Als fünfter Beatle bezeichnet zu werden, findet Klaus Voormann nicht ganz treffend. Doch kaum jemand hat über so einen langen Zeitraum mit allen Bandmitgliedern der erfolgreichsten Band der Welt musiziert. Bereits durch die Gestaltung des Schallplatten-Covers „Revolver“ von 1966 hatte sich der Künstler, der dieses Jahr 80 Jahre alt wurde, einen Fixplatz in der Musikgeschichte gesichert.

Ein morgendlicher Anruf von John Lennon höchstpersönlich hatte Klaus Voormann 1966 den Auftrag seines Lebens gebracht, für den er im Folgejahr seinen ersten Grammy, die höchste Auszeichnung im Musikbusiness, einheimste. Das Design des Beatles-Album „Revolver“ gilt als ein Meilenstein in der Musikszene – und ist bis heute Voormanns künstlerisches Erkennungszeichen.

Dabei hatte er sich zunächst ein Cover, das auch die Erwartungen der Fans und der Beatles selbst erfüllen sollte, gar nicht zugetraut. Er habe Zweifel gehabt, verriet Voormann kürzlich in Hamburg bei einer Kurz-Ausstellung, bei der es um sein künstlerisches Werk ging. „Das kann ich nie und nimmer“, sagte er. Doch der damals 28-Jährige konnte sehr wohl, was seine vier Freunde aus Liverpool wollten. „Mit Sicherheit ist das Cover Artwork des Albums Revolver mein Meisterstück“, weiß der geborene Berliner.

Und er konnte noch viel mehr. Mindestens 100 weitere Plattencovers folgten, von Auftraggebern wie den Bee Gees bis hin zur Death-Punk-Band Turbonegro. Doch vielen Menschen ist die Bandbreite seiner gesamten grafischen Arbeit nicht bekannt. Sie ein wenig bekannter zu machen, dazu sollte seine Ausstellung im Rahmen des Reeperbahn-Festivals im November beitragen. Die Schau im Hamburger Stadtteil St. Pauli, also an dem Ort, wo die Karriere der Beatles in den frühen 60er Jahren begann, präsentierte 72 Reproduktionen bekannter Werke und viele bislang nicht gezeigte Exponate aus 60 Jahren Schaffenswerk auf überdimensionalen Kunstbannern und Modulwänden, ergänzt durch Film- und Bild-Projektionen.

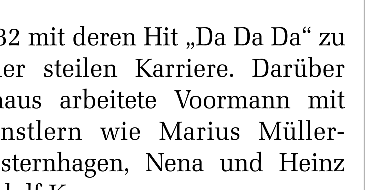
Doch Voormann, der in Hamburg an der Meisterschule für Gestaltung studiert und dort auch als grafischer Designer und Illustrator gearbeitet hatte, war als Musiker ebenso gefragt. Dabei war es eher Zufall, der ihn – obgleich seit seiner frühen Jugend auch ein begabter Klassikpianist – sein großes Talent als Bassist erkennen ließ. Ein Zufall, der in der Begegnung der noch unbekannten Beatles 1960 im Hamburger Kaiserkeller nahe der Reeperbahn lag. Voormann, der nach dem Ausstieg des frühen Beatles-Bassisten Stuart Sutcliffe dessen Bass kaufte, überzeugte die anderen schnell mit seinem musikalischen Talent. Als er sich als neuer Beatle ins Spiel brachte, erteilte ihm John Lennon eine Absage. Doch das sollte seiner Freundschaft mit den Pilzköpfen, deren Frisur übrigens eine Erfindung von Voormanns Freundin und Studienkollegin Astrid Kirchherr war, keinen Abbruch tun.

Fünf Jahre später, im Erscheinungsjahr des Albums „Revolver“, stieg Voormann bei dem Musiker Manfred Mann ein. Es folgten zahlreiche internationale Engagements. So spielte er auf Lou Reeds Album Transformer als Bassist mit. Als Studiobassist hat er unter anderem auch mit Carly Simon, Harry Nilsson, Randy Newman und B.B. King gearbeitet.


Ein junggebliebener Hamburger Jung: Klaus Voormann wurde dieses Jahr 80 Bild: pa

Zudem führte die Freundschaft mit den Beatles dazu, dass er bei zahlreichen Soloprojekten von John Lennon, Ringo Starr und George Harrison den Bass spielte. Voormann war auch 1969 Gründungsmitglied von John Lennons Plastic Ono Band und an den Langspielplatten „Imagine“, „Ringo“ oder „All Things Must Pass“ sowie dem „Concert for Bangla Desh“ beteiligt.

Nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Los Angeles kehrte er 1979 nach Deutschland zurück und wurde Musikproduzent. Auch in dieser Funktion reüssierte er und verhalf der Band Trio 1982 mit deren Hit „Da Da Da“ zu einer steilen Karriere. Darüber hinaus arbeitete Voormann mit Künstlern wie Marius Müller-Westernhagen, Nena und Heinz Rudolf Kunze zusammen.



Mitte der 1990er Jahre gestaltete er noch einmal ein Beatles-Cover und verlieh der Beatles-Anthology seine unverwechselbare Handschrift. 1999 schuf er einige Grafiken für Paul McCartneys Album „Run Devil Run“. Am 29. November 2002 nahm er am Gedenkkonzert für George Harrison, der ein Jahr zuvor verstorben war, in der Londoner Royal Albert Hall teil.

2003 machte er sich mit seinem Buch „Warum spielst du ‚Imagine‘ nicht auf dem weißen Klavier, John?“ auch als Autor einen Namen. Darin schrieb Voormann über seine Zeit mit den Beatles und auch viele andere Begegnungen sowie über das Leben in der internationalen Musik-Szene.

Sein spätes Debüt als Solomusiker gab Voormann erst 2009 mit „A Sideman’s Journey“. Dabei spielten auch viele seiner alten Weggefährten mit, die er als „Sideman“ auf ihrer „Journey“ begleitete. In die Fußstapfen des Revolver-Albums begab sich Voormann, als er 2012 das Artwork für das Album „Who is jo King?“ der Band Fools Garden gestaltete. Am 22. September desselben Jahres wurde Klaus Voormann im Rahmen des 32. Lahnsteiner Bluesfestivals der nach Louis Armstrong benannte Bluespreis „Blues-Louis“ verliehen.

Drei Monate vor seiner kürzlich gezeigten Ausstellung stand Voormann gemeinsam mit einem alten Freund wieder auf der Bühne: So trat er bei einem Konzert von Ringo Starr and his All Star Band als Überraschungsgast auf. Natürlich in jener Stadt, wo alles begann. *Michael Link*

Mary Poppins kehrt zurück

Rechtzeitig zu Weihnachten schwebt das Kindermädchen Mary Poppins in die Kinos herab, um sich mit Singsang lieb Kind zu machen. Der Film „Mary Poppins’ Rückkehr“ (Kinostart am 20. Dezember) ist ähnlich hübsch altmodisch wie die frühere Disney-Version von 1964, die mit fünf Oscars ausgezeichnet wurde und mit der Julie Andrews ein Weltstar wurde.

Die neue Fassung bringt wenig Neues. Emily Blunt, die jetzt die Poppins spielt, ist bereits ein gemachter Filmstar und wird in dieser Rolle als Märchentante wenig neue Meriten hinzugewinnen. Schnippischer und kecker als ihre Vorgängerin passt sie sich ein wenig der lustlosen, Computer-verwöhnten Jugend an. Ansonsten klebt über allem der Staub der 30er Jahre, als P. L. Travers Kinderbuch erschien. Die Frischzellenkur mit Trickfilmsequenzen und neuen Songs hilft da nur bedingt, zumal kein echter Ohrwurm wie „Supercalifragilisticexpialigetisch“ dabei ist. Das dieser Musicalschinken die Kinder zu Weihnachten von ihren neuen Computerspielen ablenken soll, ist schwer vorstellbar. *tws*


Bild: 2017 Disney Enterprises, Inc.
Kommt wieder angeschneit: Emily Blunt als Mary Poppins

Dynamit aus der Luft

Von Armut und Erfindungsreichtum – Der Autor John Steinbeck

Südlich von San Francisco gibt es eine Gegend, die nach einem Schriftsteller bezeichnet wird. Steinbeck Country nennt man auch den Landstrich um den früheren Fischerort Monterey und der Stadt Salinas. Hier spielen die Geschichten, mit denen der vor 50 Jahren gestorbene John Steinbeck zu Ruhm und Nobelpreis gekommen ist: der Schelmenroman „Tortilla Flat“, die kleine Erzählung „Von Mäusen und Menschen“, der mit Henry Fonda verfilmte Roman „Früchte des Zorns“ oder das heitere Episodenwerk „Die Straße der Ölsardinien“.

Diese Bücher bilden das Rückgrat des Werkes von Steinbeck, dem die Literaturkritik ansonsten nicht jene Anerkennung zollt wie für seine etwa gleichaltrigen US-Kollegen und Nobelpreisautoren Hemingway oder Faulkner. Als Steinbeck 1962 mit dem Preis geadelt wurde, galt er als Kompromisskandidat. Eine der Favoriten war die Dänin Tanja Blixen („Jenseits von Afrika“), die aber kurz vor der Entscheidung des Preiskomitees verstarb.

Der Preis verhalf Steinbeck zu einer weltweiten Popularität. Werke wie „Von Mäusen und Menschen“, das über eine tragisch endende Freundschaft zwischen zwei geistig und körperlich grundverschiedenen Wanderarbeitern erzählt, zählt hierzulande zur Schullektüre. Sein Hauptwerk „Früchte des Zorns“ brachte es allein in den USA auf eine Auflage von mehr als 14 Millionen Exemplaren. Diese Popularität hat es auch John Fords überragender und mit zwei Oscars prämierter Verfilmung zu verdanken, die 1940 nur ein Jahr nach der Buchveröffentlichung entstand.

Überhaupt entstanden in der Zeit, als es Steinbeck und den USA schlecht ging, die besten seiner Werke. Zu Beginn der 1930er Jahre, als es in den USA mit der


Steinbeck im Jahr 1950 mit seiner dritten Frau Elaine Bild: Wiki

„Großen Depression“ wirtschaftlich den Bach hinunterging, musste sich der 1902 im kalifornischen Salinas geborene Sohn eines deutschstämmigen Arbeiters selbst mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen. Nur mit Unterstützung von Familienmitgliedern konnte er seine ersten Werke schreiben. Als er durch seine Romanerfolge finanziell übern Berg war und die Nähe zur Politik suchte – mit Präsident Lyndon B. Johnson stand er auf gutem Fuß –, ging es kreativ mit ihm bergab.

Der Erfolg machte den anfangs mit den Kommunisten sympathisierenden Sozialkritiker zum Kapitalisten und der Krieg den Sozialromantiker zum Patrioten. Tiefpunkt war 1942 sein Propagandaroman „Der Mond ging unter“, in dem Widerständler von alliierten Flugzeugen aus mit Dynamit versorgt wurden, das sie gegen die feindlichen Deutschen einsetzen sollten. Diese Anleitung zur Sabotage haben die Briten 1944 in die Tat umgesetzt, als sie über Hessen mittels Minifallschirmen eine Art Molotowcocktail für Attentäter abwarfen. Steinbecks Vorschlag, Hitler-Deutschland mit Falschgeld zu überschwemmen, wurde hingegen vom Militär abgelehnt.

Fast zur alten Frische lief Steinbeck 1952 mit dem Roman „Jenseits von Eden“ auf, der vor allem durch die legendäre Verfilmung mit James Dean populär wurde. Sein letzter vollendeter Roman „Der Winter unseres Missvergnügens“, der die Schattenseiten des Kapitalismus thematisiert und im Titel auf den Anfang von Shakespeares „Richard III.“ anspielt, ist zum 50. Todestag Steinbecks – er starb am 20. Dezember 1968 in New York – in deutscher Übersetzung bei Manesse erschienen (608 Seiten, mit Anmerkungen sowie einem Nachwort von Ingo Schulze, 25 Euro). *Harald Tews*

Und spielt und spielt

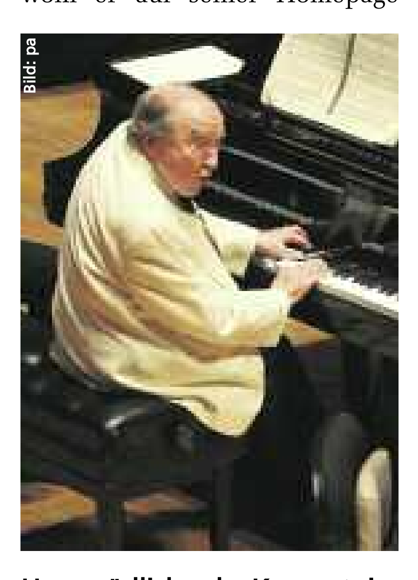
Mit 95 Jahren voll im Geschäft – Der älteste Konzertpianist der Welt

Stehende Ovationen sind Menahem Pressler gewiss. So feierte ihn auch die Hamburger im August in ihrer Elbphilharmonie, wo der Pianist im Rahmen des Schleswig-Holstein-Musikfestivals mit Werken von Mozart, Schumann, Debussy und Chopin sein Debüt im großen Saal gab, mit nicht enden wollendem Applaus. Zwei Zugaben ertrotzte es sich. Auch nach zwei Stunden versagte die Tastenkunst des Pianisten nicht. Im Gegenteil: Mit Chopins „Nocturne cis-Moll“ und Debussys „Clair de Lune“ setzte er dem Konzert zum Abschluss noch ein brillantes Sahnehäubchen auf.

Wie gewohnt zelebrierte Pressler sein Spiel, ließ seine Finger gefühlvoll über die Tasten gleiten und die Töne federleicht durch den Konzertsaal schweben. Presslers filigraner Anschlag erzeugte in dem Konzertraum höchsten harmonischen Wohlklang, der in dem hochakustischen Saal keine automatische Selbstverständlichkeit ist.

Was treibt einen Musiker dazu, sich noch im hohen Alter von bald 95 Jahren solchen Konzert-Strapazen auszusetzen? „Wenn ich spiele, bin ich niemals älter als 50. Wenn ich unterrichte, bin ich niemals älter als 40. Nur wenn ich die Treppen raufgehen muss, dann ist mein volles Alter da“, scherzte Pressler anlässlich der Verleihung des Echo-Klassik für sein Lebenswerk 2015 in Berlin. Heute muss sich der Künstler auch auf der Ebene stützen lassen. Ohne seine Vertraute und Managerin Lady Annabelle Weidenfels geht es nicht mehr. Die hochgewachsene blonde Frau wirkt mit ihren 72 Jahren geradezu wie ein junges Mädchen an seiner Seite.

Der schmächtige Grandseigneur am Klavier hatte den Echo wohlwollend angenommen, obwohl er auf seiner Homepage


Bild: pa
Unermüdlich als Konzertpianist aktiv: Menahem Pressler

schreibt: „Es gibt keinen Preis für das Lebenswerk. Erst wenn du im Grab liegst und alles getan hast, was du tun konntest, kann ein solcher Preis verliehen werden. Ich habe immer sehr, sehr hart gearbeitet und arbeite immer noch sehr, sehr hart. Ich habe nie daran gedacht, weniger zu arbeiten.“ Der Widerspruch sei ihm verziehen. Möge er noch viele Jahre bestehen bleiben.

Von Presslers Lebensmotto, besonders dessen drittem Teil, profitieren nicht zuletzt auch alle seine Zuhörer. „Wenn du die Zeit anhalten willst, küss. Wenn du durch die Zeit reisen willst, lies. Und wenn du der Zeit entfliehen willst, musizier“, verriet er in einem Interview zu den Ludwigsburger Schlossfestspielen. An dem Künstler soll es nicht liegen. Pressler ist bis 2019 ausgebucht!

Menahem Pressler wurde am 16. Dezember 1923 in Magdeburg als Max Pressler geboren. 1939 floh er mit seiner jüdischen Familie nach Palästina. Der Sieg des Debussy-Klavierwettbewerbs in San Francisco 1946 war der Startschuss für eine grandiose Karriere. 1955 gründete er das Beaux Arts Trio, das sich zu einer weltweit führenden Kammermusikformation entwickelte, und ließ sich in Bloomington, Indiana, nieder. Als sich das Trio – mit dem Violinisten Daniel Hope und dem Cellisten Antonio Meneses – 2008 trennte, zählte Pressler 85 Jahre und startete als Solist noch einmal durch. 91-jährig gab er 2014 sein Debüt bei den Berliner Philharmonikern unter Sir Simon Rattle. *Helga Schnehagen*

Infos: Film-Doku „The Life I Love – The Pianist Menaham Pressler“. Buchtipp: „Dieses Verlangen nach Schönheit – Menahem Pressler im Gespräch mit Holger Noltze“ (Edition Körber 2016, 18 Euro).

Ist der »Dolchstoß« wirklich eine »Legende«?

Vor 100 Jahren erschien der »NZZ«-Zeitungsartikel »Ein englischer General über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs«

Die Geschichte der sogenannten Dolchstoßlegende, dass gegen Ende des Ersten Weltkrieges die im Felde unbesiegte deutsche Armee von der Zivilbevölkerung im Allgemeinen und den sogenannten Novemberverbrechern im Besonderen von hinten erdolcht worden sei, lässt sich mindestens 100 Jahre bis zu einem Zeitungsartikel in der „Neuen Zürcher Zeitung" („NZZ") zurückverfolgen.

Am 17. Dezember 1918 erschien in der „NZZ" ein ungezeichneter Artikel mit der Überschrift „Ein englischer General über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs". Dort werden zwei Aufsätze des britischen Generals im Ersten Weltkrieg sowie militärwissenschaftlichen Dozenten und Schriftstellers Sir Frederick Barton Maurice referiert und hinsichtlich ihres repräsentativen Charakters eingeordnet mit Worten wie „In anderer Form habe ich so ziemlich überall, in den verschiedensten Kreisen dieselben ... Ansichten gefunden, wie sie General Maurice aussprach" und „Was die deutsche Armee betrifft, so kann die allgemeine Ansicht in das Wort zusammengefasst werden: Sie wurde von der Zivilbevölkerung von hinten erdolcht."

Nichtsdestoweniger handelt es sich für das Gros der Historiker der Bundesrepublik, die sich in der Tradition der Novemberrevolution und der aus ihr hervorgegangenen Weimarer Republik sieht, beim „Dolchstoß" der „Novemberverbrecher" in den Rücken des „im Felde unbesiegten Heeres" um eine „Legende", welche die führenden deutschen Militärs nach dem Krieg erfunden hätten, um ihr militärisches Versagen zu kaschieren und den sozialdemokratischen, linksliberalen und katholischen Politikern der Parteien des Interfraktionellen Ausschusses und der Weimarer Koalition die Verantwortung für die Niederlage in die Schuhe zu schieben. Dabei wird unterstellt, der Krieg sei spätestens gegen Ende September 1918 hoffnungslos verloren gewesen und die Politik hätte zur Vermeidung weiteren Blutvergießens schließlich nur vollzogen, was ohnehin unausweichlich gewesen wäre: die Abtretung großer Gebiete des Deutschen Reiches, die Zahlung gewaltiger Reparationen, den Sturz der Monarchie und schließlich die Übernahme der alleinigen Kriegsschuld.

Bei näherer Betrachtung der militärischen Lage im Herbst 1918 zeichnet sich allerdings ein durchaus differenzierteres Bild ab. Mit dem Zusammenbruch des Zarenreiches im Vorjahr ergab sich für Deutschland zu Beginn des letzten Kriegsjahres eine ganz erhebliche Entlastung.

Zum anderen verbesserten sich durch die durch die Beendigung des Zweifrontenkrieges im Osten freiwerdenden Truppen die Kräfteverhältnisse an der Westfront. Die Oberste Heeresleitung (OHL) suchte in mehreren groß angelegten Frühjahrsoffensiven nun die Entscheidung herbeizuzwingen. Trotz anfänglicher Erfolge und größerer Geländegewinne wurden die Divisionen des Kaisers bis zum Sommer schließlich weitestgehend wieder in ihre Ausgangsstellungen zurückgeworfen.



Bild: akg images

Die wohl bekannteste Visualisierung des »Dolchstoßes«: Teil eines Wahlplakats von 1924

Zum einen wurde durch den mit dem neu entstandenen Sowjetstaat im März 1918 geschlossenen Friedensvertrag von Brest-Litowsk die Grundlage für eine substanzielle Verbesserung der Versorgungslage für das unter der britischen Seeblockade leidende Deutsche Reich geschaffen. Zwar blieben die ersten Rohstofflieferungen zunächst hinter den Erwartungen zurück, doch angesichts der kurzen Zeitspanne der Geltung des Vertrages konnte die Entlastung bis zum Herbst noch keine volle Wirkung entfalten.

Im August 1918 gingen die Alliierten ihrerseits in die Offensive und drückten die Frontlinie noch einmal zurück nach Osten. Nachdem der militärische Widerstand der verbündeten Osmanen weitestgehend gebrochen war und die ebenfalls zu den Mittelmächten gehörenden Bulgaren sogar um einen Separatfrieden nachgesucht hatten, begann die militärische Führung darüber nachzudenken, ebenfalls die Möglichkeiten für einen Waffenstillstand auszuloten.

Insbesondere die im Verbund mit den Staaten der Entente kämpfenden und mittlerweile zur kriegsentscheidenden Macht avancierten USA verlangten immer offener die Entmachtung des Kaisers und eine Parlamentarisierung Deutschlands. Um die Ausgangsbedingungen für weitere Verhandlungen zu verbessern, wurden daher Überlegungen angestrengt, die im Reichstag vertretenen politischen Parteien stärker in den Prozess einzubinden, denn bislang waren sowohl die Reichsregierung als auch die militärische Führung nur dem Kaiser verantwortlich.

Anders als heute im Rahmen der Berichterstattung über die sogenannte Dolchstoßlegende gerne kolportiert wird, stammte diese Idee jedoch keineswegs von der OHL, sondern vielmehr von Staatssekretär Paul von Hintze, dem damaligen Chef des Auswärtigen Amtes. Zwar konnte der Staatssekretär des Auswärtigen in einer Besprechung im deutschen Hauptquartier im belgischen Spa die beiden äußerst skeptischen Generale an der Spitze der OHL, Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff, schließlich für seine Pläne gewinnen, doch kann mitnichten von einem ersten Schritt der führenden Militärs zur Flucht aus ihrer historischen Verantwortung gesprochen werden. Insbesondere Ludendorff leitete in der Folge zahlreiche Maßnahmen zur Stabilisierung der Westfront ein. Auch äußerte er sich mehrfach explizit gegen die Annahme der immer weitergehenden Forderungen der Alliierten für einen möglichen Waffenstillstand.

Doch mit der Ernennung Prinz Max von Badens zum Reichskanzler und der von ihm verfolgten Einbindung der SPD und der Zentrumspartei hatten in Deutschland zwischenzeitlich Kräfte das Ruder in die Hand bekommen, die den Frieden um jeden Preis wollten. Noch im Oktober kam es zu einer Amnestie für politische Gefangene, bei der auch Karl Liebknecht freigelassen wurde. Überall im Land agitierten nun marxistische Gruppen und forderten offen den Umsturz.

Das Auslaufen der deutschen Hochseeflotte wurde durch Matrosenaufstände verhindert. In der geplanten Operation der Seekriegsleitung sollte die britische Royal Navy gestellt und ihr eine Niederlage beigebracht werden. Heutige Historiker bewerten den beabsichtigten Vorstoß als militärisch sinnlos und begründen ihn mit einem falsch verstandenen Ehrenkodex der deutschen Admiralität. Tatsächlich lässt sich den vorliegenden Schriftdokumenten viel zeittypisches Pathos entnehmen, doch die Aktion war durchaus durchdacht. Die Flotte sollte in den Ärmelkanal auslaufen, dort die Themsemündung und die flämische Küste sowie den alliierten Schiffsverkehr angreifen. Mit diesem Manöver sollte die im schottischen Rosyth vor Anker liegende Grand Fleet zum Auslaufen provoziert werden.

Die Briten hatten einen erheblich längeren Anfahrtsweg, auf dem die Deutschen U-Boot-Hinterhalte und Minenfelder eingeplant hatten. Bei der Rückkehr der deutschen Flotte sollte es zu einem Zusammenstoß mit den verbliebenen Teilen der Grand Fleet kommen. Zwar waren die vorhandenen britischen Kräfte in der Nordsee doppelt so stark wie die des Deutschen Reiches, jedoch wären diese, um die Seeblockade Deutschlands aufrechterhalten zu können, vermutlich nicht vollständig in den Einsatz gegen die deutsche Hochseeflotte geschickt worden.

Der Chef der Seekriegsleitung sowie des Admiralstabs, Reinhard Scheer, war noch nach dem Krieg der Überzeugung, dass selbst bei einer Vernichtung des größten Teils der deutschen Flotte auf der britischen Seite zumindest Verluste im gleichen Umfang zu erwarten gewesen wären. Dies hätte wiederum eine günstige Ausgangslage für die Wiederaufnahme des U-Bootkrieges geschaffen, die von der Regierung in Berlin bereits auf US-amerikanische Forderungen hin eingestellt wurde.

Auch war an der Westfront nicht mit einem zeitnahen vollständigen Zusammenbruch zu rechnen. Zwar waren die Deutschen in die Defensive geraten, jedoch zeigten die Erfahrungen der letzten Kriegsjahre, dass dem Gegner aus der Verteidigung heraus deutlich schwerere Verluste beizubringen waren als in der Offensive. Die Alliierten hatten zudem in sehr viel erheblicherem Ausmaß mit der damals grassierenden Spanischen Grippe zu kämpfen als die Mittelmächte. Allein die US-Armee hatte am Kriegsende mehr tote Soldaten durch die Krankheit als durch feindliches Feuer zu beklagen. Die französische Armee ist in den Krieg mit deutlich geburtenschwächeren Jahrgängen eingetreten als alle anderen Nationen. Zahlreiche Aufstände im Inneren hatten die Moral der Franzosen geschwächt.

Obwohl die Mittelmächte zahlenmäßig deutlich unterlegen waren, hatten die Alliierten 40 Prozent höhere militärische Verluste zu verkraften. Hindenburg ging im Oktober 1918 davon aus, dass die Front auf jeden Fall noch über den Winter zu halten wäre. Sicherlich waren die Alliierten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu besiegen gewesen, jedoch hätte ein hinhaltender Widerstand möglicherweise zu besseren Waffenstillstands- und Friedensbedingungen geführt und ein erneuter Weltkrieg wäre Europa so erspart geblieben. *Dirk Pelster*

Gipfelsturm auf dem Weg nach Süden

Die erste Autobahn im Hochgebirge führte über den Brenner

Auf dem Brennerpass grüßt schon von Weitem ein kolossaler Rundbau. Im Brenner Mode-Outlet kann man kaufen, was es auch im Flachland gibt. Wo früher die Bergluft klar und rein war, wabern Kohlendioxid und Stickoxide. Der Brenner ist die am meisten genutzte Transitstrekke über die Alpen. Österreichs Autobahn A13, der Abschnitt von Innsbruck bis zur österreichischen Staatsgrenze, und weiter auf der italienischen Seite die Autobahn A22 bilden zusammen die erste Gebirgsautobahn der Welt. Rund 11,5 Millionen Personenkraftwagen und zwei Millionen Lastwagen überqueren auf ihr jährlich den Brennerpass. Viele davon sind Schwertransporte, die sich auf der Kriechspur nach oben quälen.

Anfang der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts ließ sich absehen, dass die alte Brennerstraße dem zunehmenden Tourismus und Warenverkehr bald nicht mehr gewachsen sein würde. Eine Autobahn sollte zum Brenner, dem mit 1375 niedrigsten Alpenhauptkamm, hinaufführen. Schon 1939 hatte es Überlegungen für eine Autobahn von München bis Modena gegeben. Das Projekt wurde aber als technisch unmöglich ad acta gelegt. Nun kamen die Pläne wieder auf den Tisch. Die Projektierung war für Bedenkenträger ein Albtraum. Drei Trassen standen zur Diskussion. Die Wahl fiel auf die kühnste, weil sie den besten Anschluss der Stadt Innsbruck ermöglichte. Das Hauptproblem war der tiefe Einschnitt der Sill, eines rechten Nebenflusses des Inn. Eine Brücke sollte auf 190 Meter hohen Stelzen das Tal auf einer Länge von 800 Metern überspannen. Mehr als ein Viertel der 36 Kilometer langen Autobahnstrecke musste über Brücken verlaufen, von denen die Luegbrücke bei Gries mit 1800 Metern die längste sein würde. Mit Steigungen bis zu 6,1 Prozent und Kurvenradien bis zu 400 Metern glich die Trasse einer futuristischen Achterbahn.

Der Spatenstich für die Brücke über die Sill, dem ersten Teilstück von Innsbruck nach Schönberg, erfolgte am 25. April 1959 durch Österreichs Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Fritz Bock. Der Beifall war groß, als der Minister den Namen des Bauwerks bekanntgab. Es sollte den Namen Europabrücke tragen, als Zeichen dafür, dass die Brennerautobahn einen wichtigen Beitrag für die europäische Integration leiste. Sie bringe Österreich und dem Land Tirol „Ruhm und Ehre". Hohe Kosten ließen den Weiterbau schon drei Jahre später stocken. Eine Maut sollte die Finanzierung sichern. Auf Beschluss des Nationalrats wurde die Brenner Autobahn Aktiengesellschaft gegründet, die später in der 1982 gegründeten und noch heute bestehenden Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) aufging. 65 Prozent der Anteile gehörten dem Bund und 35 Prozent dem Land Tirol. Beim Bau der Europabrücke, damals die höchste Europas, kamen 22 Arbeiter ums Leben. Der Legende nach wurden ihre Leichen in den Pfeilern einbetoniert, weil der Transport nach oben unmöglich erschien. Vor 50 Jahren, am 22. Dezember 1968 wurde der 13 965 Kilometer lange Autobahnabschnitt zwischen den Anschlussstellen Matrei-Steinach und Brennersee freigegeben.

Auf der italienischen Seite begann der Bau der Brennerautobahn vier Jahre später. Die 314 Kilometer lange Strecke der italienischen Autobahn A22 führt durch 29 Tunnel und über Viadukte. Sie endet in Modena. Auf dem Pass vereinen sich beide Autobahnen zur Europastraße 45. Vor 50 Jahren, am 21. Dezember 1968, wurde der etwa 50 Kilometer lange erste Autobahnabschnitt im Etschtal von Bozen nach Trient für den Verkehr freigegeben

Das Jahrhundertwerk setzte die spektakuläre Geschichte des Brenners fort. Er war schon in der Bronzezeit ein Multikulti-Gipfel, den Menschen aus allen Ecken Europas passierten. Von Völkerverständigung konnte aber keine Rede sein. Nur die Händler kamen mit ihren Waren in friedlicher Absicht. Die Kimbern und Teutonen nahmen diesen Weg auf ihren Eroberungszügen gen Süden, die Römer schickten ihre Heere über den Brenner nach Germanien. Ihr Kaiser Septimius Severus ließ den unwegsamen Saumpfad zwischen 195 und 215 zu einer gepflasterten Straße ausbauen, um die Kolonien am Rhein verkehrstechnisch besser anzubinden. Ein gut erhaltenes Stück ist heute in der Raststätte Brenner zu besichtigen. Von der Kunst der Römer im Straßenbau profitierten die Westgoten, als sie sich nach Italien aufmachten, um dem weströmischen Reich den Todesstoß zu versetzen.

Im Mittelalter war der Mons Brennerus, wie er in den Chroniken genannt wird, der am meisten genutzte Alpenübergang. 90 Prozent des Fernhandels zwischen Augsburg und Venedig liefen über ihn, etwa 6500 Frachtwagen pro Jahr wurden von Maultier und Mensch nach oben gezogen.

Der Name Brenner leitet sich vermutlich von Bernstein (Brennstein) ab, der seit dem Altertum von der Ostsee bis nach Nordafrika gehandelt wurde. Die Erfindung des Schwarzpulvers verschaffte den Reisenden Erleichterung. Felsen wurden weggesprengt und die Straße verbreitert. Anfang des 16. Jahrhunderts nahm eine Postkutschenlinie den Dienst auf. Auch Johann Wolfgang von Goethe reiste mit dem gelben Wagen von Innsbruck kommend über den Brenner an den Gardasee und weiter bis Sizilien. Im Posthaus, der einzigen Herberge auf dem Gipfel, nahm er Quartier, aber der Wirt wollte den Touristen möglichst schnell loswerden, weil, wie Goethe in seiner „Italienischen Reise" schreibt, der Mann die Pferde am Tag darauf zur Heuernte brauchte. So fuhr der Dichter bei Mondschein hinab zur nächsten Poststation.

Heute flankieren über 20 Raststätten und mehrere Hotels die Route, und keiner der Betreiber fasst noch eine Heugabel an. Auch wenn der Mond scheint wie zu Goethes Zeiten und schneebedeckte Gipfel sein mildes Licht reflektieren, steht den Anrainern der Brennerautobahn der Sinn nicht nach Romantik. Die Bürgerinitiative Transitforum Austria-Tirol hat den Brenner wegen der Belastung der Umwelt mit Abgasen und Lärm zum Unort erklärt. Lärmmessungen an der A 13 überschreiten nach Angaben des Forums den Grenzwert von 60 Dezibel bei Tag um 150 Prozent und bei Nacht den zulässigen Wert von 50 Dezibel um 280 Prozent. Seit Jahren verlangen die Bürger von der ASFINAG einen wirksamen Lärmschutz. Der Bau des Brenner Basistunnels (BBT) für die Eisenbahn soll eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene bringen, um die Emissionen einzudämmen. Die Freigabe des 27 Kilometer langen Haupttunnels ist für 2026 geplant. *Klaus J. Groth*

Der erste ohne SPÖ-Ticket

Vor 100 Jahren wurde der sechste Präsident der Zweiten Republik, Kurt Waldheim, geboren

Auch eher geneigte Historiker beurteilen den ersten nicht von der SPÖ, sondern von der ÖVP vorgeschlagenen Bundespräsidenten der Zweiten Republik ambivalent. Manfried Rauchensteiner etwa sieht Kurt Waldheim als „Bundespräsidenten zwischen dem Ungewöhnlichen und dem Unvermeidlichen". In der Alpenrepublik gilt die Diskussion über die Person Kurt Waldheims als Abkehr von der Lesart, das Land sei ausschließlich das „erste Opfer" Adolf Hitlers gewesen und Beginn einer differenzierteren Betrachtung.

Kurt Waldheim wurde am 21. Dezember 1918 in Niederösterreich geboren. Er besuchte die Konsularakademie, studierte Rechtswissenschaften und wurde 1944 an der Universität Wien promoviert. Bereits vor dem sogenannten Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich war er zum Kavallerieoffizier ausgebildet worden. Mit Unterbrechungen erlebte er den Zweiten Weltkrieg von Beginn an als Soldat. Am Polen- und Westfeldzug der Wehrmacht nahm er teil, in der Sowjetunion wurde er verwundet. Nach seiner Genesung wurde er ab März 1942 auf dem westlichen Balkan und in Griechenland eingesetzt. Tätig war er unter anderem als Dolmetscher und Ordonnanzoffizier. Seit August 1942 wirkte er im Generalstab unter Alexander Löhr, der im Februar 1947 in Belgrad als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt wurde. Waldheims letzte Beförderung – zum Oberleutnant – erfolgte im Dezember 1942.

Nach dem Krieg ging Waldheim zielstrebig seinen ursprünglich eingeschlagenen Weg. Er war Sekretär des Außenministers Karl Gruber, verschiedene diplomatische Verwendungen folgten, er wurde Botschafter in Kanada und bei den Vereinten Nationen. Unter Bundeskanzler Josef Klaus von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) stand er schließlich selbst zwischen 1968 und 1970 an der Spitze des Außenministeriums. 1971 kandidierte er erfolglos für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten, im selben Jahr wurde er zum UN-Generalsekretär gewählt. Eine dritte Amtszeit scheiterte 1981 am Widerstand der Volksrepublik China. In der Folgezeit wirkte er als „Distinguished Professor" an der Washingtoner Georgetown University. Im März 1985 wurde ihm durch den ÖVP-Parteiobmann Alois Mock ein weiteres Mal die Kandidatur für das höchste Staatsamt angeboten. Waldheim nahm an. Ein Wahlkampfargument war seine bis dahin kaum infrage stehende internationale Reputation.

Am 8. Juli des Jahres 1986 endete die Amtszeit des Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger, im vorausgegangenen Frühjahr begannen die Angriffe auf Waldheim. Das österreichische Nachrichtenmagazin „Profil" und namentlich der Redakteur Hubertus Czernin veröffentlichten eine Reihe von Artikeln, die sich mit Waldheims Tätigkeit in der NS-Zeit befassten. Vorgeworfen wurde ihm zunächst allgemein die Lückenhaftigkeit seiner biografischen Angaben über diesen Lebensabschnitt. Sowohl der Sturmabteilung (SA) als auch dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund soll er angehört haben. Obwohl entsprechenden Behauptungen Akteneinträge zugrunde liegen, bestritt Waldheim noch in seinem 1996 erschienenen Buch „Die Antwort", in dem er die „Affäre" aus seiner Sicht darstellt, jemals einer NS-Organisation beigetreten zu sein.

Weit schwerer wogen Anschuldigungen, er sei auf dem Balkan an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen, bis hin zur Vermutung, er könne an der Deportation der jüdischen Bevölkerung mitgewirkt haben. Neben „Profil" und dem politischen Gegner, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), war es insbesondere der Jüdische Weltkongress (World Jewish Congress, WJC), der Material gegen Waldheim vorlegte und Anschuldigungen formulierte. Das Ganze war auch intern nicht unumstritten. In Österreich kam es ob der Schwere der Vorwürfe, die sich zum Teil als falsch erwiesen, zu Reaktionen, die wiederum als antisemitische Reflexe gedeutet wurden. Immerhin erreichte der WJC, dass die USA Waldheim 1987 mit einem Einreiseverbot belegten. Von anderen westlichen Staaten wurde er kaum eingeladen.



Einerseits boykottierte der Westen Kurt Waldheim und andererseits warf er ihm fehlende Solidarität beim Kampf gegen seinen Feind Saddam Hussein vor: Treffen der Parias 1990 in Bagdad Bild: pa

Waldheim wehrte zunächst ab. Seine Familie habe auf der Seite des 1938 von Adolf Hitler abgesetzten Kanzlers Kurt Schuschnigg gestanden. Ein NS-Dokument von 1940 bescheinigt ihm, „in der Systemzeit durch Angeberei seine Gehässigkeit zu unserer Bewegung unter Beweis gestellt" zu haben. Wissen über Verbrechen oder gar Beteiligung daran bestritt er. Im Fokus des WJC fühlte er sich auch, weil er in seiner Zeit als UN-Generalsekretär Entscheidungen zuungunsten Israels verantwortet hatte.

Waldheims Vergangenheit wurde – auch auf dessen eigenen Wunsch hin – von Wissenschaftlern durchleuchtet. Ergebnis der umfangreichen Aktensichtung war, dass Waldheim keine Kriegsverbrechen zur Last zu legen und seine Handlungsspielräume aufgrund seiner Stellung nur sehr gering gewesen seien. Allerdings wurde ihm auch nachgewiesen, dass er falsche Aussagen gemacht und sehr wohl besser über die damaligen Vorgänge informiert war, als er vorgegeben hatte. Proteste seinerseits seien nicht erkennbar gewesen und er habe „im Zusammenhang rechtswidriger Vorgänge mitgewirkt".

Waldheim konnte durchaus prominente Fürsprecher ins Feld führen, etwa den sogenannten Nazijäger Simon Wiesenthal, der das nicht immer faktengestützte Vorgehen des WJC kritisierte, oder den Journalisten, Verleger und Diplomaten österreichisch-jüdischer Herkunft Lord George Weidenfeld, den er bereits aus seiner Zeit an der Konsularakademie kannte.

Der Stab über Waldheim war wohl bereits gebrochen, bevor er sein Amt antrat. Im Zusammenhang mit Waldheim gab es eine Reihe von Rücktritten, so von SPÖ-Bundeskanzler Fred Sinowatz am Tage von dessen Wahl und von ÖVP-Generalsekretär Michael Graff im November 1987. Letzterer hatte Waldheim mit der Äußerung verteidigen wollen, es gebe kein Problem, wenn nicht erwiesen sei, dass er „eigenhändig sechs Juden erwürgt" habe. Von Waldheim selbst erhofften viele den freiwilligen Rückzug. Sogar sein Besuch beim Papst im Juli 1987, eine der wenigen Auslandsreisen, war von Protesten begleitet. Waldheim hielt sechs Jahre aus. Er verzichtete lediglich auf eine erneute Kandidatur. Im Juni 2007 ist er gestorben. *Erik Lommatzsch*

Wie der Weg zum Zweifrontenkrieg begann

Mit dem Inkrafttreten einer Militärkonvention entstand vor 125 Jahren der französisch-russische Zweiverband

Russland darf nicht unter die Zahl unserer wirklichen Feinde gerechnet werden", schrieb Friedrich der Große 1752 in seinem politischen Testament. Ganz ähnlich sah dies später auch Otto von Bismarck, der nach der Gründung des Deutschen Reiches während des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 sukzessive ein europäisches Bündnissystem erschuf, das Frankreich isolieren und alle anderen wichtigen Mächte von Koalitionen gegen Deutschland abhalten sollte. In diesem System gehörte Russland zu den zentralen Größen. „Mit Frankreich werden wie nie sichern Frieden haben, mit Russland nie die Nothwendigkeit des Krieges", lautete das diesbezügliche Credo des Eisernen Kanzlers.

Mit dem Dreikaiserabkommen von 1873 und dem Dreikaiserbund von 1881 bemühte sich Bismarck um ein Dreierbündnis aus Deutschem Reich, Österreich-Ungarn und Russland. Die Rivalitäten der beiden Ostmächte um das Erbe des Osmanischen Reiches auf dem Balkan nahm jedoch dafür schließlich zu heftige Ausmaße an, sodass Bismarck schließlich auf getrennte Bündnisse mit jedem einzelnen der beiden Kaiserreiche setzte. So trat an die Seite des bereits seit 1879 bestehenden Zweibundes mit der Donaumonarchie im Jahre 1887 der Rückversicherungsvertrag mit dem Zarenreich. In diesem Geheimabkommen garantierten beide Seiten einander wohlwollende Neutralität, falls Russland unprovoziert von Österreich-Ungarn oder das Deutsche Reich unprovoziert von der Französischen Republik angegriffen würde. Darüber hinaus anerkannte Deutschland die russischen Rechte auf dem Balkan und sicherte Russland in einem „Ganz Geheimen Zusatzprotokoll" Unterstützung für den Fall zu, dass das Zarenreich seinen Zugang zum Mittelmeer durch die türkischen Meerengen verteidigen müsse.

1890 stand die Verlängerung des Rückversicherungsvertrages an, doch die deutsche Führung, an deren Spitze mittlerweile nicht mehr Bismarck stand, verweigerte diese. Berlin argumentierte, dass zumindest der Geist des Rückversicherungsvertrages sich nicht mit dem Bündnis mit Wien vereinbaren lasse.

Die Folgen des Auslaufens des deutsch-russischen Neutralitätspaktes waren dramatisch. Um nun nicht alleine dem Bündnis der benachbarten Großmächte gegenüberzustehen, suchte Russland nolens volens die Annäherung an die verbleibende vierte kontinentale Großmacht, ganz im Sinne der Panslawisten, denen eine Vereinigung aller Slawen einschließlich jener im Hohenzollernstaat und im Habsburgerreich unter russischer Führung vorschwebte. Dieser Versuch einer Annäherung stieß in Paris auf Gegenliebe, war man dort doch offen für jede Chance, die von Bismarck betriebene Isolierung zu beenden.

Doch nicht nur aus politischen, auch aus wirtschaftlichen Gründen bot sich eine Zusammenarbeit an. Während der Sieg Frankreichs und seiner Verbündeten über Deutschland im Ersten Weltkrieg die Verarmung des Verlierers zur Folge hatte, hatte der deutsche Sieg über Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg nicht etwa eine analoge Verarmung Frankreichs zur Folge gehabt. Vielmehr folgte dem deutschen Sieg die Belle Époque (schöne Epoche). Französisches Kapital suchte lukrative Anlagemöglichkeiten, und Russland hatte für die anvisierte Modernisierung einen enormen Investitionsbedarf.

Auf Initiative französischer und russischer Militärs wurde zunächst auf den Abschluss einer Militärkonvention hingearbeitet. In diesem Zusammenhang besuchte ab dem 23. Juli 1891 ein französisches Flottengeschwader unter Konteradmiral Alfred Albert Gervais die russische Marinebasis Kronstadt. Während des Treffens,



Zeitgenössische Allegorie auf die Freundschaft zwischen Russland mit seinem Zaren und Frankreich mit seinem Präsidenten (v.l.) Bild: pa

das ungeachtet des ideologischen Gegensatzes, dass Russland eine Autokratie und Frankreich eine Republik war, zum regelrechten Verbrüderungsfest geriet, ertönten die Nationalhymnen beider Länder, sodass die zaristischen Offiziere und ihr oberster Dienstherr pikanterweise zur revolutionären „Marseillaise" salutierten beziehungsweise barhäuptig verharrten.

Damit war der Boden für die geheime Militärkonvention bereitet, die am 5. August 1892 zur Unterzeichnung kam. Darin verpflichteten sich Russland und Frankreich zur gegenseitigen Hilfe, falls eines der beiden Länder vom Deutschen Reich und einem von dessen Dreibundpartnern, also Österreich-Ungarn oder Italien, angegriffen wurde. In der zweiten Oktoberhälfte 1893 statteten russische Marineeinheiten Toulon einen zweiwöchigen Gegenbesuch ab, der wiederum zu einem wahren Freudentaumel führte. Kurz nach dem Besuch und einem kurzen Briefwechsel zwischen Paris und Sankt Petersburg wurde die Militärkonvention ratifiziert. Am 4. Januar 1894 trat die Konvention zwischen den beiden kontinentalen Flügelmächten und großen Nachbarn des Deutschen Reiches in Kraft, die Geburtsstunde des sogenannten Zweiverbandes.

Die deutsche Seite reagierte hierauf mit demonstrativer Gelassenheit. Einerseits war das französisch-russische ein Defensivbündnis. Und andererseits gelang es dem Deutschen Reich mit einem am 10. Februar 1894 mit Russland geschlossenen bilateralen Handelsvertrag, der die gegen den jeweils anderen gerichtete Schutzzollpolitik beendete, Bismarcks vielzitierten „Draht nach Russland" zumindest zum Teil erst einmal wiederherzustellen.

Nichtsdestotrotz legte die französisch-russische Allianz den Keim für die fatalen späteren Entwicklungen, die schließlich im Ersten Weltkrieg gipfelten. Frankreich konnte nunmehr die Isolation durchbrechen, in die es infolge der Politik Bismarcks gedrängt worden war. 1907 gelang die Erweiterung zur wenn auch nur informellen französisch-russisch-britischen Triple Entente, der Allianz, der die Mittelmächte im Ersten Weltkrieg schließlich gegenüberstanden.

Hierdurch wuchs in Deutschland das berechtigte Gefühl der Einkreisung, während Russland im Bewusstsein, starke Partner im Westen zu haben, sein Engagement auf dem Balkan verstärkte, was wiederum die Spannungen im Verhältnis zwischen Sankt Petersburg und Berlins Verbündeten Wien erhöhte. Wozu dies letztendlich führte, ist bekannt. *Wolfgang Kaufmann*

Moment der Woche


Foto: akg images

Knecht Ruprecht gehört als Begleiter des Nikolaus' einfach zu den alten Riten der beginnenden Weihnachtszeit – so ist es seit Jahrhunderten. Doch damit soll nun Schluss sein, meint Josefine Paul, Fraktionsvize der Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

> Knecht Ruprecht im Fadenkreuz

Der Knecht mache den Kindern Angst und übe damit „psychische Gewalt" aus. Damit sei er nicht mehr zeitgemäß und solle verschwinden oder eine andere Rolle bekommen. So könne er, statt die Rute zu zeigen, beim Tragen der Geschenke helfen.

Pauls Kritiker verweisen auf die Tradition und auf positive pädagogische Wirkungen. Ruprecht könne etwa dazu beitragen, Kinder daran zu erinnern, dass es gewisse Regeln gibt. Und dass es neben freundlichen auch unfreundliche Seiten des Lebens gibt. *H.H.*

Der Rückblick ins Nichts

Das Geschichtswissen junger Deutscher ist am Tiefpunkt – Gründe und Folgen

Ein belauschter Schülerdialog über den vielfach genutzten Online-Dienst zum Teilen von Fotos und Videos: „Ey, sag mal, hatten die 1920 eigentlich schon Instagram?" „Klar Alter, wie sollten sie denn sonst ihre Bilder schwarz-weiß bekommen ..."

Das Geschichtswissen deutscher Jugendlicher weist von Jahr zu Jahr größere Defizite auf: In

> »Hatten die 1920 schon Instagram?«

manchen Bundesländern glauben inzwischen zwei Drittel der 17-Jährigen, dass nicht das SED-Regime, sondern der Westen die Mauer gebaut habe; 30 Prozent halten Willy Brandt und Konrad Adenauer für DDR-Politiker; 50 Prozent sehen im NS-Staat keine Diktatur und in der Gestapo eine normale Polizei; vom Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau wollen nur 59 Prozent der über 14-Jährigen etwas gehört haben; und selbst Geschichtsstudenten tippen immer öfter in peinlicher Manier daneben, wenn sie angeben sollen, wann der Erste und Zweite Weltkrieg begannen beziehungsweise endeten.

Bei der Suche nach den Ursachen für diese eklatante bildungspolitische Misere stößt man auf ganz unterschiedliche Faktoren: Zum Ersten genießt das Fach Geschichte an den Schulen nur noch einen geringen Stellenwert – der Fokus liegt ganz klar auf Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik, also den sogenannten MINT-Fächern.

Darüber hinaus wird auch schlecht unterrichtet. Manche Lehrer vermitteln bloß noch dürre Fakten und enthalten sich vorsichtshalber jeder Einordnung, andere wiederum – zumeist mit linker weltanschaulicher Gesinnung – setzen auf Indoktrination und „Wertorientierung" statt auf Wissen.

Dazu kommen immer mehr umsichgreifende methodische Albernheiten: Hauptsache, der Unterricht ist „multimedial, dialogisch und kompetenzorientiert". Dann kann man gut und gerne auf den chronologischen Durchgang durch den Stoff als logisches Hauptstrukturierungsprinzip verzichten. Mit fatalen Folgen, wie der zitierte Schülerdialog zeigt. Ebenso werden „Reizthemen", so beispielsweise die Entstehung von Religionen, der Nahostkonflikt oder die Geschichte bestimmter Länder, gar nicht mehr behandelt, um es der wachsenden Zahl von Schülern mit muslimischem Hintergrund rechtzumachen.

Als Konsequenz hieraus nehmen abstruse Vorstellungen über historische Prozesse und Phänomene immer mehr zu. Dies betrifft – das wurde ebenfalls schon eingangs dargelegt – vor allem die neuere Geschichte. Einerseits wissen viele Jugendliche kaum etwas über den Nationalsozialismus, andererseits plappern sie fleißig die aufgeschnappten Parolen gegen „Nazis" nach, ohne einigermaßen präzise sagen zu können, was einen solchen eigentlich ausmacht.

Ansonsten fällt auch die große Affinität gegenüber der DDR und den sonstigen kommunistischen Regimes in aller Welt auf. Hierfür fand der Politikwissenschaftler Klaus Schroeder von der Freien Universität Berlin folgende Erklärung: Unser Nachwuchs wolle es möglichst bequem und sozial – ein Staat, der dies seinen Bürgern scheinbar ermöglicht habe, wirke daher aus der rückblickenden Entfernung ziemlich attraktiv.

Die meisten Verantwortlichen hierzulande sehen in diesem, mit historischer Unwissenheit kombinierten Linksdrall beachtlicher Teile der heutigen Jugend aller-

> Verantwortliche sehen im Nichtwissen politische Vorteile

dings kein Problem, sondern ereifern sich stattdessen über die ebenfalls vorkommende Empfänglichkeit gegenüber „Fake News, Verschwörungstheorien und populistischen Einfachbotschaften", welche als „rechts" gelten.

Ein Vorreiter hierbei ist Heinz-Peter Meidinger, der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Deshalb sind grundsätzliche Veränderungen derzeit wohl nicht zu erwarten. *W.K.*

Junge Frauen haben das Fürchten verlernt

Eine Serie von Gewalttaten zeigt, dass das Gefahrenbewusstsein der weiblichen Opfer oftmals zu wünschen übrig ließ

Neuerdings fällt immer deutlicher auf, wie wenig Gespür etliche junge Frauen haben, wenn es um Gefahrensituationen geht, die man besser vermeidet. Das beweist auch und gerade ihr naiver Umgang mit „Flüchtlingen" oder anderen männlichen Fremden. Die risikobehafteten weiblichen Verhaltensweisen resultieren dabei zum einen aus falscher Erziehung, zum anderen aus ideologischer Verblendung.

Im August dieses Jahres geisterten aufsehenerregende Bilder durch die sozialen Netzwerke im Internet. Sie zeigten die 21-jährige Makenzie Noland, welche gerade an der A&M University in Texas in „Wildtierökologie" graduiert hatte. Deshalb hielt es die junge Frau wohl auch für originell, auf ihren Abschlussfotos mit dem vier Meter langen Alligator „Big Tex" zu posieren und die Nasenspitze des monströsen Reptils zu berühren.

Wäre sie gefressen worden, hätte ihr das möglicherweise den Darwin-Preis eingebracht, der seit 1994 für herausragend dumme Handlungen mit tödlichem Ausgang verliehen wird. Aber Noland überlebte – im Gegensatz zu manchen ihrer weniger glücklichen Geschlechtsgenossinnen.

So starb die 17-jährige Russin Xenia Ignatjewa, als sie ein Selfie schießen wollte, das sie beim illegalen Erklettern einer Brücke zeigte. Ähnlich tragisch verunglückte Anna Ursu (18) aus Rumänien durch den Kontakt mit einer 27 000-Volt-Eisenbahnoberleitung – sie hätte besser keinen Güterzug ersteigen und dabei mit dem Handy hantieren sollen.

Deutsche junge Frauen wiederum fanden den Tod, weil sie sämtliche Warntafeln ignorierten und von den Rügener Kreideklippen stürzten, bei wilden Studentenpartys versuchten, auf das Dach des Nachbarhauses zu springen, um geschlossene Bahnschranken herumkurvten, obwohl bereits der Zug nahte, oder von wackligen Objekten erschlagen wurden, an denen sie ihre Hängematten befestigt hatten.

Doch es gibt auch noch tödlichen Leichtsinn der ganz anderen Form. Anfang 2008 wollte die 33-jährige italienische „Aktionskünstlerin" Giuseppina Pasqualino di Marineo alias Pippa Bacca ein „Zeichen des Friedens" setzen und im Brautkleid quer durch den Balkan und den Nahen Osten nach Israel trampen. Ihre „Mission" endete allerdings schon nach wenigen Tagen in der Nähe des türkischen Dorfes Gebze südlich von Istanbul. Dort wurde sie von dem Arbeitslosen Murat Karatas am Straßenrand aufgelesen, dann vergewaltigt und anschließend ermordet.

Ein Schicksal, welches sie mit diversen anderen Anhalterinnen teilt. Normalerweise müssten derartige Gewalttaten jede junge Frau zu striktester Vorsicht gemahnen, doch weit gefehlt. Ein typisches Beispiel für fortbestehende Unvernunft ist die 28-jährige Germanistikstudentin Sophia Lösche. Diese stieg am Abend des 14. Juni 2018 an der A 9 bei Schkeuditz in einen Lkw, der von dem Marokkaner Merabet B. gesteuert wurde. Kurz darauf starb Lösche ähnlich grausam wie di Marineo – und auch hier führte kein banaler Leichtsinn zum Tode, sondern ideologische Verblendung, die offenbar zum unkritischen Verhalten gegenüber Fremden führte.

> Allzu behütetes Aufwachsen macht leichtsinnig

Die gebürtige Bayerin war nämlich eine überzeugte Juso- beziehungsweise SPD-Aktivistin, welche Deutschland gerne für „alle" geöffnet hätte, und darüber hinaus enthusiastische Unterstützerin der „Flüchtlings"-Hilfsorganisation „No Border Kitchen".

Andererseits ist das nicht die einzige Erklärung für das mangelnde Risikobewusstsein von Lösche, denn viele ihrer weniger politisierten Altersgenossinnen agieren im Angesicht akuter Gefahren ganz ähnlich sorglos, wie die eingangs genannten Beispiele zeigen. Das legt den Verdacht nahe, dass hier auch die Erziehung eine Rolle spielt.

Die in den vergangenen Jahrzehnten dominierende Form der Pädagogik macht Kinder beiderlei Geschlechts ängstlicher als je zuvor, obwohl sie eigentlich das Gegenteil bewirken will. Dabei fürchtet sich der Nachwuchs freilich weniger vor den realen Gefahren des Alltags – denn die werden durch überbehütende „Helikopter-Eltern" weitestgehend unsichtbar gemacht oder ausgeschaltet – sondern vor eher abstrakten oder gar herbeihalluzinierten Übeln.


Sorglos ins Risiko: Anhalterin an der Landstraße Bild: Imago

Dazu kommt noch die beizeiten von den Erwachsenen auf ihre Kinder übertragene Angst, etwas falsch zu machen oder sich gegen die Masse zu stellen und dadurch soziale Ausgrenzung zu erleben, was besonders den Mädchen als Katastrophe erscheint. So entsteht bei diesen ein völlig verschobenes Risikobewusstsein, das durch das Fehlen der sogenannten „Basic Instincts" geprägt ist. Dazu gehören unter anderem ein gesundes Misstrauen beziehungsweise Gespür für gefährliche Menschen, Dinge und Situationen.

Dass diese Instinkte dem weiblichen Nachwuchs systematisch abtrainiert wurden, ist kaum mehr zu übersehen. So schrieb die russischstämmige Biologin und Publizistin Sonja Margolina kürzlich im „Cicero – Magazin für politische Kultur": „Die Bundesrepublik ... hat in den vergangenen Jahrzehnten unter einer Glocke des Friedens und Wohlstands gelebt. Die Sicherheit im öffentlichen Raum war im Vergleich zu anderen europäischen Staaten ohne Beispiel."

Das führe zu einem „märchenhaften Zustand des Weltvertrauens, der Freiheit und Unbeschwertheit" – gepaart mit „nobler Vorurteilslosigkeit", hinter der sich aber allzu oft nur Ahnungslosigkeit verberge. Vor diesem Hintergrund müsse man auch die ständigen Morde an jungen Frauen sehen – begangen durch männliche „Schutzsuchende", mit denen die Opfer auf irgendeine Weise persönlich verbunden oder gar liiert gewesen seien.

Dem wäre noch hinzuzufügen, dass mittlerweile schon ganz banale Vorsicht als „rassistisch" gilt und die naive Verdammung lebensrettender „Vorurteile" bereits in der vierten Generation praktiziert wird. Wobei junge Männer offensichtlich noch etwas weniger unter fehlender Risikokompetenz leiden, wenn es um „Schutzsuchende" geht, weil sich bestimmte archaische Instinkte auch in einem fast vollkommen durchfeminisierten Bildungs- und Erziehungssystem nicht vollkommen ausmerzen lassen.

Dies erklärt den auffälligen Umstand, dass drei Viertel aller Flüchtlingshelfer weiblich sind – bei den Jüngeren sogar 80 Prozent. Und dass auch der sonstige enge Umgang mit möglicherweise gefährlichen Immigranten, der oft genug ein fatales Ende findet, eine Domäne von Frauen ist.

Die mangelnde Fähigkeit, angemessen auf Risiken zu reagieren, äußert sich dabei auf zwei unterschiedlichen Ebenen: Zum einen fehlt es an akutem Gefahrenbewusstsein im Hinblick auf die aktuelle Situation, zum anderen lässt das vorausschauende Gefahrenbewusstsein zu wünschen übrig, welches nötig ist, um potenzielle Gefahren wahrzunehmen und dann entsprechend präventiv zu handeln.

Aber woher soll das Gespür für Bedrohungen auch kommen, wenn von Seiten des Staates suggeriert wird, die Bürger bräuchten sich keine ernsthaften Sorgen zu machen – beispielsweise durch manipulierte Kriminalitätsstatistiken oder das Verschweigen von brisanten Informationen über die tatsächliche Sicherheitslage?! Man denke da nur an die aufschlussreiche Äußerung des inzwischen sang- und klanglos in der Versenkung verschwundenen ehemaligen Bundesinnenministers Thomas de Maizière, es würde die Bevölkerung nur „verunsichern", wenn man ihr die ungeschminkte Wahrheit über bestehende Gefährdungen eröffne.

> Vorbehalte gegen Fremde gelten pauschal als rassistisch

Von „oben" sind also kaum Initiativen zu erwarten, um der jüngere Generation – und hier besonders dem weiblichen Teil derselben – wieder zu mehr Risikobewusstsein beziehungsweise -kompetenz zu verhelfen und damit deren Leben sicherer zu machen. Dafür kann aber jeder einzelne Ältere für Abhilfe sorgen. Beispielsweise, indem er Kinder und Jugendliche ermutigt, gegen den Strom zu schwimmen und auf das eigene Bauchgefühl zu hören – egal, wie die Mehrheit darauf reagiert. Hilfreich ist zudem auch das beständige Argumentieren mit Zahlen, denn die helfen, in der heutigen rationalen Welt Risiken besser einzuschätzen.

Darüber hinaus ist es wichtig, an die Eigenverantwortung der jungen Leute zu appellieren: Wenn es um unser ganz persönliches Wohl und Wehe geht, sollten wir uns nicht mehr auf den Staat verlassen. Denn der beschäftigt sich doch mittlerweile vorrangig mit seiner Eigensicherung.

Wolfgang Kaufmann

Das Ostpreußenblatt

Nr. 50 – 14. Dezember 2018

Anschlag auf Kant-Denkmal in Königsberg

Veteranen hetzen gegen den deutschen Philosophen – Gouverneur Alichanow spricht von Provokation der Polittechnokraten

Der Philosoph Immanuel Kant ist eines der bekanntesten Markenzeichen des Königsberger Gebiets. Nun steht er im Mittelpunkt eines Skandals. In Königsberg wurden das Denkmal und das Grab des Philosophen Opfer von Vandalismus.

Früh morgens wurde das Denkmal des Philosophen gegenüber der Albertina [Baltische Staatliche Universität Kant] mit rosa Farbe beschmiert. Den Anschlag hat eine Überwachungskamera gefilmt. Ein Wächter, der gerade die Universität umrundete, sah einen Mann weglaufen. Neben dem Denkmal lagen Flugblätter, mit denen sich die Täter an die Studenten mit den Worten wandten, dass sie „in Mauern, die den Namen des Feindes tragen“ studierten. Weiter hieß es: „Bekreuzigt Euch mit dem orthodoxen Kreuz vor diesem feindlichen Namen, vor einem Deutschen, dessen Volk uns so viel Leid gebracht hat.“ Dann folgte ein Appell: „Kant hat das russische Land verraten, das ihn aufgenommen hat. Zerreißt die Schilder und entfernt den fremden Namen aus Euren Dokumenten.“ Ironie des Schicksals: Die Farbe, die über das Denkmal gegossen wurde, war in einer Cognac-Flasche der Marke „Altes Königsberg“ abgefüllt. Die Reste lagen neben dem Denkmal.

Das heutige Kant-Denkmal ist eine Rekonstruktion der Skulptur von Christian Rauch, die in der Vorkriegszeit vor der Albertina gestanden hatte. Der Bildhauer der jetzigen Skulptur, die 1992 an ihrem historischen Ort aufgestellt wurde, ist Harold Haake. Das Denkmal hat den Status eines Objekts von kultureller Bedeutung und steht unter staatlichem Schutz. In derselben Nacht hatten die Übeltäter auch das Kantgrab am Dom beschmutzt. Auch dort wurden sie von Überwachungskameras gefilmt. Außerdem wurde die Tafel an Kants Wohnhaus besudelt.

Auch am Kant-Grab lagenFlugblätter verstreut, diesmal jedoch mit etwas anderem Inhalt: „Umso erfreulicher ist die Nachricht, dass der Name des deutschen Kant unseren Flughafen nicht verunreinigen wird!“. Also richtet sich die Aktion unmittelbar gegen die kürzlich erfolgte Abstimmung für die Umbenennung des Flughafens Powunden [Chrabrowo]. Unter den Vorschlägen war auch der Name Kants.

Vor einiger Zeit ergriffen das russische Ministerium für Kultur und die Gesellschaftskammer eine Initiative, Flughäfen mit „berühmten Namen Russlands“ zu versehen. Die Initiative betraf auch den Flughafen Powunden [Chrabrowo]. Auf die Königsberger Liste schafften es neben Immanuel Kant Zarin Elisabeth Petrowna, Marschall Alexander Wassiljewskij und General Iwan Tschernjachowskij.

Der Name Kant führte während der gesamten Abstimmung, bis sich plötzlich ein Abgeordneter der Staatsduma aus Tatarstan, Marat Barijew, gegen die Wahl der Gebietsbevölkerung aussprach. Veteranen aus dem Gebiet Iwanowsk, in dem General Wassiljewskij geboren wurde, hätten sich an ihn gewandt und ihn gebeten nicht zuzulassen, dass der Flughafen nach einem Deutschen benannt werde. Sie hätten gesagt, es wäre beschämend, wenn Kant, der nichts für das Land getan habe, gewänne.

Dabei haben Rentner aus Königsberg überhaupt nicht protestiert. Wladimir Wukolow von der „Partei der Pensionäre“ teilte mit, in seiner Organisation sei die Frage erörtert worden und niemand habe etwas gegen den Namen Kant einzuwenden gehabt. „Das ist ein einheimischer Name für uns. Wir leben gut mit der Kultur zusammen, die wir geerbt haben. Wir begegnen diesem Nachnamen jeden Tag und wir sind stolz, dass wir solche Landsleute haben, die einst auf dieser Erde gewirkt haben.“



Als „Feind“ verleumdet: Kant-Denkmal in Königsberg Bild: J.T.

Der Abgeordnete des Königsberger Gebiets in der Staatsduma Alexander Pjatikop, dagegen teilt den Standpunkt des Abgeordneten aus Tatarstan und gab eine neue Umfrage in Auftrag, um die „wirkliche“ Auffassung der Bewohner des Gebiets herauszufinden.

Innerhalb eines Tages lag plötzlich Elisabeth Petrowna vor Kant und siegte in der Abstimmung. 144 000 Menschen hatten sich an der Umfrage beteiligt. Am Ende führte Zarin Elisabeth mit 34, Immanuel Kant und Alexander Wassiljewskij jeweils mit 27 und Iwan Tschernjachowskij mit elf Prozent der Stimmen.

Nur die wenigsten Bewohner des Königsberger Gebiets haben eine Vorstellung davon, was Elisabeth Petrowna mit der Region verbindet. Wie sie plötzlich so populär werden konnte, bleibt ein Rätsel. Vor Kurzem trat aber der Stabschef der Baltischen Flotte, Vize-Admiral Igor Muchametschin, vor Matrosen auf und sagte wörtlich: „Um über Kant zu sprechen: dieser Mensch hat seine Heimat verraten. Er erniedrigte sich und kroch auf Knien, um an der Universität einen Lehrstuhl zu bekommen. Er schrieb einige unverständliche Bücher, die keiner der hier Stehenden gelesen hat und niemals lesen wird.“ Er forderte das Militär und dessen Familien auf, für Marschall Wassiljewskij zu stimmen.

Wer sich mit der Geschichte Ostpreußens befasst hat, weiß, dass russische Offiziere sehr wohl die Möglichkeit hatten, sich mit den Arbeiten des Philosophen Kant vertraut zu machen. Und zwar im 18. Jahrhundert. Während der vier Jahre, die das Gebiet von russischen Streitkräften besetzt war und unter russischer Verwaltung stand, wurde den Offizieren der zaristischen Armee dringend empfohlen, Vorlesungen an der Albertina zu besuchen. Unter den beliebtesten waren Immanuel Kants Seminare zu Metaphysik, Pyrotechnik und Fortifikation.

Die Meinungen über die Hintergründe des Anschlags gehen auseinander. Der Direktor der Universität, Klemeschew, sieht einen Zusammenhang mit der Abstimmung. Gouverneur Anton Alichanow erklärte: „Es ist sehr wahrscheinlich, dass es sich um Manipulatoren der öffentlichen Meinung aus den Reihen der Polittechnologen handelt.“ Auch der Vorsitzende des Königsberger Stadtrats, Andrej Kropotkin, glaubt, dass es sich um eine Provokation handelt: „Ich glaube nicht, dass es nur ein paar Hooligans waren, das war geplant.“

Von den politischen Parteien meldeten sich als erstes Vertreter von „Jabloko“ zu Wort: „Wir halten es für angebracht, an die Worte des Präsidenten ... Wladimir Putin bei einem Treffen mit Studenten der Baltischen Staatlichen Universität im Jahr 2013 zu erinnern: ‚Kant kann und soll nicht nur ein Symbol für Ihre Universität sein, sondern in gewissem Sinne ein Symbol der gesamten Region, des gesamten Kaliningrader Gebiets, ... eines seiner ersten grundlegenden Werke ist die Abhandlung ‚Zum ewigen Frieden‘. In der Tat ist dies der erste Versuch, die Einigung Europas nach dem Siebenjährigen Krieg zu rechtfertigen. Es ist eine philosophische, religiöse, kulturelle Rechtfertigung für den Einigungsprozess in Europa. In diesem Sinne stellt die Figur Kants sein Symbol für die heutige Weltordnung dar.“

Gemäß dem Erlass des Präsidenten vom 28. November 2018 wird es nun überhaupt keinen Namenszusatz für den Königsberger Flughafen geben. Die Mehrheit der Bevölkerung des Gebiets wie auch Gouverneur Alichanow sind der Meinung, dass der Flughafen keinen anderen Namen bekommen sollte.

Das Kant-Denkmal und das Grab wurden unmittelbar nach dem Farbanschlag gereinigt.

Jurij Tschernyschew

»Kant-Haus« in Judtschen als Museum eröffnet

Putins Verfügung von 2016 wurde umgesetzt – Feierliche Eröffnung fand im August statt

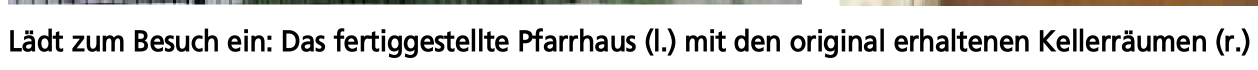
Es riecht nach frischer Farbe und Lack, alles ist hell, luftig und sauber. Beim Betreten des „Kant-Hauses“, das im August dieses Jahres feierlich als Museum eröffnet wurde, werden die Gäste von freundlichem Museumspersonal empfangen.

Um das ehemalige Pfarrhaus, in dem der junge Immanuel Kant von 1747 bis 1750 als Hauslehrer beim Pastor Daniel Ernst Andersch und beim Schulmeister Johann Jacob Chalet arbeitete, gab es bereits viel Lärm und zuletzt einen Skandal, der am Ende half, den Wiederaufbau des Gebäudes zu beschleunigen. 2015 wurde das damals noch baufällige Kant-Haus mit dem Spruch „Kant ist ein Trottel“ beschmiert.

Als Täterin wurde eine Schülerin ermittelt. Der Skandal fand in den Massenmedien Niederschlag und rüttelte offenbar die Verantwortlichen in Königsberg auf, endlich etwas gegen den weiteren Verfall des Hauses zu unternehmen. Für die Rekonstruktion wurden plötzlich Mittel aus dem Reservehaushalt des Präsidenten, umgerechnet zirka 650 000 Euro, lockergemacht. Präsident Wladimir Putin, der bereits 2013 angeregt hatte, die Symbolkraft Kants für die Region stärker zu fördern, verfügte höchstpersönlich, das Pfarrhaus wiederherzustellen. Ein Bild des Präsidenten mit der entsprechenden Verfügung ist in den Räumen ausgestellt.







Lädt zum Besuch ein: Das fertiggestellte Pfarrhaus (l.) mit den original erhaltenen Kellerräumen (r.) Bilder (2): MRK

Die Museumsräume beherbergen überwiegend Bücher und Bilder des deutschen Philosophen sowie eine Dokumentation der Wiederaufbauarbeiten mit zahlreichen Fotos, Zeichnungen und Erläuterungen. Leider gibt es keine deutschen Texte, sondern neben den russischen nur wenige englische Erklärungen. Es gibt ein interaktives Spiel „Kennt Ihr die Biografie Kants?“ Dabei handelt es sich um einen Bildschirm, auf dem man sich durch zehn Fragen mit jeweils vier Antwortmöglichkeiten durchklickt. Leider richtet sich dieses Spiel bislang nur an Russen, denn es fehlen deutsche oder englische Varianten.

Drei alte Kachelöfen, die aus Insterburg, Tilsit und Gumbinnen stammen, sind in den Räumen ausgestellt. Sie sollen sogar noch funktionstüchtig sein. Vor dem Krieg waren acht solcher Öfen notwendig, um das Pfarrhaus zu heizen.

Kant bewohnte ein kleines Mansardenzimmer in Obergeschoss des Hauses. Zurzeit stehen diese Räume noch weitgehend leer. Man sieht die Fachwerkkonstruktion, und eine Stuhlreihe vor einem Bildschirm lädt dazu ein, sich Dokumentarfilme über Kant anzuschauen. Ein kleinerer Raum dient als Außenstelle des Standesamts. Heiratswillige können sich hier trauen lassen. Die Rekonstruktionsarbeiten hat eine Spezialfirma aus Moskau ausgeführt. Original ist lediglich der Keller des Hauses. Wer sich die schmale Treppe zu den niedrigen Deckengewölben hinunterwagt, atmet den Geruch alter Ziegelmauern ein.

Das neue Kant-Museum zeichnet sich dadurch aus, dass es das einzige ist, das sich an einem Ort befindet, an dem sich der Philosoph wirklich aufgehalten hat. Laut den Betreibern ist die jetzige Ausstellung eine vorläufige. 2019 soll sie überarbeitet werden, und zum 300. Kant-Geburtstag 2024 sollen zwei Gebäudeflügel fertiggestellt sein, in denen es neben einem Café und einem Konferenzsaal auch Hotelzimmer gibt.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Eggert, Albert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember

ZUM 99. GEBURTSTAG

Grzegorzewski, Ruth, geb. **Wedemann**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Hepke, Gertrud, geb. **Schmidt**, aus Moneten, Kreis Treuburg, am 20. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brandtstädter, Margarete, geb. **Berkoben**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Magnus, Hildegard, geb. **Moldzio**, aus Lyck, am 19. Dezember
Mast, Ruth, geb. **Prießner**, aus Schlesien, (Kreis Wehlau) am 16. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Boy, Gertrud, geb. **Wiertschoch**, aus Borken, OT Niederhorst, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Bradler, Richard, aus Groß Allendorf, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Holzapfel, Ursula, geb. **Metauge**, aus Groß Kuhren, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kudszus, Willi, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Becker, Gerda, geb. **Bautz**, aus Neuendorf, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Dallmann, Max, aus Lyck, Königin-Luise-Platz 3, am 20. Dezember
Doddek, Gertrud, geb. **Gregel**, aus Borken, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Heisler, Gertrud, geb. **Schaaf**, aus Ebenrode, am 20. Dezember
Knabe, Hans, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Sallewsky, Christel, aus Lyck, Yorkplatz 4, am 14. Dezember
Schnarelt, Ruth, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 20. Dezember
Schulz, Frieda, geb. **Kowalewski**, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Haas, Erna, geb. **Jünger**, aus Kechlersdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Heidmann, Ruth, geb. **Griggel**, aus Fischhausen, am 19. Dezember
Leymann, Otto, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Nagat, Frieda, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember
Strelow, Erika, geb. **Schmielewski**, aus Salleschen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hartung, Christa, geb. **Schemeit**, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 16. Dezember
Heim, Irmgard, aus Wellheim, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Hünemohr, Helmut, aus Neidenburg, am 15. Dezember
Kristan, Silvia, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Matzeit, Fritz, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Peterson, Christel, geb. **Joppien**, aus Warnicken, Kreis Fischhausen, am 19. Dezember
Stang, Liesbeth, geb. **Bollgönn**, aus Georgenswalde, Kreis Fischhausen, am 20. Dezember
Zieglowski, Erhard, aus Lyck, am 16. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bethke, Gerda, aus Treuburg, am 17. Dezember
Böhme, Christel, geb. **Dous**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember
Hachmeister, Gertrud, geb. **Paleikat**, aus Finkenhagen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 20. Dezember
Haecks, Monika, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Mitschke, Brigitte, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Oestmann, Elfriede, geb. **Mrotzek**, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Rang, Christine, geb. **Kannenberg**, aus Lyck, am 15. Dezember
Schüssler, Frieda, geb. **Neumann**, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Stein, Christel, geb. **Jorzik**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 18. Dezember
Tetzlaff, Lieselotte, geb. **Kaminski**, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Von Charkiw, Christel, geb. **Masuch**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 20. Dezember
Wendt, Anneliese, aus Hoya, am 17. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Ceranski, Kurt, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Kaspereit, Wilhelmine, geb. **Winden**, aus Wehlau, am 18. Dezember
Kühl, Charlotte, geb. **Possekel**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 16. Dezember
Kumbier, Margarete, geb. **Neumann**, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Moser, Helene, geb. **Woydak**, aus Millau, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Palma, Alfred, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 20. Dezember
Penner, Christel, geb. **Witt**, aus Lauknicken, Kreis Fischhausen, am 18. Dezember
Sakrzewski, Erwin, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 15. Dezember
Sawinski, Robert, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 14. Dezember
Schwaak, Hanna, geb. **Kretschmann**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 19. Dezember
Schwill, Harry, aus Klein Steegen, Kreis Preußisch Eylau, am 14. Dezember
Sohn, Ruth, geb. **Sommer**, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 19. Dezember
Soppart, Elisabeth, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Wlost, Herbert, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Wohlgemuth, Margarete, geb. **Herrnfeld**, aus Rodenau, Kreis Lötzen, am 16. Dezember

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bergau, Martin, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 17. Dezember
Friedrich, Georg, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. Dezember
Groß, Heinz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. Dezember
Großmann, Hans-Joachim, aus Lötzen, am 16. Dezember
Haberland, Christel, geb. **Lange**, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 17. Dezember
Kowalzik, Arnold, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 16. Dezember
Langer, Margarete, geb. **Grabosch**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 16. Dezember
Leibiger, Marga, geb. **Feuersänger**, aus Steilberg, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Mühlhausen, Grete, geb. **Schwirblat**, aus Jodingen, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember
Radau, Anneliese, geb. **Regenbrecht**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 19. Dezember
Schipper, Grete, geb. **Fischer**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 19. Dezember
Schülke, Renate, geb. **Odenbach**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Dezember
Seeger, Heinz, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Seifert, Charlotte, geb. **Suczko**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, am 17. Dezember
Sliwa, Christel, geb. **Patommel**, aus Wehlau, am 19. Dezember
Wermke, Alfred, aus Ebenrode, am 14. Dezember
Wisbar, Max, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Zebrowski, Winfried, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 18. Dezember

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bahlo, Hans, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 15. Dezember
Buck, Erich, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 19. Dezember
Dawideit, Siegfried, aus Wildwiese, Kreis Elchniederung, am 18. Dezember
Dreyer, Siegfried, aus Groß Kuhsen, Kreis Samland, am 18. Dezember
Fels, Christa, geb. **Grigo**, aus Lisken, Kreis Lyck, am 19. Dezember
Hirschböck, Elfriede, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 20. Dezember
Kabjoll, Viktoria, geb. **Müller**, aus Schillenberg, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Karbstedt, Christel, geb. **Jakat**, aus Packern, Kreis Ebenrode, am 16. Dezember
Meißner, Liesbeth, geb. **Gilewski**, aus Groß Marienwalde, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Oetgen, Christel, geb. **Hasenpusch**, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 15. Dezember
Ratsch, Herta, geb. **Wenzel**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 16. Dezember
Retat, Klaus, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 14. Dezember
Stankewitz, Christel, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 18. Dezember
Warmbier, Margot, geb. **Wald**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 18. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Althoff, Elke, geb. **Dziengel**, aus Lyck, am 14. Dezember
Biella, Christian, aus Lyck, am 20. Dezember
Dröse, Alfred, aus Jürkendorf, Kreis Heiligenbeil, am 14. Dezember
Greuda, Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Grünewald, Ursula, geb. **Schories**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. Dezember
Hunsalz, Fritz, aus Vielbrücken, Kreis Elchniederung, am 15. Dezember
John, Reinhold, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 19. Dezember
Kolpak, Gotthold, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 15. Dezember
Lerch, Christel, geb. **Schlemminger**, aus Seekampen, Kreis Ebenrode, am 20. Dezember
Lippeck, Gertrud, geb. **Krzykowski**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 19. Dezember
Listing, Edith, geb. **Saager**, aus Narsawen, Kreis Ebenrode, am 19. Dezember
Magdziacz, Christel, geb. **Brozio**, aus Friedberg, Kreis Treuburg, am 14. Dezember
Marquardt, Gerhard, aus Königsberg, am 18. Dezember
Patz, Ursula, geb. **Plewka**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, am 17. Dezember
Puschinski, Karin, geb. **Puschinski**, aus Wehlau, am 17. Dezember
Wilms, Liesette, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 17. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Armgardt, Rudi, aus Königsberg-Kohlhof, am 15. Dezember
Grahl, Karola, geb. **Börner**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 15. Dezember
Kaiser, Ursula, geb. **Spohd**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 15. Dezember
Sneykus, Siegfried, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 15. Dezember
Strobel, Elfriede, geb. **Radzuweit**, aus Hanswalde, Kreis Wehlau, am 16. Dezember
Urbschat, Helga, geb. **Braun**, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 18. Dezember
Wülfing, Gerti, geb. **Bühring**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 19. Dezember
Zitzmann, Erika, geb. **Wenz**, aus Wehlau, am 14. Dezember

Zusendungen für Ausgabe 01

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 01 (Erstverkaufstag: 4. Januar) bis spätestens Donnerstag, 13. Dezember an Fax (040) 41400850, an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

2019
16. bis 17. März: Arbeitstagung (AT) der Kreisvertreter in Helmstedt
13. bis 14. April: AT Deutsche Vereine in Sensburg
12. bis 14. April: Kulturseminar in Helmstedt
11. Mai: Jahrestreffen der LO in Wolfsburg
15. Juni: Sommerfest des VdGEM in Heilsberg
21. bis 23. Juni: 7. Sommerolympiade in Osterode (Ostpreußen)
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Dittchenbühne

Elmshorn – Für das Weihnachtsmärchens „König Drosselbart“gibt es nur noch wenige Restkarten. Zu erhalten sind die Karten beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de zum Preis von 12 Euro pro Ticket, der ermäßigte Preis beträgt 6 Euro.


Bild: Forum Baltikum – Dittchenbühne

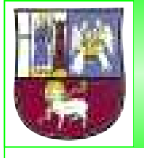
AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Wahlaufruf

Die Stadtgemeinschaft (SG) Allenstein und die Kreisgemeinschaft (KG) Allenstein-Land haben beschlossen, sich zur Kreisgemeinschaft Allenstein e.V. zu vereinen. Der Eintrag in das Vereinsregister des Amtsgerichts Osnabrück ist erfolgt, und die Gemeinnützigkeit wurde durch das Finanzamt bestätigt.

Entsprechend der Wahlordnung der KG Allenstein e.V. rufen wir alle Mitglieder der Stadtgemeinschaft Allenstein und der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land zur Wahl der gemeinsamen Kreisversammlung auf. Als Mitglieder gelten heutige und frühere Bewohner der Stadt und des Landkreises Allenstein, ihre Ehegatten und Nachkommen sowie diejenigen, die sich unserer Heimat besonders verbunden fühlen. Die Mitgliedschaft entsteht durch Aufnahme in die Heimatkartei und kann durch Anmeldung oder eine dieser gleich zu setzenden Erklärung, wie die Beteiligung an der Wahl der Kreisversammlung, erfolgen. Jedes Mitglied der beiden KGen ist wahlberechtigt und auch wählbar.

Die Wahl muss schriftlich auf dem im Allensteiner Heimatbrief Nr. 266 und im Heimatjahrbuch Landkreis Allenstein 2018 enthaltenen Wahlschein erfolgen. Die Wahl ist gültig, wenn insgesamt nicht mehr als 15 Kandidaten gewählt werden. Auf dem Wahlschein sind Name und Anschrift des Wählers anzugeben.

Folgende Mitglieder der beiden Kreisgemeinschaften kandidieren für die Kreisversammlung:

Alexander Bauknecht,
Hans-Peter Blasche,
Johann Certa,
Andreas Galenski,
Bernhard Grodowski,
Jan Hacia,
Stefan Hein,
Gottfried Hufenbach,
Artur Korczak,
Waldemar Lehnardt,
Waldemar Malewski,
Herbert Monkowski,
Thomas Nowack,
Christine Plocharski,
Werner Schaffrin,
Horst Tuguntke,
Dagmar Urban.

Der Wahlschein ist an Kreisgemeinschaft Allenstein e.V., Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen oder per E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de zu senden. Einsendeschluss ist der 31. März 2019.

Gottfried Hufenbach, Vorsitzender der SG Allenstein
Hans-Peter Blasche, Kreisvertreter der KG Allenstein-Land



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Adventsfeier

Stade – Sonntag, 16. Dezember, 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap, Harsefelder Straße 44 a, 21680 Stade: Adventsfeier mit Posaunenchor der Johannis Gemeinde und weihnachtlicher Musik um 11.15 Uhr. Anschließend wird es eine Führung durch die Sonderausstellung „Unser Fräulein Hecker“ (Junglehrerin in Dubeningken, 1941–1944) geben, gefolgt von einem Fotovortrag „Ostpreußen – ein Wintermärchen“ um 13 Uhr, in dem Annelies und Gerhard Trucewitz zusammen mit Lena Hammann eine „märchenhafte“ Fotoschau mit Bildern, Texten und Gedichten passend zu Thema und Jahreszeit präsentieren. Anschließend: „Es weihnachtet im Museum“ in einem adventlichen Ambiente mit Liedern zum Mitsingen, großem Bücherflohmarkt, Geschenketisch und leckeren Naschereien.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimagruppen

Sachsen – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, DRK-Begegnungsstätte, Eschenweg 60, 08060 Zwickau (Ortsteil Marienthal): Weihnachtsfeier. Nähere Informationen: Kurt Klaus, Mühlweg 10, 09387 Pfaffenhain, Telefon (037296) 17661.

Schwerin – Sonnabend, 15. Dezember, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Weihnachtsfeier.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Nachdruck

Die Kreisgemeinschaft hatte schon zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Kassel im Jahre 2014 die erweiterte Neuauflage der Arbeit von Helmut Borkowski „Die Kämpfe um Ostpreußen und das Samland 1944–1945“ vorgelegt. Das Interesse an dieser schnell vergriffenen Dokumentation ist noch immer so groß, dass ein Neudruck veranlasst wurde. Dieser liegt nun vor.

Das Werk ist bereits in den Jahren 2014 und 2015 von Bärbel Beutner in den einschlägigen Heimatbriefen eingehend und mit viel Sachverstand rezensiert worden. Deshalb soll hier – im Einverständnis mit der Autorin – auf diese Buchbesprechungen zum großen Teil wortgetreu zurückgegriffen werden. Sie nennt die Arbeit von Borkowski eine akribisch recherchierte Beschreibung der Kampfhandlungen 1944/1945.

In der erweiterten Auflage konnte Borkowski das umfangreiche Quellenmaterial, das ihm schon für die erste Auflage zur Verfügung stand, durch russische Quellen erweitern. Er nennt im Vorwort die Bücher von Marschall Schukow und Marschall Wassilewsli, die ihm wichtiges Material geliefert haben.

Borkowski beginnt mit der Rekonstruktion der russischen Pläne zum Sommerfeldzug 1944. Mit zwei Fronten sollten die Deutschen im Raum Witebsk und bei Minsk vernichtet werden. Dass die Pläne gelangen, führt Borkowski auf strategische Fehlentscheidungen Hitlers zurück, der im Gegensatz zu Stalin nicht mehr auf die Generäle hörte. Der Autor stellt manche Überlegung an, wie man anders hätte operieren müssen und bedauert die vielen Opfer, die man hätte vermeiden können. Er wirft die Frage auf: „Haben wir Deutschen beim Ostfeldzug eine Chance gehabt?“ Es folgt eine lesenswerte Überlegung zu militärisch und politisch problematischen Entscheidungen.

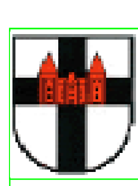
Auf 200 Seiten werden die Kämpfe um Gumbinnen, Memel, Königsberg, Cranz, Fischhausen, Heiligenbeil, Rauschen, Pillau und so weiter geschildert. Jede militärische Einheit, jede Kampfhandlung mit Datum, jede Örtlichkeit werden aufgeführt. Jede freigekämpfte Bahnlinie, Brücke und Straße ermöglichte die Rettung von Zivilpersonen.

Mit Gauleiter Koch geht Borkowski scharf ins Gericht. „Hätte dieser auf die Frontbefehlshaber gehört und eine rechtzeitige Evakuierung angeordnet, hätten viele Menschen gerettet werden können. Not und Verzweiflung hätten erspart werden können. Dieser Mann war ein Verhängnis für uns Ostpreußen.“

Historiker bekommen hier ein Nachschlagewerk, das für die Militärgeschichte von besonderem Interesse sein dürfte. Aber auch die Landsleute haben hier Gelegenheit, Genaues über das Schicksal ihres Heimatortes zu erfahren. Werner Schuka, der für Layout und Druckvorbereitung des Bandes verantwortlich ist, fügt redaktionelle Ergänzungen an: Zeittafeln und Presseartikel aus der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* sowie Briefe und Zeitzeugnisse.



Das Werk ist zu bestellen bei Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden, Telefon (0571) 46297. Es kostet 26 Euro.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal - Börry, Telefon (0171) 7086334.

Heimatbrief

Der Heimatbrief Nr. 151 zu Weihnachten ist schon jetzt ausgeliefert worden. Sollte jemand keinen Heimatbrief bekommen haben oder noch ein weiteres Exemplar wünscht, melden Sie sich beim Kreisvertreter oder beim Schriftleiter. Der Fehlerteufel hat auch mal wieder zugeschlagen. Auf der Seite 31 bei der E-mail-Adresse von Gisela Merchel muss es heißen E-Mail: gimeso17@gmx.de. Es fehlte die Zahl 17 vor dem @-Zeichen. Wir bitten das in den Unterlagen zu berichtigen.

Allen Neidenburgern und Soldauern sowie den Freunden und Gönnern der Kreisgemeinschaft Neidenburg wünschen wir eine angenehme, fröhliche Vorweihnachtszeit. Dieses gilt natürlich auch für alle Bürger unserer Patenstadt Bochum.

Ulrich Pokraka



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Schulgemeinschaft

Die Schulgemeinschaft Realgymnasium Tilsit trauert um ihren Schulkameraden Heinz-Günther Meyer. Er ist im Alter von 88 Jahren in Berlin verstorben.

Heinz-Günther Meyer musste im Jahre 1944 seine Heimatstadt Tilsit verlassen. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Leipzig verlief sein berufliches Leben im Ministerium für Bauwesen. Mit Eintritt in den Ruhestand gehörte er zu den aktiven Mitgliedern der Schulgemeinschaft Realgymnasium Tilsit und wirkte zwei Jahrzehnte in deren Vorstand. Er organisierte zahlreiche Schultreffen und Exkursionen und war Mitautor der Publikation „160 Jahre Tilsiter Realgymnasium“. Die Landsmannschaft Ostpreußen zeichnete ihn mit dem Silbernen Ehrenzeichen aus.

Sein Wirken bleibt unvergessen. Unser Mitgefühl gilt seiner Frau Helga und seinen Kindern und Enkeln.

Hans Dzieran

Von der Groeben

Ein Adelsgeschlecht in Ostpreußen

In Ergänzung zu der aktuellen Kabinettausstellung „Die Herren und Grafen von der Groeben – Ein Adelsgeschlecht in Ostpreußen“ erschien nun im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen ein 36-seitiges Begleitheft, das mit zahlreichen historischen mehrfarbigen Bildern und Grafiken die Geschichte der Familie über Jahrhunderte beleuchtet.

Die Urväter des Geschlechts sollen 927 nach Sachsen gekommen sein, wo der etwa 20 Kilometer südlich von Magdeburg liegenden – heute nicht mehr existierende – Ort Grebene an der Saale mit einem Rittergut der Familiensitz war. Dass die Groebens bereits 1168 eine reiche Familie waren, belegt eine Urkunde des Magdeburger Bischofs Wichmann, der darin die Schenkung von sieben Hufen Land und zusätzlich einer Kirche an das dortige Kloster bezeugt. Im Landbuch der Mark Brandenburg von Kaiser Karl IV. aus den Jahren 1375/76 gibt es in 20 Ortschaften Familiensitze der Groebens, die zu den wichtigsten Vasallen des Kaisers in der Mark gehörten. Noch vor 1350 vollzog sich die Namenswandlung vom lateinischen „de Grebene“ zum deutschen „von der Groeben“.

Es bildeten sich zwei Linien, die Linie Golm-Bornstedt-Löwenberg, deren Mitglieder bis zum Aussterben 1805 in der Region um Berlin führende Ämter wie Hofrichter oder Bürgermeister ausübten, sowie die Linie Kotzeband-Dabergotz-Meseberg, die ebenso führende Ämter in Brandenburg bekleideten und die den Vorgängerbau des heute als Gästehaus der deutschen Bundesregierung genutzte Schlosses Meseberg ihr Eigen nannten. Im 17. Jahrhundert besaßen diese beiden Hauptlinien etwa 80 Güter, die ringförmig um die Stadt Berlin lagen, darunter das Gut Bornstedt, auf dem Friedrich der Große 1745 bis 1747 Schloss Sanssouci errichtete.

Nach der ersten Erschließung des Prußenlandes durch den Deutschen Orden kamen auch Vertreter der Familie im 14. Jahrhundert als Ordensritter und Siedler in das Ordensland. Von 1403 gibt es einen Nachweis über Heinrich Groeben aus der ersten Linie, der das Gut Czemen in der Ordenkomturei Balga verliehen bekam. Dessen Nachkommen bildeten die beiden Linien „auf Sehmen, Wicken, Karschau und Bäslack“ sowie „auf Weskeim, Redden, Kobbern und Jeesau“.

1711 gründete Friedrich von der Groeben vier Majorate, in denen der Besitz nur an männliche Verwandte und jeweils bei gleichem Verwandtschaftsgrad dem Ältesten vererbt werden durfte.

Das Ausstellungsbegleitheft erläutert die weitere Geschichte dieser Majorate Neudörfchen, Ponarien, Groß Schwansfeld und Ludwigsdorf und beschreibt das Leben der Besitzer über den Lauf der Jahre, so unter anderem auch über die Afrikaexpeditionen von Otto Friedrich von der Groeben aus Neudörfchen, der 1682 an der Goldküste im heutigen Ghana eine brandenburgische Kolonie errichtete.

Um 1700 kamen ferner Mitglieder der „Märkischen Linie“ der Familie nach Ostpreußen, die unter anderem die Güter Arnstein und Tiefensee in Kreis Heiligenbeil sowie Quossen erwarben und bewirtschafteten. Auch die 900 Hektar großen Klingbeck'schen Güter wurden schon 1777 erworben. Die „Preußische Linie“ war auf dem 4000 Hektar großen Gut Weßlienen im Kreis Heiligenbeil sesshaft, starb jedoch um 1830 aus.

Die etwa 200 Güter der Familie von der Groeben in West und Ostpreußen bildeten „ein Land im Land“ – 1945 endete die seit 1380 nachgewiesene Geschichte der Familie im Preußenland. Der gesamte Besitz ging durch Krieg und die politischen Nachkriegsbeschlüsse verloren. Nach Flucht und Vertreibung verlor die Familie dort ihre gesamte materielle Grundlage, 21 Angehörige starben im Krieg.

M. Fritsche

Die im Eigenverlag des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen erschienene Publikation „Die Herren und Grafen von der Groeben – Ein Adelsgeschlecht in Ostpreußen“ wurde unter der Redaktion des Direktors der Kultureinrichtung, Wolfgang Freyberg, erstellt und kann beim Kulturzentrum Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 86440 oder E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de für 4 Euro zuzüglich Porto und Verpackung erworben werden.



Bild: Kulturzentrum Ostpreußen

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

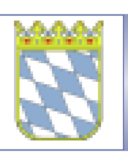
Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. Dezember, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Vorweihnachtsfeier.

Reutlingen – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr, Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6a: Weihnachtsfeier der LOW-Reutlingen. Musikalisch werden wir vom Posaunenchor Wannweil eingestimmt. Wir freuen uns, dass unsere Landesvorsitzende von Baden-Württemberg, Uta Lüttich, ihr Kommen zugesagt hat. Sie hat in ihrem Weihnachtssack ein weihnachtliches Grußwort vorbereitet mit Vorträgen und Gedichten aus der Heimat werden wir mit unseren Gedanken und Erinnerungen gen Osten ziehen. Alle Landsleute und Freunde sind herzlich eingeladen, allen Landsleuten, die aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können, wünscht der Vorstand gute Besserung und ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gesundes, glückliches neues Jahr 2019. Mit einer Weihnachtsüberraschung in Form eines leckeren kalten Weihnachtsbuffets lassen wir das Jahr 2018 ausklingen. – Mittwoch, 19. Dezember, 14.30 Uhr, Treffpunkt der Frauengruppe Reutlingen, Unter den Linden, Rommelsbacher Straße 1, Reutlingen: Treffen. Die Leiterin Erika Manzau-Schmidt hat schon einige Vorbereitungen getroffen. Bitte an die Päckchen für den Grabbelsack denken und mitbringen.

Stuttgart – Freitag, 14. Dezember, Haus der Heimat, Großer Saal: gemeinsame Weihnachtsfeier der LM Ostpreußen und LM Westpreußen mit Peter Juréwitz und seinen Musikern.

Wendlingen – Sonntag, 16. Dezember, 14 Uhr, Saal, Gasthaus Zum Lamm, Kirchheimerstraße 26: 64. vorweihnachtliche Feier mit Kaffeetafel und heimatlichem Gebäck, Worten zur Advents- und Weihnachtszeit mit Singen und Musizieren. Dabei werden Erinnerungen an längst vergangene Tage wach. Es wird einen Rückblick auf 64 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen in Wendlingen geben und einen Ausblick – nach mehr als drei Jahrzehnten wird der ehrenamtliche Vorsitzende Helmut Pallaks seine Aufgaben in jüngere Hände legen. Seine Tochter Birgit Pallaks-John, seit 1996 Mitglied und seit 2014 Kassiererin der Gruppe, wird das Erbe unserer Heimat als Auftrag übernehmen und weitergeben. Unterstützt wird sie von ihrer Tochter Stefanie John. In der vorweihnachtlichen Feier wird die neue Vorsitzende die Neujahrsglückwünsche und das Schlusswort sprechen. Wie immer sind Gäste herzlich willkommen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Sonntag, 16. Dezember, 15.30 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Vorweihnachtlicher Nachmittag mit Kaffee, Kuchen, Gedichten und Geschichten aus dem historischen Nordosten Deutschlands.

Ansbach – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Orangerie: heimatliche Weihnachtsfeier.

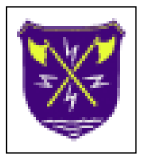
Bamberg – Mittwoch, 19. Dezember, 15 Uhr, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße, Bamberg: Monatstreffen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

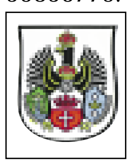
KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Ermland – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Gertraudenkrankenhaus, Paretzerstraße 12, Berlin: Ermländische Vesper mit Gesang. Anschließend werden wir uns bei Kaffee, selbst Mitgebrachtem und adventlichem Plaudern widmen. Informationen bei Dietrich Kretschmann, Neufertstraße 10, 14059 Berlin, Telefon (030) 30830779.



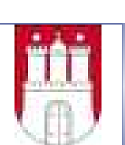




Königsberg, Samland, Labiau – Freitag, 14. Dezember, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin Wilmersdorf. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Memelland – Dienstag, 18. Dezember, 14 Uhr, Ratskeller, Charlottenburger Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102 (Verkehrsverbindung: Linie U7, Richard-Wagner-Platz, und Bus Linie M 45): Adventsfeier. Bitte bis zum 14. Dezember Anmeldung bei Hans-Jürgen Müller unter Telefon (0171) 5483892 oder per E-Mail: hjm.berlin@t-online.de

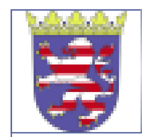


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

FRAUENGRUPPE

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 14. Dezember, 14 Uhr, Haus des Begleiters, Harderskamp 1: Treffen zum Thema „Vorweihnacht in der alten Heimat Ostpreußen" mit Weihnachtskaffee, Kuchen und Schnittchen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Um allen auch bei der Zeitungslektüre eine adventliche Stimmung zu vermitteln, wird nachfolgender Text in voller Länge abgedruckt. Dennoch gilt: Bitte senden Sie nicht mehr als 100 Zeilen pro Text. Vielen Dank für Ihren ehrenamtlichen Einsatz!

Dillenburg – Bei der November-Monatsversammlung sprach Christine Hoyme nach dem Kaffeetrinken über Adventsbräuche, in Deutschland und in anderen Ländern. Zunächst ging sie auf die Adventszeit im Allgemeinen ein.

Advent bedeutet Ankunft und ist die Vorbereitungszeit auf die Geburt Jesu. Bereits im 5. Jahrhundert wurde er im Gebiet um das italienische Ravenna gefeiert. Damals begann der Advent schon am Tag nach St. Martin (am 11. November). In der katholischen Kirche ist der Advent noch heute eine Zeit der Buße, mit der kirchlichen Farbe violett. Während dieser Zeit wurde gefastet, es durfte nicht getanzt und nicht geheiratet werden. Allerdings wird das Adventsfasten seit 1917 nicht mehr verlangt.

Papst Greger der Große setzte die Zahl der Adventssonntage auf vier fest. Die westlich-christliche Adventszeit dauert 22 bis 28 Tage. Der vierte Advent ist immer der letzte Sonntag vor dem 25. Dezember. Daher die verschiedene Dauer der Adventszeit.

Ein Sprichwort lautet: „Andere Länder – andere Sitten", das gilt natürlich auch für die Adventsbräuche. In Estland zum Beispiel ist Advent die Zeit der Hexen und Gnome. Die Kinder bekommen von den Gnomen Süßigkeiten geschenkt, vor den Hexen muss man sich in Acht nehmen. Sie fliegen auf ihren Besen herum und treiben Unfug. Darum werden in Estland fleißig Besen geputzt, damit die Hexen damit nicht fliegen können.

In Mexiko feiert man die „Posadas" (spanisch für Herbergen) vom 16. bis 24. Dezember. Familie, Nachbarn und Freunde treffen sich zu einem Hausfest, bei dem ein Gebäck aus Mais-Teig (Tamalas) gegessen wird. Kinder erhalten eine Piñata (Pappmaché-Figur, gefüllt mit Süßigkeiten). Die Posada erinnert an die Suche von Maria und Josef nach einer Unterkunft. Leute verkleiden sich als Pilger und suchen eine Bleibe zur Nacht.

In Schweden wird fleißig gebastelt, geputzt und zum Beispiel Lebkuchen gebacken. Dabei helfen die Hausgeister, die zum Dank Schüssel mit Milchbrei hingestellt bekommen. Der 13. Dezember ist in der Heimat von Astrid Lindgren ein besonderer Tag, da wird das Luzia-Fest gefeiert. Mädchen gehen mit Kerzen bekränzt von Haus zu Haus. Damit feiern die Schweden den Übergang von den dunklen Tagen zum Licht.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Schwedenrätsel

Absonderung, Abkapselung · ohne Prüfung · Anschrift · enthaltsam, entsagend · Kartenorakel · Strafe (Hand-, Basketball) · Spaß machen, scherzen · franz. Herrscheranrede · griechische Friedensgöttin · Frisurhalter · Atemluftfontäne der Wale · Einfall, Gedanke · literarisches Erzeugnis · Schmuckstein
Himmelsrichtung · indische Währungseinheit · Fährte, Spur
Last-, Reittier der Wüste · Nebenbuhler · chem. Element, giftiges Gas · deutsche TV-Entertainerin (Anke)
klangvoll, volltönend · süßes alkoholisches Getränk · Vergeltung übender Mensch
Beste, Siegerin · in der Tiefe · Geschwindigkeit · eine Zahl · befestigt. Stadtteil in russ. Städten · Technik: Verbindungsstück
Pfeifton junger Vögel (ugs.) · von der Zeit an · meerkatzenartiger Affe · Kalbs-, Rindslederart · Beschwerde bei Gericht
Aufschlag an der Kleidung · Abkürzung für High Fidelity · Leid, Not · Reiterschau der Cowboys
Wolle tragendes Nutztier · ungelöste Aufgabe · japanische Hafenstadt · an jedem Ort
Fluss zum Rhein · Sittenlehre · unberührte Landschaft · dt. Schriftsteller (Günter) · kleine Geldspende · Unsinn
Güte, Nachsicht · Schlamm für Heilzwecke · englisch: Liebling · Begrenzung einer Fläche · die Wassertiefe bestimmen
Hauptstadt von Senegal · der Grille ähnliches Insekt · Schluss
Geistlicher; Theologe · Plateau, Tafelland · Rauchkraut · Europ. Fußballverband (Abk.) · Inselgruppe im Atlantik
weiblicher Beruf · afrikanischer Strom · westafrik. Binnenstaat
aufgebrühtes Heißgetränk · Geografie
franz. Stadt an der Loire · erzählende Versdichtung · Rechnungsbegleicher · Schlechtwetterzone · kleines Lasttier · ein Erdteil
jagen, treiben · bayer. Benediktinerabtei · zauberkräftige Flüssigkeit · Stellgriff · bayerisch: Schlitten
Radrennfahrer · Frau Abrahams im A. T.
Eigenart, Charakter · franz. unbestimmter Artikel · ausführen, verrichten · zähflüssiges Kohleprodukt · griechischer Liebesgott
Blattwerk der Bäume · Kfz-Zeichen Darmstadt
Ergebnis · kürzlich errichtetes Haus · hinunter, abwärts
poetisch: aus Erz bestehend · Farbüberzug · fliederblau, hellviolett

PAZ18_50

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: [Lösungsgitter]

Mittelworträtsel: 1. Gedanken, 2. Kraefte, 3. Abgaben, 4. Praemien, 5. Veilchen, 6. Eiweiss, 7. Flaggen – nebelig

Magisch: 1. Stausee, 2. wuerzen, 3. Geheiss

Schüttelrätsel

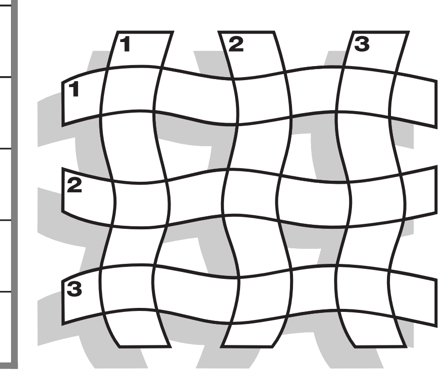
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

ELLOT	↓	AHSU	EEGRT	↓	IILST	↓	AARU	AIKR	EENT
→					AEIL →				
BEHNO			ENRR TU →						
AFILP RTTU →									
EEST →					AEKS →				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für trübe, dunstig.

Nr.	links	Mittelblock	rechts
1	GRUND		GUT
2	WUNDER		MESSEN
3	STEUER		LAST
4	SIEG		SPAREN
5	ALPEN		DUFT
6	BLUT		BROT
7	SIGNAL		MAST



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Talsperrenanlage
2 Essen schmackhaft machen
3 Befehl, Anordnung

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

In den Niederlanden kommt Sinterklaas Ende November mit einem Schiff in einer Hafenstadt an und fährt mit dem Schlitten durch das ganze Land, begleitet vom „Schwarte Piet“. Eigentlich sollte es in diesem Jahr keinen Sinterklaas mit seinem schwarzen Begleiter mehr geben. Ein „Neger“, heißt es, sei rassistisch. Aber da es eine Tradition ist, wird sie weitergeführt. Die Kinder stecken ihren Wunschzettel in einen ihrer Schuhe und stellen ihn parat.

In Italien steht nicht der Weihnachtsbaum im Mittelpunkt, sondern die Krippe. Die eigentliche Bescherung gibt es am 6. Januar von der Hexe Befana, die die Geschenke für brave Kinder ins Haus bringt. Unartige Kinder bekommen ein Stück Kohle.

In Spanien wird die Vorweihnachtszeit mit der seit 1812 stattfindenden Lotterie eingeläutet. Am Heiligen Abend, der „Noche Buana“, gibt es Lose mit kleinen Geschenken. Die richtige Bescherung findet wie in Italien auch am 6. Januar statt.

Auf den Philippinen marschieren ab dem 16. Dezember Blaskapellen durch die Straßen, und Raketen werden abgefeuert. Alle Türen bleiben unverschlossen, damit Maria und Josef eine Unterkunft finden können.

In Deutschland gibt es viele Adventsbräuche. Einer ist der Mistelzweig, der vermutlich auf eine germanische Sage zurückgeht. Jeder, der unter einem Mistelzweig steht, darf geküsst werden. Am 4. Dezember werden Barbarazweige gepflückt, die um den 24. Dezember herum blühen oder frische Blätter tragen sollen. Diesen Brauch gibt es auch in anderen Ländern. Der Schwibbogen (Lichterbogen) stammt aus dem Erzgebirge. Er hatte ursprünglich nichts mit Weihnachten zu tun, er sollte mit seinen Lichtern die Bergleute den Weg aus der dunklen Mine und nach Hause finden lassen. Heute steht ein Schwibbogen fast in jedem Haus an einem Fenster. Schließlich gibt es noch das Friedenslicht. Es wird in Bethlehem entzündet und wird, meist durch Pfadfinder, durch alle Länder und Kontinente gebracht. Es reist mit Flugzeug und Eisenbahn, wird manchmal auch zu Fuß getragen. Es soll daran erinnern, dass alle Menschen sich für den Frieden einsetzen sollen. Dieser Gedanke ist in Österreich entstanden. Das Friedenslicht wird in allen europäischen Ländern verteilt und kommt per Flugzeug sogar nach Amerika.

Das Adventsblasen ist ein vor allem evangelischer Brauch. Adventsbläser blasen von hohen Türmen, Kirchtürmen, auf Weihnachtsmärkten. Bekannt geworden ist das Schlossturm-Blasen in Königsberg. Schon im Jahr 1525 musste der Türmer morgens um 11 Uhr und abends um 21 Uhr ein Kirchenlied vom Turm blasen und nach Feuern Ausschau halten. Nach dem großen Bombenangriff im August 1944 wurde das Turmblasen eingestellt, weil der Schlossturm abbrannte. Ein geflohener Turmbläser brachte den Brauch nach Heusenstamm in Hessen, dort wird er bereits in der vierten Generation fortgeführt.

Ein weiterer Brauch ist die Pyramide. Es gab sie bereits im Mittelalter, und sie ist im Erzgebirge ein Symbol für das Weihnachtsfest. Bis ins 19. Jahrhundert galt sie als Markenzeichen für den Berliner Weihnachtsmarkt. Erst nach den Befreiungskriegen (1813 – 1815) setzte sich überall der Weihnachtsbaum durch. Die Bergleute im Erzgebirge empfanden die Pyramide als Form eines Pferdegöpels und stellten auf die Teller allerlei Figuren aus Holz: Die Heilige Familie, Ochs und Esel, Hirten und die Könige oder einfach Tiere des Waldes.

Die Weihnachtskrippe gab es bereits im Frühchristentum. Zuerst gab es nur das Jesuskind, in der Futterkrippe liegend, wie es im Lukasevangelium beschrieben wird, dazu kamen Ochs und Esel. Maria kam erst im Mittelalter hinzu, Josef noch später. Um 500 nach Christus gab es schon bildliche Darstellungen mit den drei Königen, die dem Kind Gaben bringen. Aus dem Ort, an dem die Krippe steht, schloss man, dass das Jesuskind aus den ärmeren Bevölkerungsschichten stammte, ebenso daraus, dass die frohe Botschaft erst die Hirten, die ja einen schlechten Ruf hatten, erfuhren. Im 17. Jahrhundert sind bildliche Darstellungen der Krippe aus verschiedenen Orten in Italien und Österreich belegt. Unter Maria Theresia wurden Krippendarstellungen in öffentlichen Räumen, vor allem in Kirchen, verboten, so auch in Salzburg. So blieben Krippen dem privatem Bereich vorbehalten. Als im 19. Jahrhundert Krippenfiguren seriell hergestellt wurden und vergleichsweise nicht zu teuer waren, konnten sich weniger Wohlhabende oder ärmere Kirchengemeinden eine Krippe leisten.

Das Aufstellen von „Krippen“, oft in ganzen Szenen, beginnt schon mit der Adventszeit und setzt sich mit den Heiligen Drei Königen am 6. Januar fort. Oft bleiben die Weihnachtskrippen bis zum Ende der offiziellen Weihnacht am 2. Februar stehen.

Mit Advent bringen wir Deutschen auch den Adventskranz in Verbindung und den Hausvater des Hamburger Rauhen Hauses Wichern, der Kinder und Jugendliche betreute, die aus ihren schlimmen häuslichen Verhältnissen herausgenommen wurden. Er legte großen Wert auf Freiheit, schulischen Unterricht, Berufsausbildung und vor allem Feiern. Für jedes neu aufgenommene Kind gab es eine große Feier. Das Kind wurde gebadet und erhielt neue Kleider. Die Erzieher hielten Kontakt zu den Eltern, es wurde darauf hingearbeitet, dass das Kind oder der Jugendliche wieder ins Elternhaus zurückkehren konnte, was aber nur selten, fast nie gelang. Wenn ein Jugendlicher mit 17 Jahren aus dem Rauhen Haus entlassen wurde, hatte er durch Wicherns Vermittlung eine Arbeits- oder eine Lehrstelle. Solche Jugendliche wurden aber weiter betreut, gehörten zur Familie. Während der Vorweihnachtszeit fragten die Kinder immer wieder, wann denn nun endlich Weihnachten sei; denn dann gab es Geschenke. So hängte Wichern 1839 ein mit Tannengrün umwundenes Wagenrad auf, auf dem 20 kleine rote und 4 größere weiße Kerzen befestigt waren. Jeden Tag wurde eine rote Kerze neu angezündet, an den Sonntagen eine weiße. So konnten die Kinder die Tage bis Weihnachten abzählen. Daraus hat sich der Adventskranz mit vier Kerzen entwickelt. Seit 1860 wird er aus Tannen hergestellt. 1925 gab es den ersten Adventskranz in einer Kirche in Köln, 1930 in München. Im katholischen Irland, wo es Adventskränze nur in Kirchen gibt, steht in der Mitte noch eine fünfte Kerze, die am Heiligen Abend angezündet wird.

Die Vermutung, dass es den Adventskranz schon vor Wichern gegeben hat, stützt sich auf ein Gedicht, in dem der Adventskranz beschrieben wird. Es wurde ursprünglich Matthias Claudius (1740–1815) zugeschrieben, stammt aber von seinem Urenkel Hermann Claudius (1878–1980).

Schließlich lässt uns der Adventskalender die Zeit bis Weihnachten verkürzen. Der erste stammt wahrscheinlich aus dem Jahr 1851. Vor allem Kinder haben einen Adventskalender, wo vom 1. bis 24. Dezember ein Türchen geöffnet wird, hinter dem ein Bild oder eine Süßigkeit versteckt ist. Thomas Mann erzählt in den „Buddenbrooks“, wie der kleine Hanno einen Abreißkalender, den ihm seine Amme gebastelt hat, bedient, vom 1. bis zum 24. Dezember, um sich auf Weihnachten zu freuen. Auch Erwachsene erfreuen sich an solchen Kalendern.

Ingrid Nowakiewitsch



Vier große und viele kleine Kerzen: Ein Wichern-Adventskranz

Bild: pa

Kassel – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Cafeteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenheim): Advents- und Vorweihnachtsfeier unter dem Motto „Mache dich auf und werde Licht“ mit Dorothea Deyß und ihrem Kleinen Chor. Die Ansprache hält Pfarrer. i.R. Alfred Scherlies.

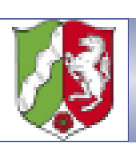
Wiesbaden – Sonnabend, 15. Dezember, 15 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35: vorweihnachtliche Feier mit Kaffee, Kuchen, Königsberger Marzipan, Kerzenschein, ein besinnliches Programm und nette Menschen. Mit Geschichten, Gedichten, Gesang, Musik sowie einer Ansprache von Pfarrer Erich Dorn wollen wir auf das Weihnachtsfest einstimmen. Zur Kostendeckung sind Geldspenden wünschenswert.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 21. Dezember, Hotel „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43, 49080 Osnabrück: Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dülken – Sonnabend, 15. Dezember, 14.30 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54: Treffen. In bekannter Weise wird für unser leibliches Wohl gesorgt. Für reichlich Kaffee und Kuchen erbitten wir einen Unkostenbetrag von 6,50 Euro pro Gedeck. Für Besinnlichkeit bei Kerzenschein und vertrauten Liedern wollen wir gemeinsam sorgen. Wie immer sind Gäste bei uns gerne gesehen und jederzeit herzlich in unserer Mitte willkommen.

Ihr Kommen stärkt die heimatliche Erinnerung und hilft unserer landsmannschaftlichen Ortsgruppe in Dülken. Ein geistliches Wort wird Pfarrer Roland Tendyck an uns richten.

Düsseldorf – Freitag, 14. Dezember: Stammtisch fällt wegen der Weihnachtsfeier am 19. Dezember aus. – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr (Beginn: 15 Uhr), GHH, Eichendorff-Saal: Adventsfeier der Memelländer. – Sonnabend, 15. Dezember, Herz-Jesu-Kirche, Roßstraße 79: Gottesdienst für alle Landsmannschaften. – Sonntag, 16. Dezember, 12 bis 18 Uhr: Ostdeutsche Weihnacht auf Schloss Burg. – Mittwoch, 19. Dezember, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), GHH, Eichendorff-Saal: Weihnachtsfeier bei Kaffee und Kuchen und mit gemeinsamen Singen. Mitwirkende: Düsseldorfer Chorgemeinschaft, Klaus-Peter Riemer, Flöte, und Miyuki Brummer, Klavier.

Wesel – Sonntag, 16. Dezember, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel: Weihnachtsfeier. Kaffee und Kuchen stehen für ein gemütliches Beisammensein bereit. Anmeldung umgehend bei Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657, oder bei Manfred Rohde, Telefon (02852) 4403.

Witten – Montag, 17. Dezember, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Weihnachtsfeier.

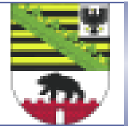
Wuppertal – Sonnabend, 15. Dezember, 14 Uhr, Rotter Kirche, Rödigerstraße 113, Wuppertal-Barmen: Adventsfeier. Bei Kaffee und Kuchen oder auch Brötchen wird weihnachtliche Musik im Wechsel mit Wortbeiträgen geboten. Gäste sind herzlich willkommen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 15. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Esche-Museum, Sachsenstraße 3: Weihnachtsfeier „Typisch Ostpreußisch“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 14. Dezember, 12 Uhr, Haus Altmark, Mieste: Weihnachtsfeier mit Programm.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 18

»Königsberger Wanderer«

Jörn Pekrul im Interview mit Bayern 2

Die Radiosendung „Eins zu Eins. Der Talk“ des Senders Bayern 2 nimmt sich Zeit für persönliche Gespräche. „Ereignisreiche Biografien, ungewöhnliche Berufe, spannende Einsichten oder Momente, die alles verändert haben. Erlebt und erzählt von Gästen, die etwas bewegen – ob prominent oder (bislang) unbekannt“, heißt es auf der Internetseite.

Im November wurde der „Königsberger Wanderer“, wie sich Jörn Pekrul selbst nennt, von Stephanie Heinzeller interviewt. Überschrieben ist die Folge mit „Gast: Jörn Pekrul, Seelsorger“.

Jörn Pekrul war gut mit Ruth Geede bekannt und ist auch den Lesern der „Ostpreußischen Familie“ ein Begriff. In Erinnerung wird das Bild der Skulptur Walthers von der Vogelweide geblieben sein. Das Denkmal wurde 1930 von Bildhauer Goerg Fugh geschaffen, verschwand und hat im Frühjahr 2017 wieder seinen ursprünglichen Platz im Königsberger Tiergarten eingenommen.

Pekrul, der seine aus Ostpreußen geflüchtete Mutter bis zu ihrem Tod gepflegt hat, bereiste die Heimat seiner Eltern erst 2010. Dort war er nicht nur von der Gastfreundschaft der Russen sehr beeindruckt, sondern fand auch ein Gefühl in sich selbst, das ihn mit der Stadt seiner Eltern verbindet. Pekrul entdeckt in Königsberg einen Ruhepol, den er nutzt,



Foto: Bayern 2

um die Belastung der, wie er selbst sagt, „Nachfluchtgeneration“ zu verarbeiten. Die Fluchterlebnisse der Eltern wirken auf ihre Kinder nach und auch sie müssen verarbeitet werden.

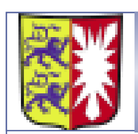
Bei seinen Reisen in die Ostpreußische Hauptstadt betreibt er so Seelsorge für sich selbst und für andere Königsberger, die zu alt sind, um selbst ihre Suche nach Hinweisen, Angehörigen oder Elternhäuser unternehmen zu können.

Pekrul hat das Interview mit der Bayern-2-Redakteurin sehr genossen. Ihm war es wichtig, seine Überzeugung zu betonen, dass „Heimatvertriebene Übermenschliches geleistet haben: Bei allem Totalverlust noch in der Lage gewesen zu sein, ein zerstörtes Rest-Land, das ihnen nicht sehr freundlich gesinnt war, wieder mit aufzubauen. Sie sind lebensfähig, empathiefähig und konstruktiv geblieben und haben ihren eigenen Kummer mit sich im Stillen ausgemacht. Es verdient eine Hochachtung, die man nicht stark genug ausdrücken kann.“

Die Radiosendung kann man als Podcast nachhören unter www.br.de/radio/bayern2/programmkalender/sendung-2163314.html oder über die Bayerns 2 App. Der Podcast wird bis November 2019 zur Verfügung stehen.

CRS

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Mit Wirkung vom 31. Dezember 2018 werden die Ostpreußische und Pommersche Landsmannschaften Flensburg aufgelöst und ab dem 1. Januar 2019 in die Vereinigten Landsmannschaften Flensburg e.V. übernommen. Winfried Brandes, Libellenring 30, 24955 Harrislee, Telefon (0461) 74816, nicht zwischen 12 und 13.30 Uhr, Mittagspause. – Freitag, 14. Dezember, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe: Weihnachtskaffeetafel mit Geschichten, Liedern und Gedichten aus der Heimat. Anmeldung bitte eine Woche zuvor an Hannelore und Winfried Brandes (siehe oben).

Gedenktafel

Ankunft der Heimatvertriebenen

An mehreren Bahnhöfen in Hessen sind in den vergangenen Jahren bereits Gedenktafeln zur Erinnerung an die Ankunft der deutschen Heimatvertriebenen vor mehr als 70 Jahren angebracht worden. Nun weist auch am ehemaligen Bahnhof in Gemünden (Wohra) eine solche Tafel auf die damaligen Ereignisse hin.

Je nach Größe und Kapazität der aufnehmenden Orte, waren die Vertriebenen entlang der Bahngleise waggonweise ausgeladen worden. Am 10. März 1946 erreichte ein Transport mit 1200 Heimatvertriebenen aus dem Riesengebirge das im damaligen Altkreis Frankenberg gelegene Gemünden. Gleiches galt für einen weiteren Transport mit 1200 Donauschwaben aus dem ungarischen Dombovar, der am 13. Juni desselben Jahres am Bahnhof ankam. Für diejenigen, die hier aussteigen mussten, hatte nach einwöchigem Lageraufenthalt und viertägiger Zugfahrt im Viehwaggon die Reise ins Unbekannte damit ein vorläufiges Ende gefunden. Die Angekommenen gehörten zu den insgesamt eine Million Menschen, die infolge des Zweiten Weltkriegs als Vertriebene und Flüchtlinge in Hessen aufgenommen wurden. Sie und ihre Nachkommen zählen zu den 30 Prozent der heute in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger mit einem Vertreibungshintergrund oder Aussiedlerschicksal.

Die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf dankte Otto Renner im Namen der Hessischen Landesregierung für seine Initiative und Bürgermeister Frank Gleim, der die Idee von Beginn an unterstützt hatte, sowie Horst Gömpel und Markwart Lindenthal für die Gestaltung der rein aus Spendengeldern finanzierten Gedenktafel. Es sei von Bedeutung, an die Vertreibung zu erinnern, denn „die Geschichte der 15 Millionen deutschen Heimatvertriebenen gehört zur Geschichte aller Deutschen;“ so ZieglerRaschdorf. *HMSI*



Bild: Thomas Hoffmeister

Einweihung der Gedenktafel am früheren Bahnhof von Gemünden (Wohra): Bahnhofseigentümer Klaus Obermann, BdV-Kreisvorsitzender Günter Krause, Bürgermeister Frank Gleim, Horst W. Gömpel, Otto Renner, Markward Lindenthal, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf und Johann Geigl (v. l.)

Majolika aus Cadinen

Ein Referat der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen in Hof

Cadinen [Kadyny] ist ein Ort in der Gemeinde Tolkemit [Tolkmikko], heute gelegen in der Woiwodschaft Ermland-Masuren – nordöstlich von Elbing am Frischen Haff an der Ostsee.

Das kleine Dorf Cadinen liegt am Rande des Naturparks Elbinger Höhen und gehörte dem letzten deutschen Kaiser Wilhelm II. Das barocke Schloss aus dem ausgehenden 17. Jahrhundert ist verfallen, soll aber in naher Zukunft von einem Privatinvestor restauriert werden. Ein Ausflugsziel ist heute noch das von Wilhelm II. begründete Gestüt, in dem bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vorwiegend Trakehner, aber auch Holsteiner gezüchtet wurden. Im südlichen Teil des Dorfes befindet sich ein besonderes Naturdenkmal: eine siebenhundertjährige Eiche. Sie hat einen Umfang von über zehn Metern und wurde nach Hans von Baysen benannt, einem berühmten preußischen Ritter und Staatsmann, der den Preußischen Bund in den Dreizehnjährigen Krieg (1454–1466) gegen den Deutschen Orden führte. Auf einer Anhöhe im Wald steht ein altes Franziskanerkloster mit Kirche. Lange Zeit eine Ruine wurde es in den letzten Jahren mithilfe von Spendengeldern von den Franziskanern wiederaufgebaut.

Als 1898 der verschuldete Braunsberger Landrat Arthur Birkner den Landsitz dem deutschen Kaiser Wilhelm II. überließ, baute dieser ihn zu seiner Sommerresidenz aus. Interessant an Cadinen waren für den Kaiser zunächst die großen Wälder rings um den Ort mit Steilküste zum Frischen Haff. Diese Wälder ließ der Kaiser sogleich unter Schutz stellen, um hier Jagden veranstalten zu können.

Bei Cadinen gab es aber auch umfangreiche Tonvorkommen. Dieser rotbraune, eisenhaltige Ton ließ sich zu feinen keramischen Arbeiten, der Cadiner Majolika, verarbeiten. Der Begriff „Majolica“ leitet sich von der Insel Mallorca ab, wo die maurische Keramikkunst einst in Blüte stand und von dort nach Italien ausstrahlte. Im 19. Jahrhundert verwendete man den Begriff ganz allgemein für bemalte und glasierte Kunstkeramik.

Um das Jahr 1900 herum kam die durch ihre leuchtenden Farben bekannte Majolika-Keramik in Deutschland in Mode. So entstand die „Königliche Majolika- und Terrakotta-Werkstatt“ in Cadinen.

In der Kaiserzeit bestimmte der Geschmack Wilhelms II, der sich an der griechischen Antike, der italienischen Renaissance, aber auch an der Neorenaissance und dem Jugendstil orientierte, die Formen und das Dekor der Keramik. Das Sortiment umfasste Bildnisreliefs, Büsten, Wand- und Prunkteller, Deckeldosen, Vasen, Wandschmuck, Tischlampenfüße und große Blumenkübel, die sich nur betuchte Kunden leisten konnten.



Cadinen: Schloss, aufgenommen im Jahr 1975, (unten) und eine Tonvase aus Cadinen (oben) Bilder (2): Archiv

Neben Keramikfiguren und Gebrauchsgegenständen wurde auch Bauwerkkeramik gebrannt. Die Kacheln im alten Hamburger Elbtunnel stammen aus Cadinen. Für die Gestaltung der Keramik stellten die Werkstätten Keramikkünstler ein. Ludwig Manzel, Max Bezner, Wilhelm Dietrich und Oswald Bachmann waren die bekanntesten unter ihnen.

Beispiele für das große künstlerische und handwerkliche Können der Cadiner Werkstätten findet man noch heute. In der Villa Patschkie in Danzig-Langfuhr sind Wandfliesen aus Cadinen im Stil der Neorenaissance aus der Zeit um 1910 erhalten geblieben. Sie schmücken das Portal zum Vestibül der Villa und sind mit Girlanden, Vasen und drei allegorischen Frauenfiguren verziert. Im Hamburger Hotel „Atlantic“ hängt ein mit Majolikafliesen gestaltetes zwei Meter hohes Wandporträt von Wilhelm II. Es stammt von Paul Heydel. Wer sich für die Keramik aus Cadinen interessiert und sich einen umfangreicheren Einblick in die Vielfalt der dort produzierten Keramik verschaffen möchte, sollte sich die ständige Ausstellung zu diesem Thema im Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg anschauen. Auch in der Abteilung „Flüchtlinge und Vertriebene in Hof“ des Hofer Museums Bayerisches Vogtland ist ein schönes Exemplar zu bewundern.

Das zweite wirtschaftliche Standbein in Cadinen war die Herstellung von Ziegelsteinen, die vor dem Ersten Weltkrieg (1914–1918) ein Verkaufsschlager waren. Zur Kaufmasse hatte auch eine Ziegelei gehört. Im Zuge der Modernisierung der Ziegelei und der Errichtung der Manufaktur für die Majolikaherstellung ließ Wilhelm II. neue Fabrikgebäude, Wohnhäuser, eine Schule, ein Postgebäude und eine Kirche errichten.

Die Architekten orientierten sich an der Architektur der Ordensburgen aus dem Mittelalter. Man spricht auch vom „Ordensland-Stil“. Die meisten der Häuser sind erhalten geblieben. Typisch sind die Verwendung von rotem Backstein und Fachwerkelemente, die die Fassaden auflockern. Viele der Häuser aus der wilhelminischen Zeit sind noch erhalten. Nur die neogotische Kirche brannte 1945 nieder.

Nach dem Ersten Weltkrieg musste sich die Manufaktur umorientieren. Die Keramikerzeugnisse waren Ladenhüter, vielleicht auch, weil sie mit dem Kaiser in Verbindung gebracht wurden. Der Retter aus der wirtschaftlichen Not hieß Wilhelm Dietrich. Der Keramikmaler und ab 1926 Direktor der Werkstätten stellte die Produktion auf Ofenkacheln um, die sich gut verkauften. Auch mit Nachbildungen von Prunköfen aus Danzig und Elbing erzielten die Cadiner Gewinn. Eine Marktnische bedienten sie in den 1930er Jahren mit der Herstellung von Tierfiguren: Falken, Eisbären, Pumas, Pferde und Löwen. Die Entwürfe stammten von den Keramikkünstlern Arthur Steiner, Heinrich Splieth, Max Bezner und Albert Hinrich Hußmann.

Erfolgreich waren die Cadiner auch nach 1918 mit der Ziegelproduktion. Die Grundlage dafür hatte der Kaiser bereits um die Jahrhundertwende gelegt. Eine Schmalspurbahn transportierte die Ziegelsteine zu einem kleinen Hafen am Haff, wo sie verschifft wurden. Nach dem Ersten Weltkrieg konnte die Ziegelei ihre Produktion steigern. Ein bedeutender Großkunde war die öffentliche Hand. Noch einmal stieg der Ausstoß von Ziegelsteinen während der Zeit des Nationalsozialismus an. 1938 waren in Cadinen zwei Ringöfen und zwei vollautomatische Strangpressen im Einsatz. Jeden Tag verließen 24 000 Ziegel und 6000 Dachpfannen das Werk.

Die Herstellung der Cadiner Majolika endete 1945. Die Einwohner des Ortes flohen vor der heranrückenden Front in Richtung Westen. Unter den Flüchtenden befand sich der Direktor der Majolika-Werkstätten, Wilhelm Dietrich, den es über Thüringen nach Pinneberg in Schleswig-Holstein verschlug, wo er 1961 verstarb. Die Ziegelei jedoch wurde von den neuen polnischen Bewohnern weitergeführt.

Christian Joachim

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Sie kam, sah und kaufte

Nach fünf Jahren der Sanierung ist Breslaus Oppenheim-Haus ein »open Heim«

Nun erstrahlt das Oppenheim-Haus am einstigen Blücherplatz [Plac Solny] in Breslau wieder im alten Glanze. Von der Bombardierung im Krieg verschont, wäre es dennoch untergegangen, gäbe es die Unternehmerin Viola Wojanowski nicht. Bei einem Spaziergang durch die Innenstadt las die in Berlin lebende Niederschlesierin eine Ausschreibung der Stadt für den Verkauf des bereits verfallenen Oppenheim-Hauses am Breslauer Salzmarkt. Die Geschäftsfrau erkannte sofort die perfekte Lage des Objektes und ahnte, dass dieses Haus etwas Besonderes und wie geschaffen für einen lebendigen Begegnungsort ist. „Sie war fasziniert von der Fassade, kaufte ohne das Haus gründlich besichtigt zu haben. Natürlich ahnte sie nicht, wie es um das Gebäude im Inneren aussah“, so Kama Wrobel, die nun im sanierten und seit Ende Oktober eröffneten „Op enheim“ für sein Programm zuständig ist.

Viola Wojanowski war bei der Investition keineswegs naiv, ihr Instinkt diktierte der Gründerin der Womak Holding, das Richtige zu tun. Ihre Holding baut große Einkaufszentren, allein in Breslau sind es vier, weitere befinden sich in Posen, Danzig, Allenstein und Rzeszow.

Wojanowski ist nicht ausschließlich Unternehmerin, sie ist Kunstsammlerin und unterstützt als Mäzenin Kunstprojekte. Das moderne Mäzenatentum erlernte sie in Berlin, wohin sie als Teenager in einer Nacht- und Nebelaktion floh. Im Glogau [Glogow] der 80er Jahre wollte sie nicht bleiben, zu eng wurde ihr die „ewig Piastische Bastion“, die zudem nicht einmal ihre Heimat war. Geboren und aufgewachsen ist Wojanowski in Ober Leschen [Leszno Gorne], Kreis Sprottau [Sprotawa]. In der polnischen Vogue erzählt sie von Deutschen, die nach Ober Leschen kamen, vor ihren Häusern standen und nicht hereingelassen worden seien, von einigen, die sich nicht trauten, aus ihren Autos zu steigen, und davon, wie schockiert sie war, als sie beim Schulausflug in Krakau alte Aufschriften auf Mauern und Schildern fand, die nicht in Deutsch sondern Polnisch waren. Alte Inschriften waren für sie bis dahin grundsätzlich in deutscher Sprache.

Diese Erinnerungen spielten für Wojanowski gewiss eine Rolle, wenn vielleicht auch unterbewusst beim Kauf bei der Gründung des „Op enheims“. „Sie wollte dem Haus seine Seele wiedergeben, an die einstigen Bewohner erinnern: Den Bankier Heymann Oppenheim, der das Haus kaufte und später der jüdischen Gemeinde schenkte, die Baroness Julie Cohn-Oppenheim, die den Enkel des Bankiers heiratete und eine Stiftung für Bedürftige in der jüdischen Gemeinde gründete oder an die Familie Herz, die 40 Jahre lang in Erdgeschoss ein renommiertes Schuhgeschäft führte“, so Kama Wrobel. Sie erklärt den Namen der im Oppenheim-Haus eingerichteten Kulturstiftung „Op enheim“ so: „Aus dem Namen Oppenheim haben wir das „p“ entnommen und durch eine Leerstelle aufgefüllt. So sind daraus zwei Wörter entstanden. Der leere Platz soll symbolisch Platz für die neue Geschichte des Ortes schaffen, denn wir möchten nun ein neues Kapitel in diesem mittelalterlichen Gebäude schaffen, um seine deutsch-jüdische Geschichte mit der heutigen zu ergänzen. Gleichzeitig liest man in unserem Namen die Worte ‚open‘ und ‚Heim‘, denn wir möchten ein offenes Haus sein.“



Prunkvoll historisch: Das Oppenheim-Haus (Mitte) nach seiner Sanierung durch eigens in Görlitz geschulte Handwerker Bild: CW

Die neue Geschichte, die das „Op enheim“ schreibt, spricht seit der Eröffnung in allen seinen Angeboten die drei Kulturen an. Eine Ausstellung des Bildhauers und Installationskünstlers Miroslaw Balka, Dozent an der Warschauer Akademie der Künste und Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, lädt bis Ende des Jahres zum Nachdenken über das Wort „Heimat“ ein. Anfang Dezember fand im Haus die „deutsch-polnische Woche“ statt, die von der Deutsch-Polnischen Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz Görlitz in Zusammenarbeit mit der Bente-Kahan-Stiftung Breslau und dem Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Breslau zum Thema: „Verschwundene Welten – Wiedergefundene Orte: Jüdische Lebenswelten in Breslau gestern und heute im Spiegel ihrer Denkmale“ durchgeführt wurde.

Chris W. Wagner

Herzog Barnim I. von Pommern

Pommerns Städtegründer zum 800. Geburtstag

Herzog Barnim I. von Pommern gehörte zu den herausragenden Vertretern des Greifenhauses. Er regierte nach der Herrschaft über Pommern-Stettin über 14 Jahre das gesamte Territorium des Landes, förderte die stärkere Besiedlung des ländlichen Raumes, ging als maßgeblicher Städtegründer in die Geschichte ein und gab letztendlich mit vielgestaltigen Maßnahmen „Pommern das Gesicht eines deutschen Landes“. Von seinem Ansehen, dass er deshalb im ganzen deutschen Reich genoss, zeugt ein überliefertes Lied des Dichters Rumelant von Sachsen.

Barnim wurde wohl im Dezember 1218 geboren. Er hatte zwei Schwestern und war der ersehnte Erbe der Herrschaft. Die wenigen Quellen, die über ihn berichten, haben unterschiedliche Geburtsdaten zwischen 1218 bis 1220. Martin Wehrmanns „Genealogie des pommerschen Herzogshauses“ von 1937 geht sogar von 1210 aus. Als Vater ist Herzog Bogislaw II. von Pommern-Stettin nachgewiesen, dessen Familie seit 1194 den Greifen im Wappen führte, was letztlich zur Bezeichnung „Greifengeschlecht“ führte. Als Mutter gilt die Prinzessin Miroslawa, Tochter des Herzogs Mestwin I. von Pommerellen. Nach dem frühen Tod des Vaters 1220 übernahm die verwitwete Mutter die Regentschaft und Vormundschaft über den minderjährigen Sohn, dem sie eine standesgemäße Erziehung angedeihen ließ. Das reichte von der Religion über die Ausprägung zum Ritter bis zur Aneignung geisteswissenschaftlicher Kenntnisse mit der Orientierung auf die Erfordernisse für das Herzogtum. Barnim I. zeigte sich offenbar sehr lernwillig und wurde von der stolzen Mutter ab 1226 anteilig in Regierungsmaßnahmen einbezogen. Schritt für Schritt wuchs der Greifensohn in seine Aufgaben hinein. 1233 bekam der Herzog dann von seiner Mutter die Zügel in die Hand. Er regierte fortan Pommern-Stettin. Sein Cousin Wartislaw III. regierte parallel Pommern-Demmin. Beide Pommernfürsten mussten schwierige Zeiten bewältigen. Ein Vorteil allerdings galt ab 1227. Die Dänenkönige hatten ab Waldemar I. die Oberhoheit über Holstein, Rügen-Mecklenburg sowie Pommern erlangt und waren bis zum nördlichen Estland vorgedrungen. Dagegen wehrten sich die deutschen Territorialfürsten des Nordens mit vereinten Kräften und siegten 1227 in der Schlacht bei Bornhöved.

Pommern konnte nach der Niederlage Dänemarks die dänische Vorherrschaft abschütteln. Dafür strebten nun die Markgrafen von Brandenburg aus dem Fürstenhaus der Askanier in Anhalt nach der Oberhoheit über Pommern. Die Askanier hatten Erfolg und wurden 1231 durch Kaiser Friedrich II. mit Pommern belehnt. Daraus resultierte der jahrhundertelange Konflikt mit Brandenburg und dessen Ansprüchen. Mit Folgen. Zuerst musste Wartislaw III. Zugeständnisse an die Askanier machen. Das reichte von der Überlassung umfangreicher Ländereien über die „Anerkennung der brandenburgischen Lehnshoheit“ bis zur Vereinbarung einer „Eventualsukzession Brandenburgs“, was die Übernahme von Pommern-Demmin im Fall eines söhnelosen Todes des Herzogs beinhaltete. Damit blieb Barnim I. als eigentlicher Erbe-Anwärter aus dem Greifenhaus zunächst außen vor. Gegen diese Gefahr zog er in der Folge alle Register. Letztendlich mit Erfolg. Außenpolitisch stand das regelrechte Tauziehen mit Brandenburg im Mittelpunkt. Innenpolitisch aber setzte er parallel verschiedene Schwerpunkte. Barnim I., zu dessen Herzogtum von Pommern-Stettin auch die gesamte Uckermark gehörte, betrieb die „deutschrechtliche Kolonisation“ seines Landes mit Nachdruck, holte Siedler ins Land und verlieh vielen dadurch wachsenden größeren Siedlungen in seinem Herrschaftsbereich die Stadtrechte auf der Grundlage des magdeburgischen oder lübischen Rechts. Die diesbezügliche Palette der neuen Städte reichte von Prenzlau im Jahre 1234, Stettin, Lassan, Gartz/Oder, Anklam und Stargard in Pommern über Altdamm, Greifenhagen sowie Pölitz bis nach Ueckermünde, Gollnow und Cammin 1274. Einige bis heute überlieferte Stadtrechtsurkunden des Herzogs enthalten auch seine Siegel. Zusammen mit Wartislaw III. erhob er zudem Wolgast, Stavenhagen und Wollin zu Städten. Barnim I. kurbelte damit die Wirtschaft an, verbesserte seine Einnahmen und förderte zudem die Bildung geistlicher Stifte. Hoch im Ansehen standen bei ihm die Zisterzienser, die Grünen des Mittelalters, die nicht nur beteten, sondern die Landschaft kultivierten und Erträge erwirtschafteten. Das galt für die Zisterzienserabtei Stettin und die Stiftsgründungen Marienfließ und Ueckermünde. Im Gefolge dieser Entwicklung verschwand die alte „slawische Kastellaneiverfassung“ endgültig aus der Rechtsordnung. Pommern bekam ein deutsches Gesicht.



Barnim I. mit seinen 3 Gemahlinnen aus dem Stammbaum der Greifen, von Cornelius Krommeny, 1598.

1250 wurde dann zur weiteren Zäsur. Unter dem anhaltenden Druck der militärisch überlegenen Askanier aus Brandenburg, die die Uckermark begehrten, ließ sich Barnim I. nach langen Verhandlungen auf ein Tauschgeschäft ein, das im Vertrag von Landin 1250 besiegelt wurde. Er trat die „Terra uckra“, das vormalige Gebiet der Ukranen und Retschanen bis zur Welse, Randow sowie Löcknitz an die Askanier ab und erhielt dafür „das halbe Land Wolgast“, das den Vertragspartnern zuvor als Mitgift zugefallen war. Barnim I. hielt so die südlichen Nachbarn von der Ostsee fern und erreichte als Vertragszugabe, dass die Askanier auf die „Eventualsukzession“ für den Fall vom söhnelosen Tod von Wartislaw III. verzichteten. Als dann sein Cousin 1264 tatsächlich söhnelos starb, konnte er ihn solchermaßen beerben und regierte in der Folge ganz Pommern, das unter ihm nach innen gefestigt wurde und nach außen gegenüber den Askaniern nach dem Vertrag von Landin sicherer war. Mehr noch. Barnim I., der nach dem frühen Tod seiner ersten Frau mit der Prinzessin Margarethe aus dem Welfenhaus der Braunschweiger Herzöge verheiratet war, wurde 1261 erneut Witwer. Jetzt heiratete er in dritter Ehe Mechthild, die Tochter des Markgrafen Otto III. von Brandenburg. Damit brachte er das Verhältnis zu den mächtigen Nachbarn im Süden in ruhigeres Fahrwasser. Ganz Pommern konnte sich fortan für einige Zeit ohne Bedrängnis konsolidieren.

Barnim I. blieb bis zuletzt voller Tatkraft, zeugte noch kurz vor seinem Tod in dritter Ehe seinen dritten Sohn und starb am 13. November 1278 bei einem Aufenthalt in Altdamm. Der Erneuerer und Städtegründer Pommerns fand seine letzte Ruhe in der Marienkirche von Stettin, Teil des von ihm begründeten Stiftes. Neben seiner Witwe und drei Töchtern hinterließ er aus drei Ehen drei Söhne. Bogislaw IV. als erster und ältester Sohn aus der ersten Ehe beanspruchte die Nachfolge. Zunächst mit Erfolg. Doch Witwe Mechthild beanspruchte für ihre beiden Söhne Barnim II. und Otto I. die Teilhabe an der Macht. Sie zog alle Register und wurde in ihrem Ansinnen wohl auch von Brandenburg unterstützt. Aus dem Machtkampf zwischen Bogislaw IV. und Witwe Mechthild wurde dann ein ausufernder Bruderstreit, der das noch vereinte Land Pommern innenpolitisch lähmte und erst nach dem überraschenden Tod von Barnim II. 1295 in eine friedliche Einigung einmündete. Sie beinhaltete die Zweiteilung des Herzogtums zwischen Bogislaw IV. und Otto I. – Witwe Mechthild wurde nach ihrem Tod 1316 neben ihrem Mann in der Stettiner Marienkirche bestattet.

1598 schuf Cornelius Krommeny ein Gemälde, das Barnim I. und seine drei Ehefrauen zeigt. Der Maler stammte aus den Niederlanden, fungierte ab 1574 unter Herzog Ulrich III. von Mecklenburg-Güstrow als Hofmaler und erstellte für seinen Herrn einen monumentalen Stammbaum des mecklenburgischen Fürstenhauses und auch das Barnim-Bild. Das aktuelle Wappen des Landkreises Uckermark erinnert an den Ursprung der Region mit Bezügen zu Pommern und Brandenburg. Es zeigt den brandenburgischen Adler und pommerschen Greifen.

Martin Stolzenau

Hell wie Mond und Sterne leuchtet meine Laterne

Der Stall in Bethlehem, die heilige Familie, die herbeigeeilten Hirten und Könige und der Esel faszinierten seit jeher viele Künstler. Auf ihren Gemälden ist die Krippe mit dem Jesuskind meist ein leuchtender Mittelpunkt. Nur, woher kommt das Licht, das die Weihnachtsszene so glänzend veranschaulicht? Durch das Dach, oder durch das Stallfenster dringt kein Lichtstrahl und der Weihnachtsstern diente nur den Heiligen Drei Königen als Wegweisung. Auffallend ist, dass fast alle Maler ihre Lichtquellen verheimlichen.

Der niederländische Maler Rembrandt veranschaulichte auf seinem Krippenbild eine alltägliche Szene. Ein Hirte bringt mit seiner Laterne Licht in die kärgliche Herberge. Die brennende Kerze in ihrer Schutzhülle verbreitet mit ihrem spärlichen Licht Wärme und Geborgenheit. Und alles sieht so friedlich aus.

Die um unsere Heimatstadt Bad Polzin gelegenen Dörfer hatten überwiegend keinen Stromanschluss. In den Stuben der Bauernhäuser brannten Petroleumlampen. In Küchen und Kammern hingen die einfachen Lampen, hinter deren Glaszylindern noch eine verschiebbare Metallscheibe angebracht war, die das Licht kräftiger erscheinen ließ. Die Glaszylinder mussten regelmäßig gesäubert werden, und dafür diente praktischerweise Zeitungspapier.

In der „Guten Stube“ stand die wertvolle Lampe, die mit einer matten Glasglocke versehen war und ein unvergessliches, warmes Licht ausstrahlte. Besondere Bedeutung hatten allerdings die Stalllaternen. Selbst in der Dunkelheit mussten die Tiere gefüttert und getränkt und über das Hofgelände noch Kontrollgang durchgeführt werden. Die Laterne hatte in den einzelnen Ställen ihren zentralen Platz und ihr Licht reichte aus, um die erforderlichen Arbeiten erledigen zu können.

Auch am Heiligen Abend mussten Bauern ihre Kühe und Pferde, Schweine und Schafe und das Federvieh füttern. Sicher gab es an diesem Feiertag den einen oder anderen Leckerbissen oder eine Sonderration für die Tiere, auf die an diesem Abend ein besonderer Lichtstrahl fiel.

Die Stalllaterne erfüllte in der Dunkelheit auch eine wichtige Funktion an den Pferdefuhrwerken. Sie wurde unten an der Hinterachse oder an überhängenden Transportteilen befestigt. Das Anbringen von Leuchten war schon damals Vorschrift, damit Automobile auf langsamer bewegliche Fuhrwerke rechtzeitig aufmerksam wurden.

Laternen sind eine Kombination aus einer selbstleuchtenden Lichtquelle und einem Wind- und Regenschutz. Die Geschichte dieser transportablen Leuchten reicht bis in das Mittelalter zurück. Anfangs bestanden die Seitenflächen der Laternen aus dünn geschabten Hornplatten oder noch früher aus aufwändig hergestellten Glasscheiben. In den „Lichtkäfigen“ wurden Kerzen, seltener kleine Öllampen entzündet.

Laternen spendeten den Menschen Licht in ihren Aufenthaltsräumen und Arbeitsstätten, leuchteten ihnen dunkle Wege aus und sicherten den Nachtwächtern ihren Rundgang. Diese Leuchten dienten den Seefahrern als Signal und halfen den Bergleuten bei ihrer schweren Arbeit unter der Erde.

Trotz aller moderner Leuchten, Lampen, Scheinwerfer, Spots usw. mit ihrem „künstlichen“ Licht, das alle Winkel taghell und noch greller ausleuchtet, brennen weiterhin die Kerzen und Öllampen in schlichten, kunstvollen und praktisch modellierten Laternen. Auch wenn in Städten Strom und nicht mehr Öl oder Gas die Energieträger sind, behält die altehrwürdige Laterne selbst mit einer Glühbirne ausgestattet ihre Bedeutung. Sie bleibt Mittelpunkt und Sinnbild für die Heimat, für Geborgenheit, für Erinnerungen und Seelenglück. Nach wie vor gesellen sich viele Menschen zu Laternenfesten. In fröhlicher Runde wird gespeist und getrunken, getanzt und musiziert und neben anderen Melodien auch ein Abendlied angestimmt.

Die „Laterne, die vor dem großen Tor steht“ und die Lale Andersen „beleuchtete“, stimmte sehr viele Menschen während der Kriegszeit besonders sentimental. Wir Älteren erinnern uns gern daran, wie wir als Kinder während der Adventszeit Laternen bastelten. Unsere „Kunstmodelle“ waren – und sie sind es heute noch – eine historische Nachempfindung der mittelalterlichen Laterne der Nachtwächter. Aus Pappe, buntem, transparentem Papier und Draht entstehen weiterhin durch Zuhilfenahme von Schere und Klebstoff die tollsten Modelle. Auf die Pappen werden Sterne, Tannen und Tiere gezeichnet und anschließend mühevoll ausgeschnitten. Eine Laternenseite wird als Tür gestaltet, um eine Kerze festkleben und später dann ihren Docht anzünden zu können. Das sich zuspitzende Dach der Laterne ist offen, damit entstehende Hitze keinen Brand auslösen kann. Voller Stolz und Andacht wird die Laterne an ihrem Drahtbügel getragen oder dekorativ aufgehängt.

Chinesen fertigten bereits vor 2000 Jahren die „Kong Ming“, ihre Himmelslaterne. Sie entspricht einem geöffneten, mit ca 1,5 m Höhe und 40 - 60 cm Durchmesser großen Sack aus Reispapier, der aufgrund seiner Leichtbauweise aufsteigt und schwebt. Dazu wird in dem Hohlkörper ein mit einer brennbaren Flüssigkeit getränkter Baumwollstoff angezündet. Durch das offene Feuer und durch das Erreichen größerer Flughöhen ist diese Himmelslaterne nachts über weite Entfernungen sichtbar. Mit diesem Ballon schicken die Chinesen ihre guten Wünsche auf Reisen und sehen in ihm ihren Glücksbringer. Zwei unterschiedliche Laternen, die unsrige, die wir als friedliche Lichtquelle betrachten und die fernöstliche, die zum Himmel aufsteigt, sind Symbole für eine festliche Advents- und Weihnachtszeit und Glücksboten für ein friedvolles Neues Jahr. Wenn wir Pommern in der Weihnachtszeit ein Licht anzünden, fliegen unsere Gedanken über weite Strecken in die Heimat, dorthin, wo damals unzählige Laternen in unseren Elternhäusern unseren Besitz, unsere Arbeitsstätten und Wohnungen ausleuchteten.

Helmut Wenzel, Gauerkow

Heimat auf Tellern

Von Honigkuchen, Weißen Pfeffernüssen, Mohnstollen und Granatsplittern

Tim Mälzer, TV-Koch und Buchautor sagt: „Essen ist wie Heimat auf dem Teller“

Wenn ich z.B. an Weihnachten denke, fallen mir nicht nur der gefüllte Gänsebraten und die Schlesische Bratwurst mit Sauerkraut und Kartoffelbrei ein, sondern ich erinnere mich an das eifrige Backen und Naschen zur Weihnachtszeit damals in Pommern.

So gab es schon Honigkuchen auf dem Blech und Weiße Pfeffernüsse an den Adventssonntagen. Aus Honigkuchenschnitten fertigten wir bis 1943 ein Hexenhäuschen an. Im Jahr 1944 fehlte dazu der viele Puderzucker als Klebemasse. Dafür gab es Granatsplitter, aber kein Hexenhäuschen mehr. Granatsplitter war ein Konfektersatz und wurde aus Haferflocken, Zucker und etwas Kakao gekocht. Den dicken Haferbrei kleckerte meine Mutter teelöffelweise gekonnt auf einen großen Teller und stellte ihn zum Trocknen in die Speisekammer. Da die Masse etwas zerlief, bekam sie zackige Spitzen. So ist der Name zu erklären. Mein Bruder und ich stiebitzten oft eine Zacke von diesem Kriegsrezept.

Für den Honigkuchen auf dem Blech waren keine großen Backkünste erforderlich. Es kam nur auf die richtige Menge Salz, Honig, Pfeffer, Muskat und Zimt an. Im Krieg wurde statt des Bienenhonigs häufig Kunsthonig und Sirup verwendet.

Einfach zu backen sind auch die Weißen Pfeffernüsse. Leider musste Ende des Krieges die Zuckermenge bei ihnen reduziert werde. Knapp wurden da auch die süßen Mandeln. Dennoch fehlten sie nie auf dem Bunten Teller in meiner Jugendzeit.

Ohne Mohnstollen gab es kein Weihnachtsfest. Dieses Hefegebäck wollte meine Mutter als Flüchtling im Schleswig-Holsteinischen Postfeld bei Preetz einer hilfsbereiten, einheimischen Bauersfrau zu Weihnachten 1949 schenken. Doch kein Kaufmann, weder in Preetz noch in Kiel, führte Mohn in seinem Backsortiment. Erst 2 Jahre später konnte sie ihr Geschenk der Bäuerin überreichen. Da hatten wohl inzwischen die vielen schlesischen, ostpreußischen und pommerschen Flüchtlingsfrauen bei den Holsteiner Kaufleuten zu häufig abschlägigen Bescheid erhalten, sodass sie sich erbarmten und den Mohn, sogar das ganze Jahr hindurch, als Backzutat ins Regal setzten. Nur der weiße Mohn, den die Schlesier so liebten, kam erst einmal nicht wieder. Heute kann man ihn im Reformhaus bestellen.

Hannelore Doll-Hegedo hat vor mehr als 30 Jahren ein Kochbuch mit Spezialitäten aus Pommern im Rautenberg-Verlag herausgegeben. Ihre Pommerschen Rezepte sind mit Anekdoten gewürzt. Alle angeführten Gebäcke bis auf die Granatsplitter sind hier zu finden.

Geschmackserinnerungen an Weihnachten sind im Gegensatz zum Löffel Lebertran, der gern von besorgten Müttern zur Winterszeit den Kindern in den Mund geschoben wurde, lustig, wenn auch ein wenig wehmütig im Alter.

Bei allen kulinarischen Erinnerungsgeschichten handelt es sich meistens um kleine Familiengeschichten aus einer bestimmten Landschaft.

Essen ist eben, wie Tim Mälzer sagt: „Heimat auf Tellern.“ Bei uns waren es die pommerschen Gerichte besonders in der Weihnachtszeit.

Brigitte Kleszewski

Politische Schluckbeschwerden

Zu: Aufstand der Fleißigen (Nr. 48)

Ein großer Teil der Medien in Deutschland will uns andauernd weismachen, dass es den „Gelbwesten“ in Frankreich noch immer ausschließlich um das Thema „Erhöhung der Spritsteuern“ geht. Dabei geht es doch wirklich inzwischen um mehr. Daher ist diese Protestbewegung durchaus verständlich.

Kein Verständnis muss man jedoch für die zunehmende Gewalt haben. Zumal jeder französischer Bürger von dieser Gewalt getroffen werden kann. Was aus meiner Sicht völlig fehlt, ist jemand, der bei den „Gelbwesten“ den „Hut“ auf hat. Warum gibt es in Deutschland keine ähnliche Protestbewegung, obwohl es hier ähnliche Probleme gibt?

In Deutschland fühlt sich jeder Bürger „reich“, solange er noch einen 50-Euroschein in der Tasche hat. Das wird ihm ja auch täglich eingeimpft. Der deutsche Bürger schluckt sehr lange alles, was ihm vorgesetzt wird. Was aber, wenn sich massive Schluckbeschwerden einstellen? Und es ist kein guter „Arzt“ vorhanden (und ein solcher ist auch derzeit nicht in Sicht)? Dann wird man auch in Deutschland seine „Schmerzen“ abreagieren.

Die Maßnahmen zur Linderung dieser Schmerzen können gewaltig ausfallen. Es gibt also keinen Grund, mit den Fingern auf Frankreich zu zeigen.

Peter Kröske, Hameln

Der letzte Kaiser

Zu: Ungarns Pendant zur deutschen Novemberrevolution (Nr. 43)

Oftmals wird an den Thronverzicht Kaiser Wilhelms II. erinnert, der sich im November zum 100. Mal jährt, aber selten erscheinen Veröffentlichungen über das Ende der k. u. k Monarchie Österreich-Ungarn, das ebenso 100 Jahre zurückliegt. Da in „Ungarns Pendant zur deutschen Novemberrevolution“ so fundiert auf dieses Ereignis eingegangen wird, ist eine kleine Korrektur zum Sterbeort Karls I. angebracht.

Zwar emigrierte die Kaiserfamilie nach der Absetzung in die Schweiz, aber nicht Karl I. verstarb dort, sondern seine Gemahlin, die Kaiserin Zita. Nach dem 1921 vorgenommenen zweiten vergeblichen Versuch Karls I., als ungarischer König Karl IV. die Krone zumindest für Ungarn wiederzuerlangen, wurde das Kaiserpaar von den Siegermächten auf die portugiesische Insel Madeira verbannt, wohin erst ein Jahr später dessen Kinder folgten. Karl I. verstarb am 1. April 1922 in der Inselhauptstadt Funchal. 2004 wurde der ehemalige Monarch von Österreich-Ungarn von Papst Johannes Paul II. seliggesprochen.

Nach mehreren Lebensstationen in Europa und Kanada kehrte Zita in die Schweiz zurück, wo sie am 14. März 1989 verstarb. Beigesetzt wurde Zita in der Kapuzinergruft in Wien.

Manfred Weinhold, Hamburg

Fatale Sogwirkung

Zu: Sinnvoller Vorstoß (Nr. 48)

Ich möchte es nicht noch einmal erleben, dass Quoten ausgefüllt sind oder jemand mit den falschen Papieren in der falschen Schlange steht. Mit den falschen Papieren wohlgemerkt. Die Verfolgten des NS-Regimes haben vieles verloren, oft genug das Leben, fast nie aber ihre Pässe und Ausweispapiere.

Irgendwelches Herumpfuschen am Asylrecht würde am Problem auch nicht das Geringste ändern und nichts verbessern. Das Problem sind die vielen zweifelsfreien und eindeutig illegalen Eindringlinge. Solange die ohne jede Voraussetzung oder Bedingung bleiben können und alimentiert werden, ganz egal wie verbrecherisch und gewalttätig sie sich hier aufführen, wird die Sogwirkung unseres Sozialsystems ungeschmälert fortbestehen.

Axel Berger, Köln



Bild: action press

„Es gibt ein Recht auf Auswanderung, aber kein Recht auf Einwanderung“: Gegen den Willen vieler ihrer Bürger stehen Politiker von Einwanderungsländern hinter dem UN-Migrationspakt

Ein Schlag gegen die Bevölkerung

Zu: Weitere Staaten gegen UN-Pakt (Nr. 47)

Der UN-Migrationspakt ist ein zweideutiger, verklausulierter Pakt mit Strategie und sogenannten vorgeschobenen Menschenrechten. Darin geht es um die Rechte und Ansprüche von Migranten, um deren Zugang zu sozialen Einrichtungen, um jegliche Zurückweisung, um Kontrollverzicht und schließlich um die Gleichstellung mit Einheimischen und eine unbegrenzte Einwanderung Illegaler aus Afrika und den arabischen Ländern.

Dieser globale Pakt – eigentlich eine halbdiktatorische Maßnahme – beschreibt die Gleichsetzung von politisch Verfolgten (Asyl) und diversen Wirtschaftsflüchtlingen und ist eine weitere Einschränkung der Souveränität und Sicherheit der europäischen Staaten und deren sozialen Frieden. Schon der Unterschied mit „soft Law“ (weiches Recht) ist eine Farce: Es gibt nur ein reales Recht.

Auch die Einbeziehung von NGO, sogenannter Asylindustrie und „interessierter Gruppen“ gibt zu denken, ebenso ein zu bildendes Überprüfungsforum (Art. 49) und schließlich im weiteren Verlauf diverse Verpflichtungen. Kein Wort von der Ausbreitung des Islam, der zunehmenden Kriminalität und ganz zu schweigen von einer anderen Kultur. Es gibt sicher ein Recht auf Auswanderung, aber kein Recht auf Einwanderung. Ja, jeder Staat muss selbst entscheiden, wen er ansiedelt.

Erstaunlich ist, dass dieser Pakt an der Öffentlichkeit vorbei beschlossen werden sollte. Das ist ein weiterer Schlag gegen die Bevölkerung. Im Interesse unserer Freiheit und Sicherheit, eigener Entscheidungsfreiheit, Souveränität und des Fortbestandes der Nationalstaaten ist dieser globale Pakt abzulehnen.

Günter Algner, Berlin-Tempelhof

Alles Fremdwörter

Zu: Nomaden degradiert (Nr. 46)

Ich möchte dem Autor zu seinem Beitrag gratulieren. Insbesondere im letzten Drittel hat er es verstanden die Dimension eines derartigen globalen Migrationspaktes deutlich, fundiert und klar darzustellen. Stichworte wie Produktivität, Rentensysteme, fortschrittliche Zivilisation und Naturräume Europas scheinen ja für unsere Eliten Fremdwörter zu sein. Natürlich hat der Autor völlig recht mit der Aussage, dass die Probleme Afrikas nur vor Ort gelöst werden können. Und das müssten auch jüngere Leute begreifen.

Alex Schnell, Steinau

Das heiße Denkmal-Eisen sollte man anpacken

Zum Leserbrief: Überfälliges nationales Denkmal (Nr. 43)

Es handelt sich bei dem Leserbrief um eine realistische und angemessene Darstellung zum Thema des „Verlustes der deutschen Ostgebiete und der Vertreibung von zwölf bis 14 Millionen Menschen“ in Verbindung mit der bis jetzt nicht verwirklichten Errichtung eines Denkmals hierzu im eigenen Lande.

Warum ist die Errichtung eines Denkmals in ureigener Sache immer noch ein heißes Eisen? Im Falle der verlorenen deutschen Ostgebiete und Vertreibungen wird immer darauf verwiesen, dass schließlich der Zweite Weltkrieg von deutschem Boden ausging – was niemand bestreitet.

Muss man aber aus falscher Rücksichtnahme immer noch ausblenden, welche Umstände letztlich dahin führten, wenn man mal mit 50 Jahren Vorgeschichte vor dem Ersten Weltkrieg beginnt?

Es gibt kaum Länder, die sich zum verbrecherischen Teil ihrer Geschichte so bekennen – und mussten – wie die Deutschen.

Bei jedem Kriegerdenkmal sollte europaweit nachträglich die Anzahl aller Gefallenen in den Sockel eingemeißelt werden, angefangen bei den napoleonischen Kriegen – es gäbe für Steinmetze viel zu tun. Hoffen wir, dass Europa dieses Mal wachsam bleibt und nicht wieder den falschen Flötenspielern hinterherläuft – es sind schon wieder genug unterwegs.

Wir Deutsche brauchen getrost niemanden zu fragen, wo und wann wir auf unserem Rest-Staatsgebiet ein Denkmal für verlorene Gebiete und deren Vertriebene aufstellen. Die Konturen von Deutschland haben sich bei den allabendlichen „Wetterkarten“, der nachgewachsenen Bevölkerung längst – wie auch beabsichtigt – eingeprägt. Mir kommt immer wieder dabei der ungeheure Preis in Erinnerung, den Deutschland bezahlt hat.

Wolfgang Saurenbach, Wuppertal

Fehlendes Mandat

Zu: Allen Anfeindungen zum Trotz (Nr. 42)

Selbstverständlich hatten die jüdischen Mitglieder der AfD das Recht, eine Interessengemeinschaft zu bilden. Der Zentralrat ist dagegen. Er vertritt aber nicht alle Personen jüdischen Glaubens und hat kein allgemeines politisches Mandat.

Mathias Wagener, Mannheim

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Vexierendes Bild

Zu: Nachruf auf eine schon zu lange Regierende (Nr. 42)

Ihr wieder sarkophagisches und vexierendes Bild der Kanzlerin ist erschütternd – und man weiß nicht, soll man dies auf verdientes Mitleid oder auf den Schaden beziehen, den sie verursacht hat, denn die Augen blicken ja auch noch scharf und offen.

A. Schanz, Overijse/Belgien

Mensch, ärgere Dich wieder

Der Computerindustrie zum Trotz – An Weihnachten haben Gesellschaftsspiele Hochkonjunktur

Zu Weihnachten erhalten Computerspiele Konkurrenz – von den guten alten Brettspielen. Im gemütlichen Wohnzimmer spielt die Familie nicht nur Klassiker wie „Mensch ärgere dich nicht“ oder „Monopoly“. Man verlangt Neues.

Während die Zahl der Computerspiel-Süchtigen zunimmt, erweist sich der Markt der Gesellschaftsspiele enorm stabil. Diese haben also keineswegs an Attraktivität verloren. Nach wie vor gehört das Spielerlebnis mit persönlich anwesenden Mitspielern zu den beliebten Freizeit-Aktivitäten.

Gesellschaftsspiele sind deshalb als Weihnachtsgeschenk weiterhin ein guter Tipp. Bei der Fülle an Angeboten kann dem potenziellen Weihnachtsgeschenke-Einkäufer jedoch ohne Weiteres schwindelig werden. Fast 10 000 Spiele sind auf dem Markt. Wie soll man da eine Entscheidung treffen? Zu den Klassikern unter den Spielen, die Jahr für Jahr zu den beliebtesten Spielen gehören, zählen „Monopoly“ gefolgt von „Mensch ärgere Dich nicht“ und das Kartenspiel „Rommé“. Mit diesen Spielen unter dem Weihnachtsbaum kann man nichts falsch machen – sofern sie nicht bereits vorhanden sind.

Eine Auszeichnung ist es, wenn ein Spiel den Titel „Spiel des Jahres“ erhält. Spiele, die auf diese Weise den Ritterschlag erhalten haben, erweisen sich oft als langlebig und dauerhaft beliebt. Dazu zählen unter anderem „Die Siedler von Catan“, die 1995 Spiel des Jahres waren. Aber auch „Carcassonne“ (2001), „Keltis“ (2008) und „Codenames“ (2016).

In diesem Jahr schaffte es das Spiel „Azul“, sich den Titel „Spiel des Jahres“ zu sichern. Wer gerade ein Haus gebaut hat, wird vielleicht nicht begeistert sein von der Idee, Kacheln zusammentragen zu müssen, um den Palast des Königs Manuel I. zu dekorieren. Allen anderen bereitet es Freude, die unterschiedlich gestalteten 3D-Fliesen, die an Wandschmuck in südlichen Ländern wie Portugal und Spanien erinnern, auf seinem Spielbrett anzuordnen.

Die Aufgabe des Spiels lautet: Die besten Fliesen zum richtigen Zeitpunkt aus den Manufakturen zu erhalten und seine Flächen gekonnt zu kacheln. Mit schicker Optik und interessantem Spielaufbau, der sich in verschiedene Phasen gliedert, ist das Spiel reizvoll und trotzdem nicht zu kompliziert. Gedacht ist es für zwei bis vier Mitspieler ab acht Jahren.

Für die gleiche Altersgruppe eignet sich „The Mind“. Das kooperative Kartenspiel setzt ganz auf die menschliche Intuition. Im Mittelpunkt steht hier das Ausspielen von Zahlenkarten in aufsteigender Folge. Zu früh gespielte Karten kosten Punkte für das Team. Was erst einmal schlicht und wenig aufregend klingt, ist mit etwas Übung ein sehr frisches und fröhliches Erlebnis-Spiel. Am Ende stellen die Mitspieler fest, dass das Prinzip Intuition funktioniert – die Teams kommen ohne Absprachen und Gesten aus und können trotzdem erfolgreich an einem Strang ziehen.

Wer immer schon davon geträumt hat, wie Miraculix bei den Geschichten von Asterix und Obelix einen Zaubertrank zu brauen, wird das Spiel „Die Quacksalber von Quedlinburg“ lieben. Ungewöhnliche Zutaten, die durch das Zufallsprinzip ermittelt werden, bringen unterschiedliche Tränke hervor. Doch nicht alle Inhaltsstoffe sind unbedenklich. So können Knallerbsen den Kessel explodieren lassen, in dem der Trank gebraut wird. Wer seine Zaubertränke jedoch fertigstellt und sie verkauft, kann neue Zutaten erwerben und bessere Tränke brauen. Das Spiel ist für zwei bis vier Spieler ab zehn Jahren geeignet und kann auch in der Familie für viel Spaß sorgen.

Ein Abenteuer steht im Mittelpunkt des Spiels „Luxor“. Wie die Jäger des verlorenen Schatzes macht man sich hier auf, um in einem altägyptischen Tempel Statuen, Schmuckstücke und andere Schätze zu sammeln. Natürlich gibt es Regeln dafür, wann die Gegenstände mitgenommen werden dürfen. Deshalb muss der Spieler einen Plan haben. Wer es besonders schnell schafft, sich in die Mitte des Grabmals vorzuarbeiten, kann sich den Sarkophag sichern. Gespielt wird mit Handkarten, von denen jeweils nur die äußeren ausgespielt werden dürfen. Eine schöne Kombination von Karten- und Brettspiel.



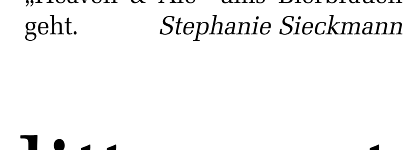
Ausgezeichnetes Spiel: Das Gesellschaftsspiel „Azul“ ist „Spiel des Jahres 2018“ Bild: Pegasus Spiele

Ein Spiel für Kinder, das in diesem Jahr auf den Markt gekommen ist und für das Spiel des Jahres nominiert wurde, ist „Emojito“. Hierbei geht es darum, Emotionen darzustellen, sodass sie von den übrigen Mitspielern erraten werden können. Gedacht für Kinder ab sieben Jahren, können zwei bis 14 Mitspieler sich darin üben, Gefühle darzustellen und zu erraten. Mimik und Geräusche sind dabei die einzig erlaubten Mittel, um Neugier, Wut oder Angst zu zeigen.

„Funkelschatz“ ist das Kinderspiel, das 2018 die Auszeichnung „Kinderspiel des Jahres“ bekommen hat. Hier steht ein Drachenvater im Mittelpunkt, der mit seinem Feueratem das Eis schmelzen lässt, damit seine Drachenkinder die im Eis verborgenen funkelnden Steine finden können. Es geht bei diesem Spiel darum, die meisten Funkelsteine zu sammeln. Gefragt sind Taktik und Fingerspitzengefühl. Denn die Eissäule wird Ring für Ring abgetragen, wobei funkelnde Steine ins Purzeln kommen. Geeignet für zwei bis vier Kinder ab fünf Jahren, will dieses Spiel neben allem Spaß auch ein klein wenig die Motorik schulen.

Und hier noch ein kleiner Tipp für den Einkauf von Weihnachtsgeschenken: Nach einer Studie des Unternehmens Splendid Research spielen 38 Prozent der Befragten im Alter zwischen 30 und 39 Jahren häufig Brettspiele. Bei der Studie wurde eine bevölkerungsrepräsentative Quotenstichprobe von in Deutschland lebenden Personen zwischen 18 und 69 Jahren erstellt. Fazit: Nicht nur die Kleinen lieben Spiele. Da wundert es nicht, dass es beim 2018 erschienenen Spiel „Heaven & Ale“ ums Bierbrauen geht.

Stephanie Sieckmann



»Stille Nacht« in Endlosschleife

Ein Lied reist um die Welt: Es gibt keinen Song, für den das mehr zutrifft als für das Weihnachtslied „Stille Nacht, heilige Nacht“. Am Nachmittag des 24. Dezember vor genau 200 Jahren vertonte Franz Xaver Gruber den damals zwei Jahre alten Text seines Freundes Joseph Mohr, um das Werk noch am selben Abend in Oberndorf bei Salzburg erstmals gemeinsam aufzuführen.

Was keiner ahnen konnte: Die eingängige Melodie sollte zu einem Welthit werden, der bis heute in über 300 Sprachen und Dialekten von etwa 2,5 Milliarden Menschen jedes Jahr zu Weihnachten gesungen wird. Weltbekannt machte das Lied Bing Crosby durch seine Weihnachts-Radiosendung 1934: Die Aufnahme wurde zur drittmeist verkauften Musikplatte aller Zeiten. Seit dem Jahr 2011 gehört „Stille Nacht“ zum immateriellen Kulturerbe der Menschheit.

Der populäre Stoff inspirierte seit 1910 verschiedenste Regisseure zu einer ganzen Reihe mitunter recht bizarrer Filme, an denen sich Deutsche, Schweizer, Österreicher, Italiener und US-Amerikaner abarbeiteten. So einfach die Melodie, so schwierig ihre cineastische Umsetzung. Im Jubiläumsjahr hat Servus TV in Kooperation mit Arte und dem Bayerischen Rundfunk in einer Mischung aus Musikfilm und erzählerischer Dokumentation einen neuen Versuch unternommen: 55 Minuten „Stille Nacht“ in der Endlosschleife, mal gesungen, mal instrumental, mal als Hintergrundmusik, mal als grandiose Solopartie, jeweils in der Muttersprache der Interpreten.

Bild: MoonlakeEntertainment

Ein Hit wird geboren: Gruber komponiert „Stille Nacht“

Geschickt verweben sich die Variationen des Liedes mit weihnachtlichen Blicken auf Orte seiner Entstehungs- und Verbreitungsgeschichte, allen voran Salzburg, aber auch New York, London, Paris oder Jerusalem. Internationale Stars aus Pop und Klassik wie Joss Stone, Kelly Clarkson, Rolando Villazón, Anggun, Lina Makhoul, die Wiener Sängerknaben sowie das Mozarteumorchester Salzburg stellen dazu überzeugend herzerwärmend ihre eigenen Versionen von „Stille Nacht“ exklusiv vor.

Endgültig vom Hoffnungs- zum Friedenslied wurde „Stille Nacht“ durch das gemeinsame Singen des Liedes quer über die Schützengräben und die anschließende Verbrüderung der feindlichen Soldaten 1914 an der Westfront. Zur digitalen Bearbeitung der aufwendigen Nachstellung dieses „Weihnachtswunders“ wurde Robin Aristorenas mit ins Team geholt, der unter anderem für die Fernsehserie „Game of Thrones“ digitale Effekte kreierte. Durch den gesamten Film führt Burgschauspieler Peter Simonischek, der die ungewöhnliche Geschichte des Liedes einfach märchenhaft erzählt.

Helga Schnehagen

Sendetermine: Arte, Sonntag, 16. Dezember um 17.35 Uhr; Montag, 24. Dezember um 6.15 Uhr; BR, Dienstag, 18. Dezember, um 22.00 Uhr; Servus TV, Sonntag, 23. Dezember um 20.15 Uhr.

Holland „on Ice“

Niederländische Handelsstädte bieten vorweihnachtliche Aktionen

Ein Charles-Dickens-Straßentheater, ein Eisskulpturenfestival und Schlittschuhbahnen: Neben den gewöhnlichen Weihnachtsmärkten bieten die niederländischen Hansestädte besondere Winteraktivitäten an. Es handelt sich um einen Verbund von neun Städten, die im 14. und 15. Jahrhundert eine Handelsunion gründeten, welche zu enormem Wohlstand und Reichtum führte. Dieses reiche Geschichtsgut ist stets noch zu erkennen in den Städten Deventer, Doesburg, Elburg, Harderwijk, Hasselt, Hattem, Kampen, Zutphen und Zwolle. Im Laufe der Zeit hat jede ihren eigenen Charakter entwickelt.

Über 950 Figuren aus den berühmten Geschichten des britischen Autors werden beim Dickens-Fest in Deventer am 15. und 16. Dezember von 11 bis 17 Uhr zum Leben erweckt und sorgen im historischen Stadtzentrum für Weihnachtsstimmung: von Scrooge zu den Christmas Carol Singers, von Waisenkindern bis hin zu Büroschreibern und Oliver Twist. Die Veranstaltung lockt jedes Jahr über 125 000 Besucher an, und der Eintritt ist kostenfrei.

Im Zeichen des bevorstehenden Weihnachtsfestes verwandelt sich die Altstadt Kampen am 22. und 23. Dezember in ein weihnachtliches Straßentheater, welches jährlich rund 90 000 Besucher anlockt. Neben zahlreichen Theatervorführungen werden diverse typisch niederländische Köstlichkeiten serviert. An beiden Tagen lassen Chöre von 16 bis 21 Uhr stimmungsvolle Weihnachtslieder erklingen.

Eine Stadtführung mal anders: Unter dem Titel „Winters Dagje Zutphen“ (Wintertag in Zutphen) präsentiert das Touristeninformationsbüro Deventer ein winterliches Programm. Dieses besteht aus vier Abschnitten: Die Tour startet mit einer historischen Pferdekutschenfahrt mit einem Stadtführer, der die Besonderheiten der Stadt Zutphen vermittelt. Gegen Mittag genießen die Teilnehmer eine Terrine Erbsensuppe im Lokal „Volkshuis“. Der Höhepunkt ist die anschließende Besteigung des Weinhausturms. Bei besten Aussichten auf die Stadt spricht der Stadtführer über die Geschichte des Turms und des Glockenspiels. Zum Abschluss wird jedem Teilnehmer der Tour ein Glühwein oder eine Tasse Heiße Schokolade im Weinhausturm offeriert.



Bild: Ronald Hissink

Geizhals in der Hansestadt: Dickens-Festival in Deventer

„Harderwijk auf Eis“ lautet der Titel einer jährlichen Veranstaltung, die zum siebten Mal Publikum jeden Alters zum Schlittschuhlaufen einlädt. Im Zentrum von Harderwijk ist für fünf Wochen eine Eisbahn installiert. Die Schlittschuhe können für nur einen Euro gemietet werden. Während die Kinder ein paar Eisbahnrunden drehen, können sich Eltern und Großeltern im temporären Eisbahn-Restaurant einen Snack genehmigen. Jeden Freitagabend findet außerdem eine Musikdisko auf dem Eis statt.

Das Thema des niederländischen Eisskulpturen-Festivals lautet: „World famous stories“. Die besten Eiskünstler aus der ganzen Welt versammeln sich in Zwolle, wo sie in einer 1200 Quadratmeter großen Tiefkühlhalle mit 275 000 Kilogramm Eis und Schnee glitzernde Themenwelten erschaffen. Spezialeffekte mit Licht, Ton und Projektion untermalen die Kunstwerke. Die Ijsselhallen werden in den Weihnachtsferien in ein Winterwunderland verwandelt. Die beheizten Hallen sind in Winteratmosphäre mit passender Gastronomie eingerichtet, und für die Kleinen wird ein spezielles Winterparadies kreiert. Jetzt fehlt nur noch der Schnee.

Andreas Guballa

Informationen zu allen Veranstaltungen in den niederländischen Hansestädten im Internet unter: www.holland-hanse.de

Eilige Schlittenpost

Die Weihnachtspostfiliale in Himmelpfort

Statt in einem Schlitten kommt der moderne Weihnachtsmann mit einem gelben Bobschlitten angeflogen. Begleitet von der Olympiasiegerin im Zweierbob Mariama Jamanka, rauschte der Weißbart ins Brandenburger Himmelpfort nördlich von Berlin die Dorfstraße entlang und landete genau vor der dortigen Weihnachtspostfiliale.

Bis zum Heiligabend werden in der Postfiliale, die sehr weihnachtlich geschmückt ist, nun alle eintrudelnden Wunschzettel beantwortet. Da bisher bereits 11 770 Briefe ankamen und es sicher noch viel mehr werden, benötigt der Weihnachtsmann von der Post Unterstützer. 20 Helferinnen sitzen in Engelsgewändern um einen gemütlichen Tisch herum und schreiben allen Kindern einen Antwortbrief.

Wer bis zum dritten Advent seinen Wunschzettel dort hingeschickt hat, bekommt sicher eine Antwort. Wichtig ist, dass jedes Kind den eigenen Absender nicht vergisst, damit die Engelshelferinnen auch wissen, wohin die Antwort geschickt werden soll. Die Adresse lautet: An den Weihnachtsmann, Weihnachtspostfiliale, 16798 Himmelpfort.

Der Brief eines Kindes aus Südafrika hat in diesem Jahr bisher den weitesten Weg zurückgelegt. Große Kinder wünschen sich häufig Smartphones oder Tablet-Computer, die kleineren schreiben Puppen, Lastwagen, Raumschiffe und Autos auf ihre Wunschliste.

Jamanka ist nun wieder im Trainingslager in Kanada, um bei den kommenden Sportwettkämpfen fit zu sein. Der Weihnachtsmann in Himmelpfort begrüßt Besucher bis Heiligabend von Dienstag bis Sonntag in der Weihnachtspostfiliale und freut sich, die Kinder persönlich kennenzulernen.

Insgesamt verfügt die Deutsche Post über sieben Weihnachtspostfilialen, wovon die im Dörfchen Himmelpfort nach Anzahl der Briefe die größte ist. Insgesamt kamen im letzten Jahr in allen sieben Postämtern 550 000 Wunschzettel aus aller Welt an.

Silvia Friedrich



Gelber Flitzer: Olympiasiegerin Jamanka schiebt den Weihnachtspostboten an

Bild: Friedrich

Aufstieg der Riesen Asiens – Indien und China

Ein neues Buch „China und Indien im regionalen und globalen Umfeld“ von Michael Staack und David Groten von der Universität der Bundeswehr in Hamburg analysiert die zunehmend wichtige Rolle beider Länder in der Weltpolitik

In diesem Jahr hatte, wohl auch wegen der US-Zölle auf chinesische Produkte, Indien erstmals ein stärkeres Wachstum als China. Die drittgrößte Volkswirtschaft Asiens hat im ersten Quartal 7,7 Prozent zugelegt, China nur 6,8 Prozent. Die Volksrepublik China ist zwar noch, mit einer Bevölkerung von zirka 1,382 Milliarden knapp vor Indien mit etwa 1,31 Milliarden Einwohnern, das bevölkerungsreichste Land der Erde, aber in den nächsten fünf bis zehn Jahren wird Indien China auch in diesem Wettkampf überholen. Beide Staatschefs, Narendra Modi und Xi Jinping, wollen den früheren Glanz und die Macht ihrer Staaten in den vergangenen Jahrhunderten und Jahrtausenden wie-derherstellen. Der Inder setzt dabei bewusst auch auf das chinesische Modell und nicht auf das westliche, obwohl Indien eine parlamentarische Demokratie und China eine kommunistische Marktwirtschaft ist.

Seit dem Wahlsieg von Indiens Premier Modi und seiner hinduistischen nationalistischen Partei hat sich die Wirtschafts- und Außenpolitik Indiens, kaum bemerkt von der Weltöffentlichkeit, radikal geändert. Beide Riesen Asiens befinden sich in einem Aufstieg und in einem Wettkampf. Während Modi allerdings noch um die Modernisierung kämpft, hat die chinesische Führung unter Xi Jinping bereits die globale Führungsrolle im Blick.

Die Erde erlebt nicht erst seit dem Wahlsieg von Donald Trump weitgehende politische und wirtschaftliche Machtverschiebungen. China wird in politischer und wirtschaftlicher Sicht immer stärker, seine militärische Macht wird zunehmend kritisch betrachtet. Aber auch Indien darf nicht aus dem Blickwinkel geraten, das aufrüstet, weil sein Verhältnis zu seinen muslimischen Nachbarn Pakistan und Bangladesch zunehmend konfliktträchtiger wird. Zahlreiche Territorialkonflikte in der asiatischen Region sind ungelöst. Sicherheitspolitische Kooperationen, die hier ausgleichend wirken könnten, wie das Nordatlantische Bündnis sind nicht in Sicht. Mit seinen Ausführungen wolle das Buch „China und Indien im regionalen globalen Umfeld“ zu einer sachbezogenen Debatte über die geopolitische Problemregion beitragen, schreiben die Herausgeber in der Einleitung.

Bis zum 100. Geburtstag der Volksrepublik China 2049 lautet das Ziel, die „Wiederbelebung der chinesischen Nation“ als Land der Mitte, nicht Asiens, sondern der Welt. Das Neue China versucht seit Jahrzehnten als Wirtschafts- und Handelsmacht in Asien, Afrika, Lateinamerika, Australien und Europa seinen Einfluss zu erweitern. China hat als größte Exportmacht der Welt inzwischen die USA überholt. Mit dem transkontinentalen Infrastrukturprojekt der Neuen Seidenstraße hat sich China ein Jahrhundertprojekt in ökonomischer und politischer Hinsicht vorgenommen. Auf neuen Land- und Seewegen sollen bisher unbekannte Absatzmärkte erschlossen werden.

Das »Reich der Mitte« erneuern

Im letzten Buchbeitrag versucht Heinz Nissel die Frage zu beantworten, ob Indien zum neuen asiatischen Wachstumsmotor wird. Modis Reformprogramm, „Modinomics“ genannt, ist das größte seit der Erlangung der Unabhängigkeit. Es hat das Potenzial, Indien auf dem Weg der Modernisierung ganz nach vorne zu katapultieren. Nissel nennt Modi, nach den Staatsgründern Gandhi und Nehru, als eine der bedeutendsten Führungspersönlichkeiten Indiens seit Jahrzehnten. Einen Nachteil hat das demokratische Indien gegenüber China, wo Projekte vom Staat nötigenfalls mit Gewalt durchgesetzt werden können. China und Indien werden die globale Zukunft der Erde mitgestalten. China ist dabei viel weiter als Indien, das aber stark aufholt.

Leider fehlt in dem Buch eine Analyse des komplizierten Verhältnisses der beiden Länder. Die Herausgeber Michael Staack und David Groten lehren an der Helmut-Schmidt-Universität /Universität der Bundeswehr, in Hamburg. Beide Herausgeber sind auch Autoren.

Bodo Bost



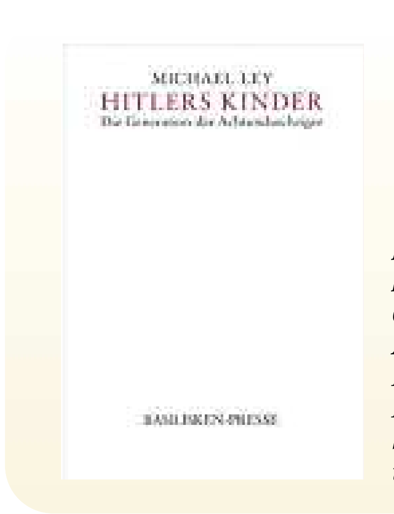
***Michael Staack /David Groten. (Hrsg.): „China und Indien im regionalen globalen Umfeld“**, Verlag Barbara Budrich, Opladen 2018, gebunden, 196 Seiten, 36 Euro*

Unterschätzte Gefahr

Welche verheerenden Auswirkungen die Ideologie der 68er haben kann, erleben wir heute in vielerlei verschiedenen Situationen – schließlich sitzt diese Generation nun überall an den Schalthebeln der Macht. Trotzdem unterschätzen immer noch viele Menschen, wie gefährlich die Situation hierdurch mittlerweile geworden ist. Deshalb kann man es nur begrüßen, wenn entsprechende Aufklärungsschriften erscheinen wie jetzt „Hitlers Kinder“, geschrieben von dem Wiener Soziologen und Politikwissenschaftler Michael Ley.

Die schmale, aber äußerst reflektierte und dadurch inhaltsschwere Broschüre bietet eine absolut schonungslose Analyse des Denkens und der Ziele der 68er. Die Kernaussage lautet dabei, dass es sich hier um eine genauso totalitäre, größenwahnsinnige und nihilistische Bewegung handele wie beim Nationalsozialismus. Außerdem, so Ley weiter, seien die 68er auch Rassisten – allerdings im sehr viel umfassenderen Rahmen: Während der „Führer“ und seine Anhänger danach getrachtet hätten, das Judentum zu vernichten, gehe es „Hitlers Kindern“, also den „antifaschistischen Faschisten“, um die Eliminierung der weißen Rasse insgesamt bei paralleler Auslöschung der christlich-abendländischen Kultur. Diesem und keinem anderen Zweck diene das Konzept des Multikulturalismus sowie die von den 68ern vorangetriebene Islamisierung der westlichen Gesellschaft. Der „Migrations-Tsunami“ sei also gewollt – wie auch der daraus resultierende „demographische und zivilisatorische Tod“ der angestammten Bevölkerung unseres Kontinents infolge der immer irrsinnigeren Vergötterung des „neuen Erlösers“ namens Immigrant.

Wolfgang Kaufmann



***Michael Ley: „Hitlers Kinder. Die Generation der Achtundsechziger“**, Basilisken-Presse, Marburg 2018, , broschiert, 62 Seiten, 13,50 Euro.*

Fromme Wünsche

Anselm Grün, ein Benediktinerpater, hat in „Möge der Engel der Weihnacht bei dir sein“ das gemacht, was er am besten kann. Er gibt Menschen einen Hinweis auf das Wirken Gottes und lässt sie über eine Umkehr nachdenken.

In der Weihnachtsgeschichte ist häufig die Rede von Engeln. Maria erscheint ein Engel, der ihre Schwangerschaft verkündet, Josef erscheint ein Engel im Traum, die Hirten bekommen die frohe Botschaft von der Geburt des Heilands durch einen Engel mitgeteilt. All diesen Engelserscheinungen, die Grün einzeln aufführt und in einer anderen Schriftfarbe einen Wunsch anfügt, stellt er ein Negativbeispiel voran. Der rationale Zacharias nimmt die Botschaft des Engels zunächst nicht an, weil sein Verstand Argumente dagegen aufzeigt.

Dieses kleinformatige Büchlein ist ein schönes Geschenk für einen gläubigen Christen, ob zu Weihnachten oder zwischendurch.

Christiane Rinser-Schrut



***Anselm Grün: „Möge der Engel der Weihnacht bei dir sein“**, Vier-Türme-Verlag, Münsterschwarzach 2018, gebunden, 51 Seiten, 12 Euro*

Kurzweiliges für lange Wintertage

Wenn die Landschaft draußen mit einer weißen Decke überzogen ist, macht man es sich gerne im warmen Zimmer gemütlich. Das kuschlige Zusammenrücken bereitet jedoch noch mehr Freude, wenn einem eine hübsche Geschichte vorgelesen wird oder man sich selbst in ein Buch vertiefen kann.

Im Winterlesebuch aus dem Herder Verlag „Winter. Das große Lesebuch für die ganze Familie“, herausgegeben von Ulrike Schrimpf und luftig zart illustriert von Lisa Manneh, kann man die Kälte draußen für eine Weile vergessen. Alles, was den Winter ausmacht, ist in diesem Werk gesammelt und liebevoll zusammengestellt worden. Rein optisch macht das Buch schon einmal viel her. In blauem Halbleinen eingefasst, haben bereits die Hände ein „Lesevergnügen“ vorab. Allein der Buchdeckel macht neugierig darauf, in dem Band zu stöbern.

In acht Kapiteln durchreist der Leser die dunkle Jahreszeit, die hier plötzlich gar nicht mehr so dunkel erscheint. Im ersten Abschnitt bilden Herbststürme und Schneegestöber die Vorboten des Winters. Dann geht es zum Schlittenfahren und Wintervergnügen, des Weiteren zu Gefahren, Abenteuern und der einst vorherrschenden Not im Winter. Tiergeschichten, Winterträume und Weihnachtswünsche folgen, um sich langsam aber stetig dem Weihnachtsfest zu nähern. Im letzten Abschnitt weisen Schneeglöckchen den Weg zu einer neuen Jahreszeit.

Sammlung mit Texten bekannter Autoren

Zahlreiche Geschichten und Texte namhafter Autoren wie Erich Kästner, Hans Christian Andersen, Robert Walser, Kurt Tucholsky, Johanna Spyri, Johann Wolfgang von Goethe, Christian Morgenstern, Otfried Preußler und viele mehr sind enthalten. Rezepte, Rätsel, Gedichte, Liedertexte, Wissenswertes, Sitten und Gebräuche vermitteln von unserer historisch-kulturellen Entwicklung und sind hier erstmals in dieser Form zusammengefasst.

Schrimpf lädt in ihrem Vorwort ein, das Buch gemeinsam mit Kindern und Enkeln zu betrachten und zu lesen. Eigene Erinnerungen an winterliche Freuden und Weihnachtsfeste werden wachgerufen und regen zum Erzählen an. Am Ende der Publikation ist Platz gelassen, um die Winter-Rituale der eigenen Familie aufzuschreiben. Ein schönes Geschenk zu Weihnachten, von dem man aber auch das restliche Jahr über noch profitieren kann.

Silvia Friedrich



***Ulrike Schrimpf (Hrsg.): „Winter. Das große Lesebuch für die ganze Familie“**, Herder Verlag 2018, gebunden, 240 Seiten, 32 Euro*

Endzeitstimmung im habsburgischen Wien – Oberinspektor Nechyba ermittelt

Fünf Romane und einen Kurzgeschichtenband lang hat der Autor Gerhard Loibelsberger den grantigen Polizeiagenten Joseph Maria Nechyba bereits durch das kaiserzeitliche Wien geschickt. Nun erlebt dieser das Ende der Monarchie im Herbst 1918, zuletzt sogar hautnah. Mit „Schönbrunner Finale“ legt Loibelsberger den bislang „dicksten Nechyba“ vor. Dabei bezieht sich die Umfangsangabe hier eher auf die Seitenzahl des Buches als auf den stets als sichtlich genussfreudig geschilderten Helden. Denn der mit den Jahren zum Oberinspektor aufgestiegene Nechyba leidet entsetzlich unter der kriegsbedingten schlechten Nahrungsmittelversorgung der letzten Wochen der Habsburgermonarchie. Zur Beschaffung von Würsten und anderem nutzt er ab und an seine Stellung aus. Das ist ihm wohl ebenso wenig zu verübeln wie das Bier, das er sich auch im Dienst genehmigt. Seine Frau, die als Köchin des Hofrats Schmerda arbeitet, kann ihren Dienstherrn gerade noch davon abbringen, in seiner Wohnung ein Schwein zu halten, um der Lebensmittelknappheit zu begegnen.

Wie in allen Nechyba-Romanen – die zwar über ein wiederkehrendes Personaltableau verfügen, aber auch sehr gut einzeln lesbar sind – wird der Atmosphäre des alten Wien große Aufmerksamkeit gewidmet. Historische Gestalten treten als Nebenfiguren auf – vom Maler Egon Schiele über den Journalisten Egon Erwin Kisch bis hin zu Kaiser Karl I. Eingeflochten sind zeitgenössische Presseberichte. Neben dem zu Ende gehenden Krieg an sich ist das Auseinanderbrechen des habsburgischen Vielvölkerstaates das beherrschende Hintergrundthema, der Untergang einer Epoche.

Da es sprachlich arg „wienert“, haben der Autor beziehungsweise der Verlag dem Buch rücksichtsvollerweise ein Glossar beigegeben und mitunter auch gleich auf den jeweiligen Seiten worterklärende Anmerkungen eingefügt. So weiß man etwa, dass das Wort „Gfrastsackl“ nur gegenüber besonders unangenehmen Mitmenschen verwendet werden sollte.

Zu einem Roman um einen „Oberinspector“ gehört natürlich ein Verbrechen. In „Schönbrunner Finale“ gibt es gleich mehrere. Allerdings sind Täter und Opfer zumindest für den Leser von Anfang an immer klar. Man verfolgt das Ganze daher sowohl aus der Perspektive der Kriminellen als auch derjenigen der Polizei, die versucht, den Tätern nach und nach auf die Spur zu kommen.

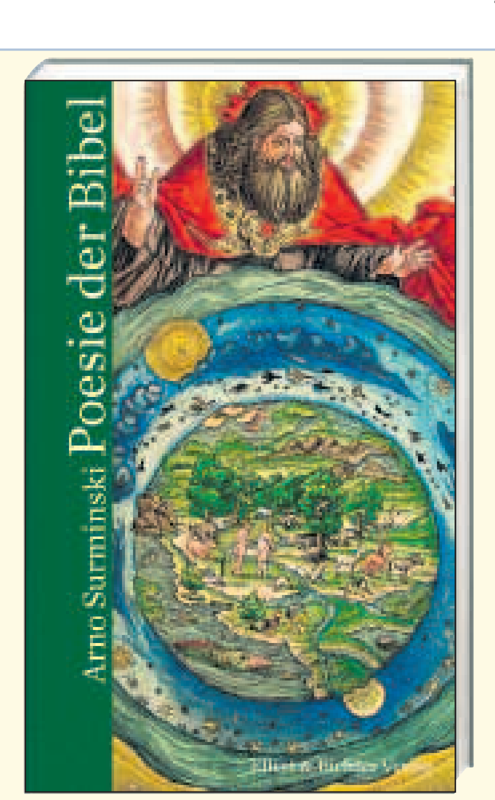
Mag sein, dass es vom Autor nicht beabsichtigt ist, aber bei der gegenwärtigen penetrant linkslastigen Politisierung nahezu aller Bereiche – die Unterhaltungslektüre bildet da leider keine Ausnahme –, fällt es angenehm auf, dass die Romanfigur des Deserteurs und ehemaligen „Vorwärts“-Mitarbeiters äußerst negativ dargestellt wird. Dieser sieht in Radikalisierung und Revolution nicht zuletzt eine Möglichkeit, um der Verfolgung für seine aus Jähzorn und reiner Habgier begangenen Morde zu entgehen. Dagegen sympathisiert man mit denjenigen, die den Untergang der Monarchie mehr als bedauern. Zu ihnen zählt der Redakteur Leo Goldblatt, langjähriger Freund des „Oberinspectors“ Nechyba, mit dem dieser unzählige Stunden im Kaffeehaus verbrachte und nach dem in den Romanen sogar eine Kaffeekreation benannt ist.

Obwohl der Kaiser am Ende des Buches zwar nicht „abdankt“, wie eigens betont wird, jedoch „aufs Regieren“ verzichtet, obwohl einige der über die Romanfolge liebgewonnenen Gestalten für immer verschwinden – steht dennoch zu hoffen, dass Loibelsberger seinen Nechyba auch in der Republik weiter schimpfen und ermitteln lässt. Immerhin hat der neue Staat ihn sogleich zum Ministerialrat befördert.

Erik Lommatzsch



***Gerhard Loibelsberger: „Schönbrunner Finale. Ein Roman aus Wien im Jahr 1918“**, Gmeiner-Verlag, Meßkirch 2018, broschiert, 365 Seiten, 15 Euro*

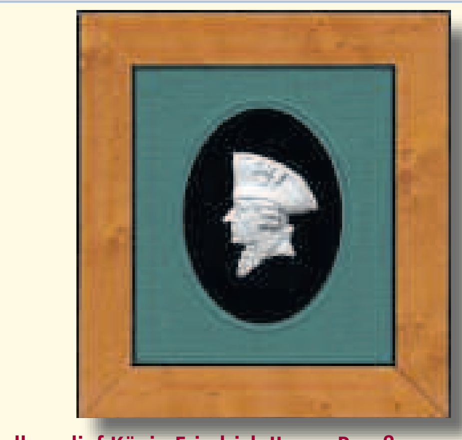


Arno Surminski
Poesie der Bibel
Die deutsche Umgangssprache kennt eine Fülle von Bildern, die aus der Heiligen Schrift kommen: Die Hände in Unschuld waschen Bleibe im Lande und nähre dich redlich Eine Grube graben und selbst hineinfallen Der Schriftsteller Arno Surminski hat in Poesie der Bibel die bemerkenswertesten Aussagen aus dem Alten und Neuen Testament gesammelt. Dabei geht es nicht um Glaubensinhalte, sondern allein um die Sprache, die den Alltag des Lebens verdichtet. Grundlage ist eine alte Lutherbibel aus dem Jahr 1948; gelegentlich werden auch neuere Übersetzungen vergleichend herangezogen, so die Lutherbibel 2017, die Einheitsübersetzung für katholische und evangelische Christen und Die Bibel in gerechter Sprache. Die Ausdruckskraft der Sprache und die Weisheit der Sätze beeindrucken immer wieder. 192 Seiten
Nr. P A1331 Gebunden 16,95 €

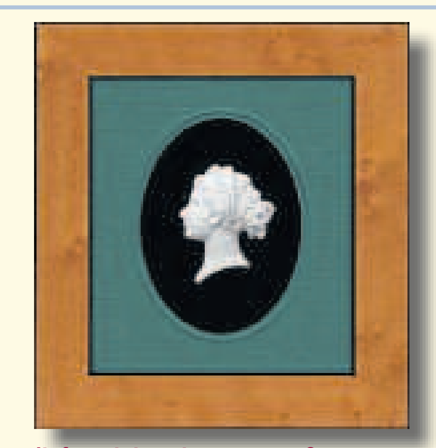
Wilma Deißner
Paul Gerhardt
Miniaturausgabe
(Format 6,2 cm x 9,5 cm)
128 Seiten/Gebunden
Nr. P A1049 5,00 €

Der in Gräfenhainichen geborene evangelisch-lutherische Theologe Paul Gerhardt (1607–1676) ist einer der bedeutendsten deutschsprachigen Kirchenlieddichter. Obwohl seine Werke vierhundert Jahre alt sind, sind sie lebendig wie nie: Seine Gedichte wurden nicht nur von Johann Sebastian Bach vertont, sondern sind auch zu Liedern geworden, die bis heute fester Bestandteil vieler katholischer und reformierter Gesangbücher sowie in viele Sprachen übersetzt worden sind. So hat seine Lyrik nicht nur alle Zeiten überdauert, sondern auch konfessionelle und sprachliche Schranken überwunden. Die schönsten Lieder und Gedichte Gerhardts sind in diesem kleinen Bändchen vereint mit einem einführsamen Porträt des berühmten Kirchenlieddichters.

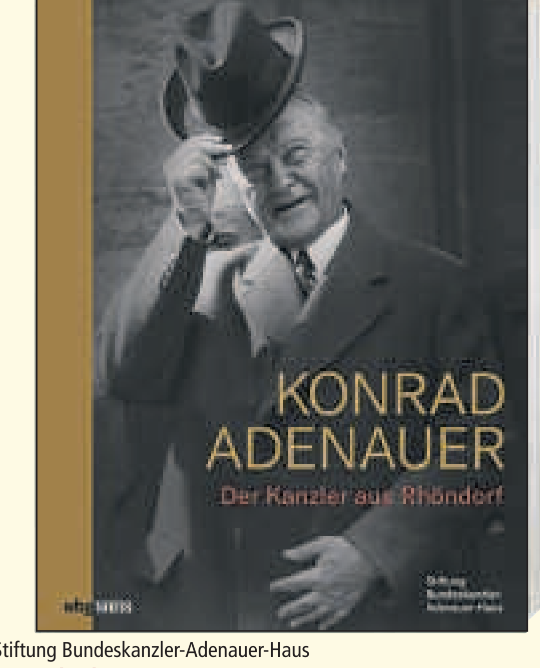
Meine Ersten Bibelgeschichten
Das Alte Testament erzählt viele fantastische Geschichten: Wie Daniel die Löwengrube überlebt, Jona von einem großen Fisch verschluckt wird und der kleine David den Riesen Goliath bezwingt. Lebhafte Illustrationen und ein kindgerechter Stil sorgen für eine spannende erste Begegnung mit der Bibel. 32 Seiten
Nr. P A1335 Pappbilderbuch 7,95 €



Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief des berühmten Preußischen Königs. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 x 10,5 cm. Das Medaillon aus echtem Thüringer Porzellan hat eine Größe von 3,5 x 5 cm.
Nr. P A1239 Porzellanrelief 49,00 €



Porzellanrelief Königin Luise von Preußen
Hochwertiges Bisquitporzellanrelief von Königin Luise in Miniaturausführung. Der Rahmen aus Vogelaugenahorn hat eine Größe von 9,5 cm x 10,5 cm. Das Relief hat eine Größe von 3,5 cm x 5 cm.
Nr. P A1238 Porzellanrelief 49,00 €



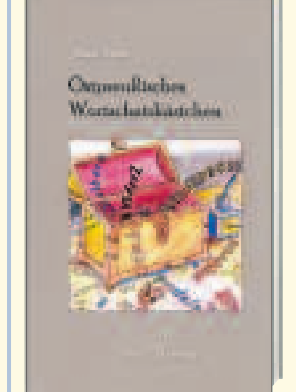
Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
Konrad Adenauer
Aufbruch aus der Vorgeschichte
Konrad Adenauer hat als erster Bundeskanzler die Bundesrepublik Deutschland entscheidend geprägt. Zu seinen bleibenden Leistungen gehören die Etablierung unserer Demokratie und die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, der Beitritt zur NATO, die Gründung des geeinten Europa und die Aussöhnung mit Frankreich. Anhand von vielen großformatigen Fotografien aus der Dauerausstellung der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Bad Honnef-Rhöndorf präsentiert der Band Konrad Adenauer 1876 – 1967 dieses ereignisreiche Leben, beginnend mit den bescheidenen Anfängen in Köln und den Jahren als erfolgreicher Oberbürgermeister der Domstadt. Ein reich bebilderter Rundgang durch die Rhöndorfer Gedenkstätte mit dem original erhaltenen Wohnhaus Adenauers und seinem malerischen Garten lässt den Leser eintauchen in die private Welt des Rosenliebhabers, Boccia-Spielers, Kunstsammlers und Familienmenschen. 192 Seiten
Nr. P A1320 Gebunden 24,95 €





Die Gutenberg-Bibel von 1454 – Faksimile-Ausgabe
Als erstes großes abendländisches Werk, das mit beweglichen Metalllettern gedruckt wurde, läutete die Gutenberg-Bibel das Zeitalter des gedruckten Buches ein. Unserem hochwertigen Nachdruck liegt das Exemplar aus der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen zugrunde, eine von weltweit nur wenigen erhaltenen vollständigen Pergamentausgaben, eine bibliophile und ästhetische Kostbarkeit ersten Ranges. Format: 23,5 x 33 cm. 1.400 Seiten
Nr. P A1334 Prachtausgabe in 2 Bänden 100,00 €





Klaus Papies
Ostpreußisches Wortschatzkästchen
152 Seiten/Gebunden
Nr. P A1116 14,95 €

Wenn Sprache ein lebendiges Abbild des Menschen ist, dann lebte in Ostpreußen ein kraftvoller und zupackender Menschenschlag von großer Warmherzigkeit und unverstelltem Gefühl. Darunter mag auch so mancher Schelm gewesen sein, denn in vielen oft originellen Wörtern finden sich Hinweise auf den „kleinen Vorteil“: Ausdruck einer großen Lebenstüchtigkeit unter einfachen Verhältnissen. Es ist die Welt der Bauern, Handwerker und kleinen Händler, geprägt durch unterschiedliche Völker und Sprachen, durch Landwirtschaft und – eben! – schalkhaften Witz. In Klaus Papies liebevoll gestalteter Wörtersammlung findet sich die untergegangene Welt der alltäglichen Ostpreußen wieder, der Bauern, Handwerker und kleinen Händler: mit ihren Ausdrücken, Redewendungen und Erfahrungen.





Porzellanbecher Immanuel Kant
Mit einer Abbildung des großen Königsberger Philosophen.
Nr. P A1304 12,95 €



Kaffeebecher mit Wappenrand
Porzellanbecher mit dem Wappenrand der Wappen der Ostgebiete des Deutschen Reiches.
Nr. P A0785 12,95 €

Sonderpreis 13,50 €

Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5654 Marzipan ~~16,50 €~~ / 13,50 €



Weise gehen in den Garten
Lebensweisheiten von Busch bis Ringelnatz
Er muss es gewusst haben, Johann Wolfgang von Goethe, der Dichter, Naturwissenschaftler, Genussmensch. Und so schwärmte er wie viele andere weise Männer und Frauen beim Anblick von duftenden Blumen und prallen Früchten, von summenden Insekten und rauschenden Baumkronen – ob im Gärtchen vor dem Haus oder in freier Natur. Dieses Büchlein sei ein Beweis und mit seinen kunstvoll kolorierten Kupferstichen zugleich eine Liebeserklärung an Mutter Natur, ein Geschenk für Weise! 60 Seiten
Nr. P A1313 Gebunden 9,95 €



Sophia von Dahlwitz
Das Licht zwischen den Zeiten
Der große, epische Roman von Sophie von Dahlwitz über eine zerbrechende Familie und ein grandioses Sittengemälde der Zwanziger Jahre. Eine Familien-Saga, die auf der Familiengeschichte der Autorin beruht Westpreußen 1918. Der Erste Weltkrieg ist praktisch verloren, das Deutsche Reich verarmt in rasender Geschwindigkeit, Revolten traumatisierter Kriegsheimkehrer brechen aus, nur auf dem Gut Frommberg bei der Familie von Dahlwitz scheint die Welt noch in Ordnung. Bis sich der junge Adoptivsohn Georg in seine Stiefschwester Helen verliebt - ohne zu ahnen, welche Ängste und Geheimnisse er damit zum Leben erweckt. Diese von den Eltern strikt verbotene Liebe führt zu einer zweiten, nicht weniger verhängnisvollen Verbindung: Helens Schwester Rudela wird von Justus, einem entfernten Cousin, der sich anfangs für Helen interessierte, umworben. Der freundliche Justus von Dahlwitz stammt aus einer renommierten Offiziersfamilie und war stets ein gern gesehener Gast auf Frommberg - bis sich herausstellt, dass er aktiver Nationalsozialist der allerersten Stunde ist... 448 Seiten
Nr. P A1327 Gebunden 22,00 €



Nostalgieblechdose Königsberger Marzipan
125 Gramm „Bunter Teller“ vakuumverpackt in einer Geschenkdose, wie es sie schon bei Schwermer in Königsberg gab.
Nr. P 5658 Marzipan in der Blechdose 11,90 €

Sonderpreis 12,90 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan Teekonfekt
200 Gramm vakuumverpackt
Nr. P 5653 Marzipan ~~15,90 €~~ / 12,90 €



Schwermer Trüffelsterne ohne Alkohol
108 Gramm vakuumverpackt
Nr. P A0647 Trüffelsterne ohne Alkohol 6,45 €

Sonderpreis 11,95 €



Königsberger Marzipan „Bunter Teller“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 Marzipan ~~13,95 €~~ / 11,95 €

Sonderpreis 24,95 €



Holzkistchen
Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
350 Gramm vakuumverpackt (Abbildung kann leicht abweichen)
Nr. P 5651 Marzipan ~~28,95 €~~ / 24,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Ditib wohl doch nicht überwacht

Berlin – Das Bundesamt für Verfassungsschutz wird den radikal-islamischen Moscheeverein Ditib wohl doch nicht überwachen. Dies berichtet die „Welt am Sonntag" unter Berufung auf Sicherheitskreise. Innenminister Horst Seehofer (CSU) habe signalisiert, dass es dringendere Probleme gebe. Im Hinblick auf die mögliche Beobachtung der AfD sprechen Kritiker von einer grotesken Verzerrung der Maßstäbe. *H.H.*

Abtreibung bis zur Geburt

Düsseldorf – Die Jusos fordern, dass Abtreibungen künftig bis zur Geburt des Kindes erlaubt sein sollen. Dies hat die SPD-Jugendorganisation auf ihrem Bundeskongress in Düsseldorf beschlossen. Gegenstimmen auf dem Kongress hatten gewarnt, dass eine späte Abtreibung auch zu einer frühen Geburt führen könnte und auf die Gefahr grauenvoller Szenen hingewiesen. Sie wurden jedoch überstimmt. *H.H.*

ZUR PERSON

Strohhalm für EU-Genossen

Europaweit ist die Sozialdemokratie im Niedergang. Portugal ist einer der wenigen Strohhalme, an den sich die Genossen klammern. Von dem Land aus, das von einem populären sozialdemokratischen Ministerpräsidenten regiert wird, soll der Umschwung eingeleitet werden, namentlich mit **Frans Timmermans**.

Der 57-jährige Niederländer wurde in Lissabon zum Spitzenkandidaten der Europäischen Sozialdemokraten für die EU-Wahl im Mai gekürt. Er fordert damit den CSU-Politiker Manfred Weber heraus, der für die Europäische Volkspartei ins Rennen geht.

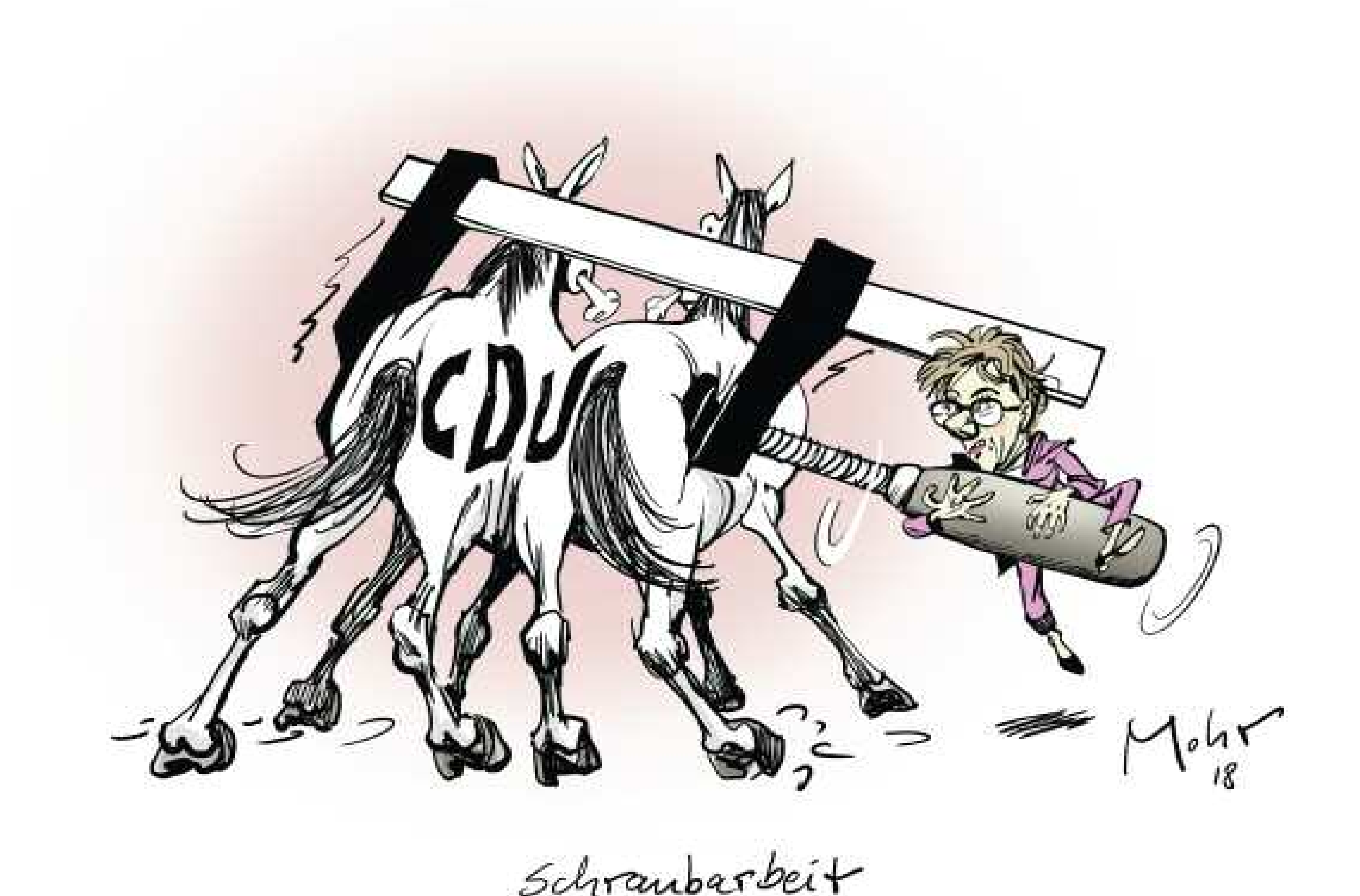
Anders als der Technokrat Weber gilt Timmermans als rhetorisch begabtes, hochemotionales Sensibelchen. Als er in seiner Zeit als niederländischer Außenminister (2012–2014) vor dem UN-Sicherheitsrat Aufklärung über den Absturz der MH17 in der Ukraine, der viele seiner Landsleuten das Leben kostete, forderte, punktete er mit einer zu Tränen rührenden Rede. Regelmäßig bringt das Mitglied der niederländischen Partei der Arbeit seine als Bergarbeiter malochenden Großeltern ins Spiel, wenn er seine Empathiefähigkeit für Arbeiter zum Ausdruck bringen will.



Bild: PvdA

Der in Maastricht aufgewachsene Sohn einer römisch-katholischen Familie, der inzwischen selbst aus zwei Ehen vier Kinder hat, studierte Romanistik und beeindruckt durch seine Sprachkenntnisse. Unter anderem spricht er Deutsch, Italienisch und Russisch. Das kann helfen, um im Wahlkampf Boden gut zu machen gegen die Schätzungen zufolge weit führende Volkspartei.

Schneidet er bei der EU-Wahl erfolgreich ab, kann sich Timmermans Hoffnung auf die Nachfolge von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker machen, dessen Vize er zurzeit ist. Im Herbst 2019 stellt Juncker sein Amt zur Verfügung. Dann wird man sehen, was aus dem Strohhalm wurde. *H. Tews*



Jamaika jubelt

Was mit AKK alles möglich wird, wo Kasse und Moral zusammenfinden, und wie wir die Ossis integrieren / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Na also, läuft doch alles wie geschmiert. In der Dämmerung ihrer Regentschaft ordnet Angela Merkel unsere Welt nach ihrem Geschmack. Gerade hatten die CDU-Delegierten mit Annegret Kramp-Karrenbauer Merkels Ziehkind zur neuen Parteichefin gewählt, da war sie auch schon in Marrakesch, um den UN-Migrationspakt zu unterzeichnen.

Das Erbe ist geregelt. Mit AKK hat die CDU endlich jemanden, den die FDP zu schlucken bereit wäre, was den Weg zu Schwarz-Grün-Gelb freimacht. Und mit dem Pakt ist die Richtung festgetackert, in welche Deutschland, dieses „miese Stück Scheiße", dahinrotten soll.

FDP-Chef Christian Lindner hatte ja eigentlich gar nichts gegen „Jamaika", nur wollte er dieses Bündnis auf keinen Fall eingehen, wenn Merkel obendrauf sitzt. Nach der letzten Ehe mit ihr war seine FDP brutal skalpiert worden. Es hat Jahre gedauert, bis die rasierten Prozente wieder nachgewachsen waren. Nein, nein, das nicht noch einmal. Aber mit Kramp-Karrenbauer sieht die Sache nun ganz anders aus.

Seien wir ehrlich, Schwarz-Grün-Gelb ist doch wirklich eine Traumkonstellation. Denken Sie nur: 150 Jahre des verbissenen Kampfes zwischen „rechtem" Kapitalismus und „linker" Menschheitsbeglückung wären endlich überwunden! Mit „Jamaika" säßen die Lakaien des großen Geldes mit den moraldurchglühten Pastorentöchtern einträchtig am Tisch. Eine Eintracht, von der alle beide was haben.

Das große Geld könnte seiner Gier nach noch mehr billigen Arbeitskräften per Menschenimport vollends die Zügel schießen lassen. Dafür hat man den UN-Migrationspakt schließlich ersonnen. Die Einheimischen, namentlich die Niedriglöhner unter ihnen, sollen sich mit den Neuankömmlingen um die Billigjobs balgen, die man dann vielleicht noch ein bisschen billiger gestalten könnte.

Diejenigen, die beim Kampf um die Hungerlöhne auf der Strecke bleiben, werden der Mittelschicht auf die Rechnung gesetzt. Denn die ist dazu verdonnert, mit der zweithöchsten Steuer- und Abgabenlast der Welt deren Sozialleistungen zu erwirtschaften.

Sobald jemand gegen diesen Dauerimport billiger Arbeitskräfte aufbegehrt, treten die Pastorentöchter auf den Plan und kreischen „Rassist", „Rechtspopulist", „Abschotter" oder Schlimmeres, womit der Aufbegehrer zweifelsfrei als Unhold entlarvt ist. Ist es nicht genial? Die Jamaika-Gesellschaft aus Moral und Kasse spaltet niemand mehr, die ist nach allen Seiten gepanzert.

Überdies hat sich diese fabelhafte Allianz von alters her bestens bewährt. Schon der Ablasshandel des Johannes Tetzel war nichts anderes als die durchtriebene Verknüpfung von Moral und Kasse. Damals drohte jedem, der sich nicht hinters Licht führen lassen wollte, das Fegefeuer, heute lauert die Brandmarkung als „Rechtspopulist". Beides macht allen Leuten genug Angst, um artig mitzuspielen.

> Nun hat Merkel die Richtung festgetackert, in welche Deutschland dahinrotten soll

Allen Leuten? Nun ja, dem Tetzel kam jener berüchtigte Mönch Martin Luther in die Quere, der das wunderbare Macht- und Geschäftsmodell entzwei schlug. Dieser Kerl war, wir wissen es alle, nichts anderes als ein Ossi. Zufall? Mitnichten.

Vor 500 Jahren war es auch ein Ossi-Fürst, der seinem Ossi-Kumpanen Luther Unterschlupf gewährte und damit erst dafür sorgte, dass dessen gesellschaftsspaltende Ablass-Kritik ins Kraut schießen konnte. Luther gebärdete sich als eingestandener Populist. Er wollte dem Volk nicht nur „aufs Maul schauen", sondern erzählte auch fahrlässig überall herum, was aus ihm, dem Maul, so alles herauskam. Glücklicherweise haben wir später ein paar Sätze gefunden, in denen sich Luther unfreundlich über Juden geäußert hat, weshalb man ihn heute zum Antisemiten zurechtstutzen und aussondern darf.

Das hält seine Ossi-Nachfahrenbrut aber nicht davon ab, auf alten Pfaden zu wandeln und nichts dazuzulernen. Diese Leute da wählen falsch, gehen auf die falschen Demos und sagen Sachen, die … ach, man mag es gar nicht in Worte fassen.

Markus Kerber, als Staatssekretär im Bundesinnenministerium für den Bereich „Heimat" zuständig, hat das Ausmaß des Unheils vermessen. Der CDU-Politiker will energisch gegensteuern, denn, so Kerber, „30 Jahre nach der Wiedervereinigung müssen wir genauer untersuchen, wie es eigentlich um die Ostdeutschen steht, die im Moment anscheinend ganz anders über Fragen der Zugehörigkeit und des Zusammenhalts denken".

Wenn die Ossis von „Zusammenhalt" reden, meinen die nämlich nicht den von Moral und Kasse, sondern denjenigen als „Volk", und zwar nicht als irgendein Volk, sondern als deutsches. Deutsches Volk? Zur Kennzeichnung dieser ekelhaften Mischpoke haben wir eigens das hübsch-hässliche Etikett „Zusammenrottung" wieder hervorgegraben aus den Ruinenfeldern des Realsozialismus. Da die Ossis den alten Bekannten aber sofort wiedererkannt haben, prallte die Zurechtweisung ziemlich spurlos an ihnen ab.

Heimatstaatssekretär Kerber will daher in die Offensive gehen: „Unsere Integrationspolitik ist also beileibe nicht nur auf Zuwanderer beschränkt. Wir wollen und müssen uns mit allen gesellschaftlichen Gruppen auseinandersetzen – vor allem mit wütenden und enttäuschten Bürgern, die sich abgehängt fühlen." Die Politik könne nicht darauf bauen, dass „jeder sich selbst entwickelt und alles von alleine zusammenwächst, was zusammengehört".

Das alles sagte er nicht im Geheimen, sondern in der „Bild"-Zeitung, die gleich darunter einen Beitrag platzierte mit der Überschrift „Auszeichnung für engagierte Flüchtlinge". Und um die mehrheitlich westdeutschen Leser endgültig auf kerbersche Betriebstemperatur zu bringen, folgt dem „Flüchtlings"-Text ein Artikel unter der aufreizenden Überschrift „Rentenlücke im Osten kleiner als im Westen". Diese Schweine da drüben!

Wütend, enttäuscht, abgehängt: Der Staatssekretär hat gleich Attribute zusammengefegt, die heute für „Igittigitt" stehen. Wichtiger aber ist der Hinweis darauf, dass sich nicht „jeder selbst entwickeln" kann. Das ist es nämlich, was den gemeinen Ossi so gefährlich macht: Wir Wessis haben gelernt, dass wir die Demokratie von den Amis serviert bekommen hätten und daher sozusagen nur auf Bewährung „frei" seien – eben nur solange, wie wir über die vorgeschriebenen Stöckchen springen. Sonst werden wir wieder „zur Gefahr für Europa und die Menschheit" und müssen gezüchtigt werden. Allein schon für unsere Undankbarkeit.

Die Ossis dagegen haben ihren Despoten selbst entthront und bilden sich daher ein, selbst entscheiden, sich selbst entwickeln zu dürfen, was und wohin sie wollen. Den Zahn muss man ihnen ziehen. Nur ein gehorsamer Demokrat ist ein guter Demokrat. nein, nur ein gehorsamer Demokrat ist überhaupt einer. Alle anderen sind Populisten und gehören nicht dazu.

Langfristig lässt sich das Ossi-Problem vermutlich nur durch Einwanderung von Leuten lösen, die aus Ländern kommen, wo strikter Gehorsam gegenüber der herrschenden Clique Gesetz ist und Demokratie bloß Kulisse.

Der Migrationspakt öffnet da gänzlich neue Horizonte, auch wenn das erst mal keiner erfahren sollte. Da das wahre Ziel des Pakts zuletzt aber ziemlich offensichtlich wurde, haben sich die Staatsmedien alle Mühe gegeben, die Wahrheit wieder in die Flasche zu bekommen.

So pochte die Sprecherin der „Tagesschau" eifrig darauf, dass der Pakt „rechtlich aber nicht bindend" sei, obschon er „Standards für die Aufnahme und Abschiebung von Migranten festlegen" solle. Die Wörter „und Abschiebung" hat die Sprecherin ganz besonders betont. Darüber aber hat sie ganz vergessen uns zu erklären, wie ein Pakt, der „nicht bindend" sein soll, gleichzeitig etwas „festlegen" kann. Schade.

MEINUNGEN

Die „Berliner Zeitung" (4. Dezember) zitiert den Tübinger Oberbürgermeister ***Boris Palmer*** *(Grüne) mit einem vernichtenden Urteil* ***über Berlin****:*

„Wenn ich dort ankomme, denke ich immer: ‚Vorsicht, Sie verlassen den funktionierenden Teil Deutschlands.' Ich komme mit dieser Mischung aus Kriminalität, Drogenhandel und bitterer Armut auf der Straße als spießbürgerliche baden-württembergische Grünen-Pflanze schlicht nicht klar. Ich will diese Verhältnisse in Tübingen nicht."

Berlins Grünen-Chefin ***Ramona Pop reagierte*** *umgehend per Twitter ziemlich gereizt:*

„Lieber Boris Palmer, niemand zwingt Dich, nach Berlin zu kommen. Wenn Du Metropole, Vielfalt, Tempo und Lebenslust nicht erträgst, kannst Du woanders die Kehrwoche zelebrieren und Dich als Hilfssheriff blamieren."

Pops Reaktion ließ wiederum ***Harald Martenstein*** *nicht ruhen, der im Berliner „Tagesspiegel" (9. Dezember)* ***konterte****:*

„Offenbar gibt es neue Sprachregeln von oben, statt ‚Kriminalität' soll man ‚Vielfalt' sagen. ‚Armut' heißt neuerdings ‚Lebenslust'. Dass Pop ausgerechnet das ‚Tempo' von Berlin lobt, zeigt ein hohes Maß an Realitätsverlust. Offenbar verwechselt sie das Jahr 2018 mit dem Jahr 1928. Welches Tempo meint sie? Das des Flughafenbaus? Das der Verwaltung? Das der S-Bahnen? Das des Wohnungsbaus?"

Joachim Rogall*, Chef der Bosch-Stiftung, beschreibt in der „Süddeutschen Zeitung" (6. Dezember) ein massives* ***Vertrauensproblem der Politik****:*

„Wenn ich mich umhöre, bei Bekannten, bei Kollegen, bei Partnern, dann hat das Vertrauen in den Staat, in seine Institutionen, in die Parteien und in die Regierung stark abgenommen. Man glaubt nicht mehr, dass sie in der Lage sind, die Probleme zu lösen."

Der 17-jährige Vizechef des liberalen Schülerblogs „Apollo", ***Max Roland****, beschreibt auf der „Achse des Guten" (10. Dezember), wie die* ***SPD sich selbst verrät****:*

„Wenn es darauf ankommt, stand die klassische Sozialdemokratie immer mit den Bürgerlichen gegen die Radikalen. Doch dieses einende Band ist verloren gegangen: Man bekommt den Eindruck, die heutige SPD steht lieber mit den Radikalen gegen die Bürgerlichen … Wenn führende SPD-Politiker wie Eva Högl oder Katharina Barley ein Bündnis unterstützen, welches AfD-Wahlkampfstände ‚unschädlich' machen will: Dann ist das nicht die SPD von Helmut Schmidt, sondern die von Karl Liebknecht."

Alexander Will *rückt in der „Nordwest-Zeitung" (11. Dezember) die zentrale* ***Lüge*** *über den gerade von der Regierung Merkel unterzeichneten* ***UN-Migrationspakt*** *zurecht:*

„Nun wird gesagt, das sei ja alles nicht rechtsverbindlich. Doch zum einen enthält der Text fast 90 Mal ‚verpflichten' oder ‚Verpflichtung'. Warum wohl? Zum anderen entsteht natürlich durch solche Abkommen Völkerrecht. Gerichte werden sich mit Sicherheit darauf beziehen."